IAMO

LEIBNIZ-INSTITUT FÜR AGRARENTWICKLUNG
IN MITTEL- UND OSTEUROPA

IAMO 2013

Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)

www.iamo.de

Grußwort

Den ehemals sozialistischen großen Flächenstaaten Eurasiens kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die sich weltweit verschärfende Knappheit an Agrarrohstoffen zu. Hier finden sich große Flächen- und Produktionsreserven, um den wachsenden Druck auf die global knapper werdende Ressource Land abzumildern, ohne weitestgehend unberührte Naturräume zu zerstören. Das realsozialistische Erbe und der Verlauf des Transformationsprozesses führen jedoch häufig dazu, dass die Nutzung des enormen Agrarpotenzials in diesen Ländern behindert wird. Hier setzt das Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa als Leibniz-Institut mit seinem weltweit einzigartigen Forschungsprofil an. Nur das IAMO konzentriert sich ausschließlich auf die Agrarentwicklung im eurasischen Raum, für die es im Laufe seines beinahe zwanzigjährigen Bestehens eine einmalige Kompetenz aufgebaut hat. Diese setzt es nicht nur in exzellente Forschung um, sondern trägt entscheidend zum wissenschaftlichen Kapazitätsaufbau in der Region bei. Gleichzeitig ist es in der Politikberatung auf nationaler und internationaler Ebene ein gefragter Partner, etwa für das Bundeslandwirtschaftsministerium oder die Weltbank.

Das IAMO beweist, dass auch ein relativ kleines Institut durch eine zielgerichtete Bündelung aller Ressourcen wichtige Beiträge zur Weiterentwicklung der Leibniz-Gemeinschaft leisten kann. So ist das IAMO federführend an der Gestaltung von gleich zwei neu gegründeten Leibniz-Forschungsverbünden beteiligt: "Krisen einer globalisierten Welt" und "Nachhaltige Lebensmittelproduktion und gesunde Ernährung". Diese Verbünde vereinen die Kompetenzen mehrerer Leibniz-Institute, um in einem interdisziplinären Ansatz gemäß dem Auftrag der Leibniz-Gemeinschaft durch anwendungsorientierte Grundlagenforschung zur Lösung wichtiger Gegenwartsprobleme beizutragen.

Durch seine Mitarbeit an dem im Juni 2012 eröffneten WissenschaftsCampus Halle "Pflanzenbasierte Bioökonomie" trägt das IAMO überdies entscheidend dazu bei, die Kooperation der Hallenser Leibniz-Institute mit der Martin-Luther-Universität auszubauen und den Hochschulstandort Halle (Saale) zu stärken.

Für seine wichtigen Aufgaben und Projekte wünsche ich dem Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa auch weiterhin ein gutes Gelingen!

Professor Dr. Karl Ulrich Mayer
Präsident der Leibniz Gemeinschaft

Inhalt

Grußwort 3

Vorwort 7

Ländliche Regionen im Transformationsprozess: Unterschiedliche Politikansätze zur ländlichen Entwicklung 11

Persistenz von Korruption 23

Alarm oder Fehlalarm? Ergebnisse eines Literaturüberblicks über empirische Forschungsarbeiten zur Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen 29

Gefangen in der Landwirtschaft? Hindernisse für kleingewerbliche Existenzgründungen im ländlichen Bulgarien 35

Effizienz und Produktivität ukrainischer Agroholdings 43

Getreideindustrie und -handel in der Ukraine 53

Die Wahrnehmung von Bio-Lebensmitteln durch russische Verbraucher 63

Konflikte um Wasser und Land: Tadschikistan und China im Vergleich 73

"Land Use in Transition: Potentials and Solutions between Abandonment and Land Grabbing" – IAMO Forum 2012 85

Auswirkungen der Bodennutzung auf die Bodenfruchtbarkeit und den Ertrag 93

Entkopplungspolitiken und innereuropäischer Kälberhandel 101

Das IAMO – Ein kurzes Portrait 107

Vorwort

Osteuropas Agrar- und Ernährungswirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Während sich die Weizenpreise seit 2005 mehr als verdoppelt haben und für 2013 neue Preisrekorde prognostiziert werden, liegen aktuellen Studien des IAMO zufolge allein im europäischen Teil Russlands noch über 25 Millionen Hektar brach. Für die Ukraine ergeben erste Produktivitätsanalysen des IAMO, dass bei optimaler Bewirtschaftung die Getreideerträge durchschnittlich um vermutlich über 50 % steigen könnten. Gleichzeitig funktionieren die Märkte aufgrund institutioneller Defizite und erratischer politischer Interventionen nur suboptimal. In diesem Spannungsfeld vollziehen sich tiefgreifende agrarstrukturelle Umbrüche. Agroholdings von teilweise über 500.000 Hektar Fläche breiten sich mit enormer Geschwindigkeit aus. Eine Reihe solcher Unternehmen sind mittlerweile sogar an internationalen Börsen notiert. Völlig unklar ist dabei, inwieweit Agroholdings eine Entwicklungschance für ländliche Regionen darstellen oder ob es sich im Grunde um eine Art von Land Grabbing handelt, die ländlichen Gebieten Wertschöpfung entzieht.

Seit März 2012 unterstützt die VolkswagenStiftung mit 566.000 Euro das Projekt "The Global Food Crisis – Impact on Wheat Markets and Trade in the Caucasus and Central Asia and the Role of Kazakhstan, Russia and Ukraine." Neben der wissenschaftlichen Arbeit soll das Projekt zur Kapazitätsbildung an Universitäten und Instituten in den Partnerländern beitragen. Politikberatung zur Ernährungssicherung liefert auch das vom BMELV finanzierte Projekt "Globale Ernährungssicherung und die Getreidemärkte Russlands, der Ukraine und Kasachstans." Ein Thema dieses Projektes stellt die Untersuchung der Handelsbeziehungen mit den Getreide importierenden Ländern des Nahen Ostens dar.

Forscherinnen und Forscher des IAMO konnten 2012 mehrere Preise gewinnen. So erhielt Marten Graubner für seine Dissertation "The Spatial Dimension of Pricing and Competition in Agricultural Markets" sowohl den Preis der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus (GEWISOLA) als auch einen der drei Nachwuchsförderpreise der Gesellschaft für Informatik in der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft e.V. (GIL). Judith Möllers und Wiebke Meyer wurden Anfang 2012 in Prishtina (Kosovo) für ihre Studie "Remittances, Poverty and Inequality in Rural Kosovar Households" mit einem durch das Entwicklungsprogramm der UNO (UNDP) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) gemeinsam gestifteten Preis in der Kategorie "Best Critical Thinking Study" ausgezeichnet. Mit dem Christian-Wolff-Preis für die beste Habilitation ehrte die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Vladislav Valentinovs Schrift "The Economics of Nonprofit Organization: Toward an Integrative Theory". Als eine von drei Kandidatinnen und Kandidaten für den besten mündlichen Vortrag eines Nachwuchswissenschaftlers ist Lili Jia auf der IAAE-Konferenz 2012 in Foz do Iguacu

(Brasilien) für den T. W. Schultz Preis nominiert worden mit dem Beitrag "How land fragmentation affects off-farm labor supply in China: Evidence from household panel data." Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch, dass Nadine Wettstein schon Ende 2011 als eine von sechs Preisträgerinnen und Preisträgern den durch die Agrarzeitung ausgeschriebenen Förderpreis der Agrarwirtschaft erhielt, der an Nachwuchstalente aus Agrarhandel, Wissenschaft und Industrie geht. Mit Alfons Balmann ist von Ministerin Aigner zum 1. Februar 2012 ein Direktor des IAMO in den Wissenschaftlichen Beirat für Agrarpolitik des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) berufen worden.

Eine wichtige Initiative der Leibniz-Gemeinschaft stellt die Schaffung von Forschungsverbünden dar. Dabei schließen sich Leibniz-Einrichtungen zusammen, um ihre Ressourcen zu bündeln und aktuelle wissenschaftlich und gesellschaftlich relevante Fragestellungen inter- und transdisziplinär zu bearbeiten. Neun Leibniz-Forschungsverbünde sind bisher eingerichtet worden. Das IAMO hat 2012 federführend zwei Forschungsverbünden mitgestaltet: "Krisen einer globalisierten Welt", und "Nachhaltige Lebensmittelproduktion und gesunde Ernährung".

Exzellente Forschung, globale Vernetzung in der Wissenschaftsgemeinschaft, vielfältige Gremienarbeit in Wissenschaft und Politik und als besondere Herausforderung die Bewältigung eines kontinuierlich wachsenden Personalbestandes an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern haben eine reibungslos arbeitende, hochmotivierte Administration als Voraussetzung, die selbst höchsten Standards internationaler Forschungsorganisationen genügt. Ohne den außergewöhnlichen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung würde das IAMO nicht da stehen, wo es jetzt steht. Ihnen allen sei ausdrücklich dafür gedankt.

Danken möchte das IAMO auch für die vielfältigen Anregungen und die wichtige Unterstützung, die es auch 2012 vom Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) sowie von den Mitgliedern seines Stiftungsrates und des Wissenschaftlichen Beirates erfahren hat. Mannigfache Ideen, Denkanstöße und konkrete Vorschläge kamen aus den Ministerien sowie den Gremien des IAMO. Diese tragen substanziell dazu bei, dass das IAMO sich als ein komplexen Gegenwartsproblemen zugewandtes Forschungsinstitut erfolgreich den wachsenden Anforderungen stellen kann.

Das nächste, gemeinsam mit dem Johann Heinrich von Thünen Institut organisierte IAMO Forum 2013 (19.-21. Juni) widmet sich dem wichtigen Thema "Rural areas in transition: Services of general interest, entrepreneurship and quality of life". Ländliche Entwicklung bildet nicht nur aus diesem Grund einen Schwerpunkt des aktuellen IAMO Annual. So bietet der Leitbeitrag einen Überblick über die Bereitstellung öffentlicher Güter im ländlichen Raum während des Transformationsprozesses. Eng zusammen mit diesem Themenkomplex hängt der zweite Artikel zur Persistenz von Korruption, die nicht zuletzt in ländlichen Räumen und der Agrar- und Ernährungswirtschaft weiterhin ein drückendes Problem für viele Transformations-, aber auch EU-Mitgliedsstaaten darstellt. Wichtig für Agrarentwicklung ist auch das Funktionieren internationaler Terminmärkte für Agrarrohstoffe. Ob Spekulation tatsächlich für die kurzfristig dramatisch nach oben schießenden Lebensmittelpreise der letzten Jahre

verantwortlich ist, behandelt daher der dritte Beitrag. Der vierte Aufsatz widmet sich den Perspektiven und Barrieren für Unternehmensgründungen durch Bauern im ländlichen Bulgarien. Nur wenn es gelingt, (einheimischen) unternehmerischen Aktivitäten eine Perspektive zu bieten, kann eine Entwicklung ländlicher Räume einsetzen, von der auch die breite Masse der ruralen Bevölkerung profitiert. Einem aufstrebendem Global Player auf den Weltagrarmärkten, der Ukraine, widmen sich der fünfte und sechste Artikel. So geht es zum einen um die Effizienz und Produktivität von Agroholdings und zum anderen um Getreideindustrie und -handel in der Ukraine. Nur durch die Beseitigung der gravierenden Ineffizienzen sowohl auf der Betriebs- als auch auf der Marktebene lässt sich das bisher zu großen Teilen brachliegende Agrarpotenzial der Ukraine nutzen. Zukunftsweisend ist in vielen Transformationsländern die Herausbildung einer westlich orientierten Mittelschicht. So macht es durchaus Sinn, nach der Wahrnehmung von Bio-Produkten durch russische Konsumenten aus der Metropole Sankt Petersburg zu fragen, wie es im siebten Beitrag geschieht. Der ganz anderen Realität von Entwicklungsländern stellt sich dagegen der achte Aufsatz zur institutionellen Vernetzung zwischen Landnutzungsrechten und dem Zugang zu Wasser im zentralasiatischen Tadschikistan und in Nordchina. Die wichtigsten Ergebnisse des IAMO Forum 2012 "Land Use in Transition: Potentials and Solutions Between Abandonment and Land Grabbing" präsentiert der neunte Beitrag. An der Schnittstelle zwischen Agrarproduktion und Ökosystemdienstleistungen, letztere definiert als die wirtschaftlich relevanten Leistungen, die ein Ökosystem für den Menschen erbringt (z.B. das Bestäuben von Obstblüten durch Insekten), bewegt sich der zehnte Artikel zu Auswirkungen von Flächenstilllegungspolitiken der EU auf Bodenfruchtbarkeit und Flächenerträge. Der abschließende elfte Aufsatz befasst sich mit den Auswirkungen divergierender Entkoppelungspolitiken im Rahmen der EU-Agrarpolitik auf den innereuropäischen Kälberhandel. Eine solche Analyse legt offen, dass uneinheitliche Entkoppelungspolitiken zu Handelsverzerrungen führen.

Das Direktorium des IAMO (v. l.n.r.):
Prof. Dr. Thomas Glauben, Dipl. Ökon. Hannelore Zerjeski,
Prof. Dr. Thomas Herzfeld, Prof. Dr. Alfons Balmann

Sommer 2012 in Brandenburg

Ländliche Regionen im Transformationsprozess: Unterschiedliche Politikansätze zur ländlichen Entwicklung

THOMAS HERZFELD, LILI JIA, AXEL WOLZ

Ländliche Regionen sehen sich nicht nur in eurasischen Transformationsländern, sondern in vielen Volkswirtschaften ähnlichen Herausforderungen gegenüber: eine niedrige Bevölkerungsdichte, eine geringere Qualität der Infrastruktur, mangelnde Vielfalt der Beschäftigungsmöglichkeiten und, häufig als Konsequenz, eine Land-Stadt-Wanderung, wobei gerade junge, dynamische Arbeitskräfte abwandern. Dabei erwarten die Bewohner und Unternehmer in ländlichen Regionen eine mit städtischen Regionen vergleichbare Qualität der Infrastruktur sowie den gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsfürsorge oder Sicherheit. Während der Lebensraum in ländlichen Gebieten hauptsächlich durch die Landwirtschaft geprägt wird, ist der Beitrag des Agrarsektors zur Wertschöpfung gering und in vielen Fällen rückläufig. Tabelle 1 verdeutlicht die Bedeutung der Landwirtschaft für die Beschäftigung in ländlichen Regionen für ausgewählte Länder. Während in China noch immer mehr als die Hälfte der Beschäftigten auf dem Land auch in der Landwirtschaft arbeiten, gilt dies in Mitteleuropa nur noch für etwa ein Zehntel der Beschäftigten oder noch weniger. Aus Sicht vieler Ökonomen und Betroffener leiden ländliche Regionen an einer Unterversorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, was ihre Attraktivität als Lebensraum mindert und somit die Tendenz zur Entleerung ländlicher Gebiete noch verstärkt.

Während der zentralen Planwirtschaft stellte die Landwirtschaft den wichtigsten Sektor in ländlichen Räumen vieler jetziger Transformationsländer dar. Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften und staatliche Einrichtungen stellten eine Vielzahl an Dienstleistungen und öffentlichen Gütern bereit. Dieses ausgedehnte Angebot ließ sich häufig nur durch massive Subventionierung aufrechterhalten. Die politische und wirtschaftliche Transformation zu Beginn der 1990er Jahre führte zu einem

Tabelle 1: Anteil der Landwirtschaft an der Beschäftigung im ländlichen Raum

	Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft (%)	Jahr
China	60	2005
Deutschland	3	2000
OECD	11	2004
Russische Föderation	37	2003
Tschechische Republik	12	2000
Ungarn	10	2000

Quelle: ECD (2009), OECD (2006), NBS (2006), Zvyagintsev et al. (2008).

Zusammenbruch der institutionellen Arrangements bzw. zur Rücknahme der umfangreichen öffentlichen Förderung des ländlichen Raumes. Da diese sich nicht mehr bezahlen ließ, waren die betroffenen Länder gezwungen, neue Politik-Konzepte zur Entwicklung ländlicher Räume zu entwerfen, die oft sehr unterschiedlich aussahen. Ausgehend von laufenden und abgeschlossenen Untersuchungen am IAMO, präsentiert der vorliegende Beitrag die Entwicklung in ausgewählten Transformationsländern und konzentriert sich dabei hauptsächlich auf einen Vergleich der neuen EU-Mitgliedsstaaten und China.

Von zentral-gelenkter zu dezentral-endogener ländlicher Entwicklungspolitik

Die ländliche Entwicklungspolitik der EU durchlief in den vergangenen zwei Dekaden ebenfalls eine Transformation: weg von einer Sektor-zentrierten Strukturpolitik mit Schwerpunkt der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion und des Strukturwandels, hin zu einem stärker dezentral angetriebenen Prozess getragen durch Netzwerke und die Initiative lokaler Gemeinschaften. Diesen Paradigmenwechsel beschreibt die OECD (2006) als Abkehr von einer top-down Strategie, die auf Subventionen basiert, hin zu einem breiteren Spektrum an Politikinstrumenten, die der Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit dienen sollen. Zentrale Elemente dieses neuen Ansatzes sind die Wiederentdeckung der Bedeutung der Infrastruktur und der Verfügbarkeit gut ausgebildeter Arbeitskräfte, eine stärkere Konzentration auf lokale Ausstattung und Wissensbasis und ein gemeinsames Handeln unterschiedlicher Akteure fördernder Governance-Ansatz unter Einbeziehung von Stakeholdern bzw. Betroffenen und der Verwaltung auf verschiedenen Ebenen.

Mit dem Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn), 2007 (Bulgarien und Rumänien) und 2013 (Kroatien) gilt auch in diesen Ländern die EU-Strukturpolitik. Die Länder profitieren von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln, müssen aber die vorgesehenen Regeln implementieren. Verschiedene von IAMO-Wissenschaftlern in Zusammenarbeit mit Kollegen aus ganz Europa erstellte Studien liegen bereits vor, die erfolgreiche und weniger erfolgreiche Beispiele der EU-Strukturpolitik in den neuen Mitgliedsländern analysieren. Anhand der Beispiele lokaler Telekommunikationsnetzwerke, des Marktzuganges für Kleinerzeuger, dem Geschäftsklima für Kleinunternehmer und der Tourismusentwicklung haben Petrick und Gramzow (2012) erfolgreiche Beispiele privat-öffentlicher Partnerschaften in Polen untersucht und Gründe für ihren Erfolg herausgearbeitet. Als wichtige Ursache für eine erfolgreiche Entwicklung identifizieren die Autoren die komplementäre Anwendung unterschiedlicher Governanceformen bzw. von divergierenden Entscheidungs-, Durchführungs-, und Kontrollmechanismen zwischen Staat, Markt und privater zivilgesellschaftlicher Initiative zur Lösung eines Problems. Insbesondere die angemessene Identifikation der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung, eine ausreichende Kommunikation der lokalen Akteure mit der Bevölkerung und die Nutzung der vielfältigen Fördermöglichkeiten der EU, wenn diese auch mit bürokratischen Hürden verbunden ist, gelten als wichtige Erfolgsfaktoren.

Erfahrungen früherer EU-Erweiterungen für die mittel- und osteuropäischen Länder

Die EU durchlief vor der Ostausdehnung 2004/07 bereits mehrere Erweiterungsrunden wie z.B. die sogenannte "Norderweiterung" in den 1970er Jahren oder die Süderweiterung 1981-86 mit Griechenland, Spanien und Portugal, um nur einige zu nennen. In einem von IAMO-Mitarbeitern koordinierten, EU-Forschungsprojekt (SCARLED = Structural Change in Agriculture and Rural Livelihoods; 2007-2010) sind die Erfahrungen der damaligen Beitrittskandidaten vergleichend analysiert und wichtige Schlussfolgerungen für die mittel- und osteuropäischen Staaten gezogen worden (Wolz et al., 2012). Die Analyse basiert auf Fallstudien in einer jeweiligen Beispielsregion aus Irland (1973 beigetreten), Spanien (1986 beigetreten), Ostdeutschland (1990 beigetreten), Österreich und Schweden (beide 1995 beigetreten).

Alle ausgewählten Regionen sind durch eine unvorteilhafte Altersstruktur der Bevölkerung gekennzeichnet, so dass die Wahrscheinlichkeit demographischer Probleme in naher Zukunft steigt. Nachteilige Änderungen der Bevölkerungsstruktur in den genannten Regionen sind die Folge einer ungünstigen Kombination demographischer, wirtschaftlicher und sozialer Faktoren. Demographisch problematisch sind insbesondere die sinkenden Geburtenraten und die Abwanderung vornehmlich der jungen Bevölkerung. Wirtschaftlich erschwerend kommen z.B. rückläufige Beschäftigungsmöglichkeiten und eine Verschlechterung in der Bereitstellung der Infrastruktur hinzu. Soziale Fehlentwicklungen, wie z.B. der Rückgang des Angebots an öffentlichen Gütern wie medizinische Versorgung und Schulen, sorgen dann endgültig für eine Verfestigung ländlicher Unterentwicklung, verglichen mit urbanen Gebieten.

Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) ist von zentraler Bedeutung für die Lebensbedingungen landwirtschaftlicher Haushalte. Direktzahlungen aus der sogenannten 1. Säule erbringen einen bedeutenden Anteil an den landwirtschaftlichen Einkommen in vielen Regionen. Dennoch konnten die landwirtschaftlichen Einkommen nicht mit der Steigerung nicht-landwirtschaftlicher

Tabelle 2: Wichtige Kennziffern der SCARLED-Untersuchungsregionen (2005)

Region (Land)	Bevölkerungsdichte (Einwohner/km²)	Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft	Anteil der Landwirtschaft am BSP
Border, Midland and Western Region (Irland)	34,3	12,4	4,7
Navarra (Spanien)	57,1	5,3	4,9
Schonen (Schweden)	106,0	2,0	1,3
Tirol (Österreich)	55,4	1,2	1,2
Altmark (Ostdeutschland)	48,2	5,2	2,5*

Quelle: *Wolz et. al. (2012).*
Anm.: ** Schätzung.*

Einkommen Schritt halten. Befördert durch die zunehmende wirtschaftliche Heterogenität innerhalb der EU nach der Süderweiterung 1981/86 wurde eine europäische Strukturpolitik etabliert, bekannt als sogenannte 2. Säule der GAP. Diese soll explizit als Instrument zur Förderung der Angleichung der Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen dienen. Anfänglich waren diese Maßnahmen mit vergleichsweise geringen Mitteln ausgestattet und sie hatten eher indirekte Auswirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe. In den letzten Jahren ist die finanzielle Ausstattung der Maßnahmen der 2. Säule stark angestiegen und erreicht jetzt ungefähr 25 % des Gesamtbudgets der GAP (d.h. knapp 10 % des EU-Budgets). Dies blieb nicht ohne Konsequenzen, denn die Maßnahmen der Strukturpolitik haben sich deutlich auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung ausgewirkt. Allerdings haben sich aufgrund der Diversität ländlicher Gebiete die anfänglichen top-down, "one-size-fits-all" Ansätze als nicht zielführend herausgestellt. Jede Maßnahme sollte die spezifischen Stärken und Schwächen einer bestimmten Region berücksichtigen. Es hat sich mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass jede Region ihre besonderen Potenziale aufweist, die sich als Basis für ihren spezifischen Entwicklungspfad nutzen lassen. Zudem ist die Erkenntnis gereift, dass die Bewohner der betroffenen Regionen am besten die Potenziale und Schwächen ihres Lebensraumes kennen. Strukturpolitik des neuen Zuschnitts nutzt dieses lokale Wissen und baut auf den vorhandenen Potenzialen auf. Erfolgsrezepte können nicht ohne weiteres aus einer Region in eine andere transferiert werden.

Erfolgreiche Entwicklung hängt dabei oft von einer Stärkung der Verknüpfungen zwischen der Landwirtschaft und den anderen Sektoren in der regionalen Wirtschaftsstruktur ab. Diese Verknüpfung kann in Form ländlichen Tourismus, Nahrungsmittelverarbeitung oder der Einführung innovativer Produkte und Dienstleistungen an Gestalt gewinnen. So kann der Ausbau der Bioenergie in manchen Regionen einen wichtigen Beitrag für landwirtschaftliche Einkommen und Beschäftigung leisten. Während einige dieser Prozesse sich von selber schon allein aus der Eigendynamik in den Sektoren heraus entfalten und ohne eine starke staatliche Unterstützung auskommen, benötigen andere Innovationen externe Unterstützung zur Mobilisierung lokaler Akteure und zur Entwicklung einer den Regionen angepassten Vision. Dieser Entstehungsprozess kann wiederum motivierend auf die lokale Bevölkerung wirken und damit zusätzlichen Schwung freisetzen. Ländliche Entwicklung wird nicht mehr als rein sektorale Politik, sondern als ein räumlicher Ansatz wahrgenommen, der alle Aspekte des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens vor Ort berücksichtigen soll.

Ein besonderes Kennzeichen pluralistischer Gesellschaften ist die große Anzahl relevanter Akteure bei der Formulierung, Finanzierung und Umsetzung ländlicher Entwicklungsinitiativen. Traditionell sind die wichtigsten Akteure in diesem Zusammenhang die öffentliche Verwaltung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Diese umfasst die verschiedenen nationalen Ministerien und regionale Autoritäten, die sich aus Angestellten und gewählten Repräsentanten zusammensetzen. Allerdings treten nun neben der öffentlichen Verwaltung und politischen Parteien eine Reihe von Vereinen und Selbsthilfegruppen als gleichberechtigte Partner auf, die unterschiedliche Gruppen der lokalen Bevölkerung repräsentieren.

Für ein erfolgreiches ländliches Entwicklungsprogramm müssen die Akteure bestimmte Kriterien berücksichtigen. Als ein

zentrales Ergebnis der Fallstudien ist hervorzuheben, dass horizontal und vertikal vernetzten Partnerschaften und sozialen Netzwerken eine große Bedeutung für eine erfolgreiche ländliche Entwicklung zukommt. Auf der einen Seite stellt für die lokalen Akteure ein partnerschaftliches Verhältnis mit allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung einen wichtigen Erfolgsfaktor dar. Der Aufbau dieser Netzwerke ist ein zeitintensiver Vorgang. Auf der anderen Seite ist es notwendig, dass die lokalen Akteure nicht nur Vorlagen der Verwaltung umsetzen, sondern sich an einer gemeinschaftlichen Erstellung eines regionalen Entwicklungskonzeptes beteiligen. Ein solches Konzept darf nicht nur von einer knappen, sondern muss von einer sehr breiten Mehrheit getragen werden. Auch wenn zu Anfang viele Projektideen konkurrieren, ist es notwendig, sich auf Prioritäten zu einigen, die das Gesamtkonzept tragen. Nach außen müssen alle lokalen Akteure "mit einer Stimme" sprechen, um erfolgreich zu sein. Daher bringt es Vorteile, wenn Vertreter der lokalen Gemeinschaften, der verschiedenen Vereine und der politischen Parteien frühzeitig zusammenfinden. Alle regionalen Planungsaktivitäten sollten auf einer gemeinsamen und partnerschaftlichen Diskussion basieren. Schließlich ist es unabdingbar, dass alle Einzelprojekte sich in das gemeinsame Entwicklungskonzept einfügen.

Regionale Akteure stimmen überein, dass die enge Kooperation vor Ort der wichtigste Faktor für den Erfolg einer Maßnahme ist. Ein kontinuierlicher Informations- und Ideenaustausch ist nötig. Alle Entscheidungsträger einer Region sollten vernetzt sein, was in Anbetracht der Größe mancher Regionen eine besondere Herausforderung darstellt. Die Verständigung auf gemeinsame Schwerpunkte und Aktionen statt einer sektoralen oder an einzelnen Aufgaben ausgerichteten Denkweise ist elementar. Bei alldem darf die räumliche Dimension nicht aus dem Blickfeld geraten. Der regelmäßige Austausch von Ideen zwischen Personen, die von Amts wegen oder aufgrund divergierender beruflicher Tätigkeiten nicht miteinander kommunizieren, gilt als Gewinn an sich. Oft ergibt sich aus diesen Treffen eine Vernetzung der verschiedenen Programme mit der Konsequenz eines zunehmenden Gesamtnutzens. Beispielsweise lassen sich durch die Verbindung von staatlich finanzierten Beschäftigungsmaßnahmen und Programmen für die Dorferneuerung Synergieeffekte realisieren. Natürlich besteht zwischen den Akteuren auch ein Wettbewerb über die richtigen Entwicklungsprioritäten. Doch belegen die Fallstudien, dass nach einer Einigung die Akteure weiter eng zusammen gearbeitet und ihre Konzepte gegenüber höherrangigen politischen und administrativen Ebenen geschlossen verteidigt haben.

Folgende verallgemeinerbare Schlussfolgerungen sind aus den Fallstudien zu ziehen: Der Entwurf und die Umsetzung ländlicher Entwicklungspolitik sollte auf einem räumlich abgegrenzten und integriertem Ansatz basieren. Die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel gilt es, nach lokalen Bedürfnissen zu verteilen. Ein solches Vorgehen erfordert Politiken, die soziale Interaktionen und Netzwerkbildung auf allen Ebenen stimulieren. Zusätzlich sollten die Politiken Investitionen in Humankapital durch Weiterbildung und Beratung, insbesondere in ländlichen Gebieten, fördern. Eine dynamische und aussagekräftige Beteiligung der Akteure in Netzwerken innerhalb und außerhalb der Region ist von grundlegender Bedeutung. Daher sollten die organisatorischen Kapazitäten und die Beteiligung lokaler Akteure sowohl von staatlicher als auch von privater Seite gefördert werden, um die internen Ressourcen freizusetzen und angemessen auf externe Entwicklungen zu reagieren. Um die Vorteile einer

Herausforderung Konversion im ländlichen Brandenburg fast 20 Jahre nach Abzug der Roten Armee

EU-Mitgliedschaft voll nutzen zu können, ist es notwendig, die Verteilungsmechanismen der vielfältigen finanziellen Hilfen gründlich zu verstehen und angemessene nationale und regionale Strukturen sowie Institutionen zur Einwerbung, Verwaltung und Überwachung der EU-Mittel aufzubauen.

Es ist dringend geboten, die Fähigkeiten sowohl zentraler als auch lokaler Verwaltungen zur Vorbereitung, Auswahl und Umsetzung von Projekten zu verbessern. Da die meisten EU-Projekte eine Ko-Finanzierung voraussetzen, ist insbesondere die Bildung von privat-staatlichen Kooperationen zu fördern. Dabei sind in vielen neuen EU-Mitgliedsstaaten die lokalen institutionellen Kapazitäten und die Beteiligung der Akteure noch schwach ausgebildet, das gilt umso mehr für ländliche Räume. Hierzu zählt auch die hohe Fluktuation innerhalb der Verwaltung der neuen EU-Mitgliedsländer. Daher ist es bis heute relativ schwierig geblieben, das notwendige Fachwissen innerhalb der regionalen Verwaltung aufzubauen und zielorientiert zu nutzen.

Erfahrungen aus China

Mit dem Beginn der De-Kollektivierung und der Einführung von Familienbetrieben in der Landwirtschaft seit Ende der 1970er Jahre hat die chinesische Regierung schrittweise Beschränkungen und Kontrollen abgebaut. Gleichzeitig kam es zur Verringerung der massiven Diskriminierung des landwirtschaftlichen Sektors. Die Abschaffung von spezifisch bäuerlichen Steuern und die Einführung von Subventionen für Getreide anstelle von gesetzlich vorgeschriebenen Getreidelieferungen sind die jüngsten Beispiele. Als Ergebnis ist es zu einer hohen Steigerungen der Agrarproduktion sowie einer substantiellen Verbesserung der Einkommenssituation landwirtschaftlicher Haushalte gekommen. Dennoch haben mit Beginn der Ausweitung der wirtschaftlichen Reformen auf nicht-landwirtschaftliche Sektoren in den 1980er Jahren die landwirtschaftlichen Einkommen nicht mit der Entwicklung der Einkommen außerhalb der Landwirtschaft Schritt halten können. Der Wirtschaftsboom hat den Strukturwandel beschleunigt und eine Welle der Land-Stadt-Wanderung ausgelöst. Trotz des deutlichen Abbaus der Armut im ländlichen Raum nahm die Kluft zwischen dem Lebensstandard auf dem Land und in der Stadt zu. In der zurückliegenden Dekade führte die Regierung daher eine Anzahl von Reformen zur Verbesserung der Lebensumstände auf dem Lande durch. Dies auch umso mehr, als auch das Angebot öffentlicher Güter der Daseinsvorsorge in ländlichen Gebieten deutlich schlechter ist. So zeigt z. B. ein Vergleich der durchschnittlichen Länge der Schulbildung, dass die städtische Bevölkerung drei Jahre länger eine Schule besucht hat (10 Jahre) als die ländliche (7 Jahre) (OECD, 2009). Unter der Überschrift "Aufbau eines neuen sozialistischen ländlichen Raumes" zielen die verschiedenen Instrumente auf die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, eine verbesserte Landnutzung, die Erhöhung der Einkommen, den Umbau der lokalen Verwaltung, die Verbesserung der Bildung sowie die Einführung von sozialen Sicherungssystemen.

Ein verbesserter Schutz der Eigentumsrechte an landwirtschaftlichem Boden ist das Hauptziel des 2002 eingeführten neuen Bodenrechts. Dieses soll auch die Entwicklung von Bodenmärkten fördern. Seitdem sind Landumverteilungen zurückgegangen und die Anzahl von Transaktionen über Bodenmärkte ist gestiegen. Landnutzungsrechte für landwirtschaftliche Haushalte, die vorher auf 30 Jahre begrenzt waren, wurden 2008 auf "unbestimmte Zeit" verlängert. Dennoch erschweren fehlende

Landtitel den Schutz der Landwirte vor unrechtmäßigen Landnahmen. Dieses Problem besitzt hohe Relevanz in Gebieten mit einer starken Konkurrenz in der Bodennutzung, zum Beispiel durch Verstädterung.

Ebenfalls begann im Jahr 2002 eine ländliche Fiskalreform, die die Absenkung der landwirtschaftlichen Steuern und die Steigerung von Transferzahlungen lokaler Verwaltungen an die ländlichen Haushalte beinhaltete. Da lokale öffentliche Investitionen für Bildung, Bewässerung, landwirtschaftliche Beratung und Infrastruktur von elementarer Bedeutung sind, erfordern die Einnahmeausfälle durch die Abschaffung der bäuerlichen Steuern und Abgaben eine Neuausrichtung der Fiskalpolitik. Vor allem in armen Regionen, in denen die Dörfer keine ausreichende Kompensation durch höhere Verwaltungseinheiten erhalten, liegt ein Bedarf für weitergehende fiskalpolitische Reformen vor.

Die von der bäuerlichen Bevölkerung zu tragenden zahlreichen landwirtschaftlichen Steuern wurden 2004 vollständig abgeschafft und dafür verschiedene Subventionen eingeführt. Dazu zählen Subventionen für die Produktion von Getreide, aber auch Subventionen auf der Inputseite, zum Beispiel für die Verwendung modernen Saatguts und für Maschinen. Die OECD (2011) beziffert für China den Anstieg der landwirtschaftlichen Stützung, d.h. von Zahlungen an Landwirte, von 6 % (1995) auf 17 % (2010) der landwirtschaftlichen Wertschöpfung. Daneben ermittelt die OECD die Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen die dem Agrarsektor zugutekommen, wie zum Beispiel für Forschung und Entwicklung, landwirtschaftliche Schulen oder den Ausbau der Infrastruktur. Abbildung 1 setzt diese Transfers und Ausgaben zueinander in Beziehung. Beide Kategorien haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Gleichzeitig ist aber deutlich zu sehen, dass während der 1990er Jahre in einigen Jahren dem landwirtschaftlichen Sektor mehr Mittel vom Staat entzogen als ihm zugeführt wurden (1993 und 1999). Innerhalb der Gruppe der öffentlichen Dienstleistungen haben die Ausgaben für Infrastruktur und landwirtschaftliche Schulen relativ am stärksten zugenommen.

Neben der Förderung der Landwirtschaft konzentriert sich die ländliche Entwicklungspolitik in China auch auf die Einführung sozialer Sicherungssysteme auf dem Land. So wurde 2009 in ausgewählten Regionen ein Rentensystem (New Rural Pension Scheme, NRPS) etabliert. Alle Personen älter als 16, die nicht durch das städtische Rentensystem abgesichert sind, sollen durch diese sozialpolitische Maßnahme eine Grundabsicherung im Alter erfahren. Ein Hauptunterschied zum bisherigen System, das vollständig von Beiträgen der Landwirte abhing, ist die zusätzliche Finanzierung durch staatliche Gelder. Diese anfänglich nur in 10 % der ländlichen Kreise eingeführte Maßnahme erfuhr seitdem eine schrittweise Ausdehnung. Im Jahr 2012 erstreckte sich das NRPS auf 1914 Kreise in 27 Provinzen. Daran beteiligen sich 326 Mio. Bewohner ländlicher Gebiete und 85 Mio. Bewohner erhalten bereits eine Rentenzahlung aus dem System (Ministry of Human Resource and Social Security, 2012). Ob und in welchem Ausmaß das Rentensystem schon zur Verminderung der extremen Ungleichheit beigetragen hat, ist bisher noch nicht quantitativ untersucht worden.

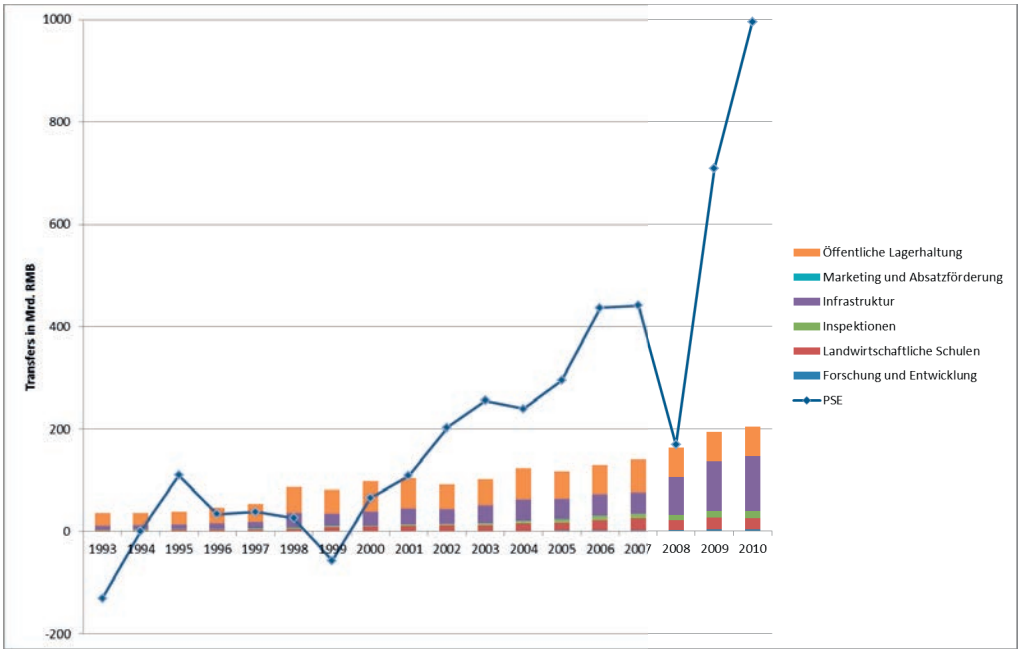
Gleichzeitig bemüht sich die chinesische Regierung auch, die medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten durch neue Gesetzesinitiativen zu verbessern. Im Jahr 2003 führte die chinesische Regierung das sogenannte New Rural Cooperative

Medical System (NRCMS) ein. Diese Maßnahme zielt vor allem auf die Bewohner der ärmsten Gebiete in Zentral- und Westchina. Beabsichtigt ist die Verbesserung der Ausstattung der Gesundheitseinrichtungen in ländlichen Gebieten. Ende 2011 deckte das Programm 97,5 % der ländlichen Bevölkerung ab, das entspricht 832 Mio. Menschen. Dennoch sieht sich das Programm auf Grund der regional sehr unterschiedlichen Entwicklung der Gesundheitsdienstleistungen in der Umsetzung einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber.

Fazit

Die kritische Begleitung der EU-Strukturpolitik durch Wissenschaftler sowie die Erkenntnis eines wenig effizienten Mitteleinsatzes haben, neben anderen Faktoren, in den vergangenen Dekaden zu einem Paradigmenwechsel in der EU-Politik zur ländlichen Entwicklung geführt. Auch wenn die Landwirtschaft nicht mehr der wichtigste Arbeitgeber und Träger der Wertschöpfung in ländlichen Räumen ist, so werden auch weiterhin oder sogar in zunehmenden Maße Landwirte als

Abbildung 1: ***Entwicklung der öffentlichen Leistungen für die Landwirtschaft und der direkten Transfers an Produzenten (PSE = Producer Subsidy Equivalent)***



Quelle: *OECD (2011).*

Ehemalige Unterkünfte der Roten Armee, Fürstenberg, Sommer 2012

Multiplikatoren und Unternehmer in lokalen Netzwerken benötigt. Landwirte sind auf eine funktionierende Infrastruktur und eine regional angemessene Daseinsvorsorge angewiesen und haben als Unternehmer auch eine Verpflichtung für das Zusammenleben in den jeweiligen Gemeinschaften. Die dezentrale und Netzwerk-fokussierte Erarbeitung von Entwicklungskonzepten bietet ihnen die Möglichkeit, sich in diese Prozesse einzubringen.

Andere Transformationsländer außerhalb der EU wählen eigene Konzepte der ländlichen Entwicklungspolitik. Bedingt durch die deutlich andere Ausgangssituation haben zum Beispiel in China Fragen der Bildung und sozialen Sicherung im ländlichen Raum einen viel höheren Stellenwert. Das IAMO Forum 2013 wird sich eingehend mit den Paradigmen in den verschiedenen Transformationsländern beschäftigen. Die wissenschaftliche Diskussion wird mit einem breiten Themenspektrum von der Daseinsvorsorge durch staatliche oder private Träger, bis zum Unternehmertum und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie den Lebensumständen sehr unterschiedliche Aspekte der ländlichen Entwicklung und diesbezüglicher Politiken beleuchten.

Weiterführende Literatur

Ministry of Human Resource and Social Security (2012): Development Report for Human Resource and Social Security, Beijing, http://www.mohrss.gov.cn, Zugriff: Oktober 2012.

Petrick, M., Gramzow, A. (2012): Harnessing Communities, Markets and the State for Public Goods Provision: Evidence from Post-socialist Rural Poland, *World Development 40 (11),* S. 2342-2354.

NBS (2006): China Statistical Yearbook, Beijing, National Bureau of Statistics.

OECD (2006): The New Rural Paradigm: Policies and Governance, Paris, OECD.

OECD (2009): OECD Rural Policy Review: China, Paris, OECD.

OCED (2011): Agricultural Policy and Monitoring, Paris, OECD.

Wolz, A., Hubbard, C., Möllers, J., Gorton, M., Buchenrieder, G. (Hrsg.) (2012): Patterns Behind Rural Success Stories in the European Union: Major Lessons of Former Enlargements, Halle (Saale), IAMO, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Bd. 68.*

Zvyagintsev, D., Shick, O., Serova, E., Lerman, Z. (2008): Diversification of rural incomes and non-farm rural employment: Evidence from Russia, in: Csaki, C., Forgacs, C. (Hrsg.): Agricultural economics and transition: What was expected, what we observed, the lessons learned, Halle (Saale), IAMO, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Bd. 44,* S. 133-143.

Ehemalige Unterkünfte der Roten Armee in Fürstenberg/Havel im Sommer 2012

Persistenz von Korruption

THOMAS HERZFELD

Die Berichterstattung in den Medien verweist nahezu täglich auf die weitverbreiteten Korruptionspraktiken in zahlreichen Ländern Ost- und Südeuropas sowie Zentralasiens. Korruption gilt dabei als eine wichtige Ursache für eine nur zögerliche wirtschaftliche Entwicklung. Dabei ist Korruption aber kein alleiniges Problem ehemals zentralplanwirtschaftlicher Ökonomien. Sie existiert weltweit und lässt sich als Indikator einer mangelhaften oder inkonsistenten Implementierung von Vorschriften, Kontrollen und Sanktionen interpretieren.

Trotz der zahlreichen Berichte scheint sich in den betroffenen Ländern wenig an den kritisierten Zuständen zu ändern. Diese Beobachtung deckt sich mit Erkenntnissen der politischen Ökonomie, die in Modellen die Hypothese formuliert, dass eine schlechte institutionelle Qualität durch die Nutznießer der hierdurch gewonnenen zusätzlichen Renten aufrechterhalten wird (Acemoglu und Robinson, 2011). Weitere formale Modelle aus der individuellen Entscheidungstheorie postulieren die Hypothese der Existenz zweier stabiler Korruptionsniveaus (Andvig und Moene, 1990). Vor allem eine geringe Wahrscheinlichkeit der Entdeckung korrupter Handlungen sowie die Möglichkeit der Umgehung einer Bestrafung durch Bestechung sind Faktoren, die ein einmal existierendes hohes Korruptionsniveau stabilisieren. In einer Situation ohne Korruption ist dagegen die Wahrscheinlichkeit der Entdeckung hoch und Bestrafungen werden exekutiert. Es stellt sich ein stabiles und niedriges Korruptionsniveau ein.

Basierend auf diesen theoretischen Modellen stellt sich die Frage, wie verändert sich das Korruptionsniveau eines Landes über die Zeit? Lassen sich die möglicherweise bestehenden stabilen Zustände auch mittels empirischer Daten belegen? Gibt es nur negative Beispiele von zunehmender Korruption oder auch gegenteilige Vorbilder einer erfolgreichen Korruptionsbekämpfung? Wie stellt sich die Situation in den ehemals zentralplanwirtschaftlichen Ökonomien Mittel- und Osteuropas sowie Asiens dar? Der vorliegende Beitrag bietet einen Zwischenstand zu laufenden Untersuchungen zum Thema am IAMO.

Methodischer Hintergrund

Die empirische Analyse verwendet Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen verschiedenen Korruptionsniveaus als Maß der Veränderung von Korruption über die Zeit. Für diese Berechnung erfolgte die Einteilung der Länder der Stichprobe in Klassen abhängig von ihrem Korruptionsniveau. Übergangswahrscheinlichkeiten geben die (bedingte) Wahrscheinlichkeit an, dass ein Land innerhalb eines Jahres von einer Klasse in eine andere Klasse wechselt. Die geschätzten Wahrscheinlichkeiten werden in Matrixform dargestellt. Auf den russischen Mathematiker Andrei Andrejewitsch Markow (1856-1922) geht die Bezeichnung eines solchen stochastischen Prozesses als Markow-Kette zurück.

Zur Bildung von Indikatoren für Korruption

Die vorliegende Analyse verwendet den Korruptionsindikator des Global Competitiveness Report des World Economic Forum (WEF) (Schwab et al., 2012). Der Indikator basiert auf Befragungen von Wirtschaftsvertretern hinsichtlich der Umlenkung öffentlicher Gelder in Folge von Bestechung, zu ihrer Meinung bezüglich des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Rechtschaffenheit der Politiker in finanziellen Fragen sowie zur Häufigkeit irregulärer Zahlungen von Firmen an staatliche Amtsträger zur Erlangung von Aufträgen.

Die vorliegende Stichprobe bildet ein Datensatz (Panel) über den Zeitraum 1996 bis 2012. Der erste Bericht des WEF publizierte einen Korruptionsindikator für 49 Länder. Im jüngsten Bericht stieg die Zahl der berücksichtigten Länder auf 144. Doch nicht nur die Zahl der betrachteten Staaten hat sich im Zeitablauf verändert, sondern Länder konnten trotz zunehmender Gesamtzahl wieder aus dem Panel herausfallen, während andere hinzukamen. So ist zu erklären, dass die Zahl der Länder für die Daten aus mindestens einem Jahr zwischen 1996 und 2012 vorhanden sind, bei 150 liegt. Der ursprüngliche Korruptionsindikator ist für das Intervall eins bis sieben definiert. Zur besseren Interpretation und Vergleichbarkeit mit anderen Korruptionsindikatoren ist der Index in eine Skala von 0 bis 10 umgewandelt worden, wobei größere Werte ein höheres Korruptionsniveau repräsentieren.

Basierend auf dem vorliegenden Indikator der WEF weisen Länder wie Dänemark, Neuseeland oder Singapur ein besonders niedriges Korruptionsniveau auf. Dagegen sind Länder wie Haiti, Nigeria, Venezuela aber auch die Kirgisische Republik durch ein hohes Korruptionsniveau gekennzeichnet.

Ergebnisse der Analyse

Tabelle 1 präsentiert die geschätzten Übergangswahrscheinlichkeiten für das gesamte Sample. In der ersten Spalte sind die Ausgangsklassen im Vorjahr (*t*-1) angegeben und in der

Tabelle 1: Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen Korruptionsniveaus

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9
0	0.20	0.50	0.30	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
1	0.09	0.44	0.38	0.06	0.01	0.01	0.00	0.0	0.0	0.0
2	0.0	0.22	0.53	0.18	0.03	0.04	0.01	0.0	0.0	0.0
3	0.0	0.02	0.25	0.45	0.15	0.07	0.01	0.04	0.02	0.0
4	0.0	0.0	0.02	0.20	0.45	0.18	0.07	0.05	0.02	0.01
5	0.0	0.0	0.0	0.03	0.24	0.37	0.19	0.08	0.06	0.02
6	0.0	0.0	0.005	0.03	0.05	0.24	0.42	0.19	0.05	0.02
7	0.0	0.0	0.004	0.01	0.01	0.07	0.23	0.58	0.09	0.01
8	0.0	0.0	0.0	0.03	0.01	0.03	0.01	0.30	0.59	0.03
9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.06	0.09	0.06	0.42	0.37

ersten Zeile der Matrix die Klassen im Jahr *t*. Mit anderen Worten: gehört ein Land im Vorjahr zur Klasse 0 mit der niedrigsten Korruption, so liegt die Wahrscheinlichkeit, diesen Status auch im nächsten Jahr zu halten, bei 20 %, während die Wahrscheinlichkeit, in die leicht schlechtere Klasse 1 abzurutschen, bei 50 % liegt. Summiert man die (Übergangs)Wahrscheinlichkeiten einer Zeile, kommt man abzüglich Abrundungen auf 1,0 (=100 %).

Die Ergebnisse belegen ein hohes Beharrungsvermögen des Korruptionsniveaus von einem Jahr zum nächsten. Mit wenigen Ausnahmen sind die Übergangswahrscheinlichkeiten auf der Diagonale der Matrix am höchsten. Schließlich sind es die Werte auf der Diagonalen, die Auskunft darüber geben, mit welcher Wahrscheinlichkeit in einem Land das Ausmaß der Korruption von Jahr zu Jahr unverändert gleich hoch oder niedrig bleibt. Ein Vergleich der Diagonalwerte legt eine vergleichsweise hohe Persistenz innerhalb der Klassen zwei sowie sieben und acht nahe. Dahingegen weisen die Länder in den Klassen null, fünf und neun das geringste Beharrungsvermögen auf. Länder mit einem sehr niedrigen Korruptionsniveau bewegen sich in Richtung eines etwas höheren Korruptionsniveaus und in Ländern mit einem sehr hohen Korruptionsniveau ist die Wahrscheinlichkeit hoch, das es leicht sinkt. Für Länder in der mittleren Klasse beträgt die Wahrscheinlichkeit eines sinkenden Korruptionsniveau 28 % und eines zunehmenden Korruptionsniveau etwa 35 %.

Wie stellt sich die Situation für die ehemaligen Zentralplanwirtschaften Eurasiens dar? Zur Beantwortung dieser Frage dient die gleiche Analyse für eine Unterstichprobe mit 30 Ländern Mittel- und Osteuropas, Zentralasiens und Südostasiens. Tabelle 2 präsentiert die geschätzten Übergangswahrscheinlichkeiten für das Subsample dieser Transformationsländer.

Zuerst fällt auf, das kein Land mehr die beiden Klassen mit dem niedrigsten Korruptionsniveau (null und eins) erreicht. Offensichtlich liegt das Korruptionsniveau in den ehemaligen Zentralplanwirtschaften auch 20 Jahre nach Beginn der politischen und wirtschaftlichen Transformation deutlich höher als in anderen Ländern Mittel- und Westeuropas, wie zum Beispiel Dänemark, Finnland oder Schweden. Mit Ausnahme der Klassen zwei und neun liegt auch für dieses Subsample eine

Tabelle 2: Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen den Korruptionsniveaus von Transformationsländern

	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2	–	0.0	0.60	0.00	0.40	0.0	0.0	0.0	0.0
3	–	0.17	0.26	0.22	0.04	0.0	0.17	0.13	0.0
4	–	0.0	0.23	0.39	0.23	0.06	0.10	0.0	0.0
5	–	0.0	0.03	0.17	0.44	0.20	0.06	0.11	0.0
6	–	0.0	0.02	0.03	0.21	0.62	0.11	0.02	0.0
7	–	0.0	0.0	0.02	0.08	0.24	0.60	0.05	0.02
8	–	0.0	0.0	0.0	0.03	0.0	0.33	0.64	0.0
9	–	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0	0.0	0.0

hohe Persistenz des Korruptionsniveaus vor. Am deutlichsten wird dies für Länder in den Klassen sechs bis acht. Für alle drei Klassen gilt hingegen auch, dass die Wahrscheinlichkeit eines Übergangs zu einem niedrigeren Korruptionsniveau höher ist, als ein weiterer Anstieg des Korruptionsniveaus. Schließlich fallen einige Sonderfälle auf: So legt der Indikator einen Anstieg des Korruptionsniveaus in Estland und Slowenien nahe. Beide Länder fallen zwischen 2004 und 2005 von Klasse zwei in Klasse drei zurück und zwischen 2006 und 2007 sogar von Klasse zwei nach Klasse fünf. Dagegen bewegt sich der Indikator für die Russische Föderation im Vergleich der Jahre 1996 und 1997 von Klasse neun nach Klasse sieben, was eine deutliche Absenkung des Korruptionsniveaus darstellt.

Interpretation der Ergebnisse

Im globalen Vergleich, d.h. bei Verwendung der gesamten Stichprobe, geben die berechneten Übergangswahrscheinlichkeiten einen ersten Hinweis auf die Existenz von zwei verfestigten Gleichgewichten. Länder weisen in der Regel entweder ein hohes oder ein niedriges Korruptionsniveau auf, mittlere Korruptionsniveaus stellen eher ein temporäres Phänomen dar. Für die Unterstichprobe der Transformationsländer lässt sich diese Hypothese nicht belegen. Zum einen lässt sich dieses Ergebnis durch das Fehlen von Ländern mit einem besonders niedrigen Korruptionsniveau in der Teilstichprobe erklären. Zum anderen war und ist diese Ländergruppe durch tiefgreifende Umgestaltungsprozesse politischer und wirtschaftlicher Art gekennzeichnet. Diese Dynamik behindert die Bildung langfristig stabiler Zustände.

Abschließend sei auf zwei Aspekte hingewiesen, die für zukünftige vertiefende Analysen relevant sind. Markow-Ketten basieren auf der Annahme, dass Zustandsänderungen voneinander unabhängig sind. Mit anderen Worten bedeutet diese Annahme, dass die Wahrscheinlichkeit einer Absenkung des Korruptionsniveaus von einem zum folgenden Jahr völlig unabhängig von Änderungen des Korruptionsniveaus in weiter zurückliegenden Jahren ist. Diese Annahme der Zufälligkeit von Zustandsänderungen ist im vorliegenden Fall sehr restriktiv. Daher sind weitere Analysen unter Verwendung alternativer ökonometrischer Methoden nötig, um die hier getroffenen Schlussfolgerungen abzusichern.

Des Weiteren belegen sowohl theoretische als auch empirische Arbeiten ein enges Zusammenspiel zwischen dem Korruptionsniveau eines Landes und anderen Indikatoren der institutionellen Qualität (de Vaal und Ebben, 2011; Herzfeld und Weiss, 2003). So kann eine weitverbreitete Korruption unter anderem das Funktionieren des Rechtssystems untergraben und gleichzeitig erschwert ein mangelhaft funktionierendes Rechtssystem die Bekämpfung der Korruption. Weiterführende Analysen sollten daher das Phänomen Korruption nicht losgelöst von anderen Indikatoren der institutionellen Rahmenbedingungen eines Landes betrachten.

Zusammenfassung

Im Allgemeinen verändert sich das Korruptionsniveau eines Landes im Zeitablauf nur geringfügig. Theoretische Modelle postulieren sogar die Existenz von stabilen Zuständen bei einem hohen und bei einem niedrigen Korruptionsniveau. Eine empirische Überprüfung dieser Hypothese mit Hilfe der Analyse von Markow-Ketten bestätigt die Vorhersagen des theoretischen Modells im globalen Vergleich, aber nicht für die Untergruppe der eurasischen Transformationsländer. Die Ergebnisse der

vorliegenden Analyse bestätigen des Weiteren die Notwendigkeit einer besonders hohen Nachhaltigkeit von Korruptionsbekämpfungsmaßnahmen, falls diese zu einem Erfolg führen sollen.

Weiterführende Literatur

Acemoglu, D., Robinson, J. A. (2011): Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty, Series Why Nations Fail: The Origins of Power, Prosperity, and Poverty.

Andvig, J. C., Moene, K. O. (1990): How Corruption May Corrupt, *Journal of Economic Behavior and Organization, 13,* S. 63-76.

de Vaal, A., Ebben, W. (2011): Institutions and the Relation between Corruption and Economic Growth, *Review of Development Economics, 15 (1),* S. 108-123.

Herzfeld, T., Weiss, C. R. (2003): Corruption and Legal (In)effectiveness: An Empirical Investigation, *European Journal of Political Economy, 19 (3),* S. 621.

Schwab, K., Sala-i-Martin, X. X., Brende, B. (2012): The Global Competitiveness Report 2012-2013: Full Data Edition.

Alarm oder Fehlalarm? Ergebnisse eines Literaturüberblicks über empirische Forschungsarbeiten zur Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen

THOMAS GLAUBEN, INGO PIES, SÖREN PREHN, MATTHIAS GEORG WILL

In den letzten zehn Jahren sind neue Akteure auf den Terminmärkten für Agrarrohstoffe aufgetreten. Commodity Index Traders (CITs) engagieren sich in großem Stil mit einem Geschäftsmodell, das darin besteht, dauerhaft Long-Positionen einzugehen, die regelmäßig rolliert werden. Ohne selbst Lagerbestände aufzubauen, tragen CITs dazu bei, Agrarproduzenten gegen das Risiko einer Preissenkung abzusichern.

Diese neue Entwicklung hat den Verdacht aufkommen lassen, dass die CITs für die dramatischen Preisereignisse der Jahre 2007/8, 2010/1 und 2012 kausal verantwortlich sein könnten. Angesichts globaler Hungerrevolten haben zahlreiche Vertreter aus Theorie und Praxis gemutmaßt, dass die von den CITs ausgehende Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen die rasante Verteuerung von Lebensmitteln hervorgerufen hat, unter der insbesondere die von extremer Armut betroffenen Menschen zu leiden hatten.

Dieser Verdacht hat eine intensiv geführte internationale Diskussion angestoßen, die auch bereits Regulierungsmaßnahmen nach sich gezogen hat. Beispielsweise führten die USA Positionslimits ein. In Europa wird gerade daran gearbeitet, die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente ("MiFID") zu aktualisieren. In diesem Kontext engagieren sich mehrere namhafte zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland in einer gemeinsamen Öffentlichkeitskampagne. Sie fordern, eine Transaktionssteuer einzuführen, Terminmarktspekulanten scharfe Positionslimits aufzuerlegen und die Finanzspekulation durch CITs vollständig zu verbieten.

Um diesen Forderungen eine größere Durchschlagskraft zu verleihen, haben die zivilgesellschaftlichen Organisationen eigene Studien in Auftrag gegeben (Pies, 2012). In ihnen wird der Anspruch erhoben, dass eine "wissenschaftliche Auswertung" der verfügbaren Daten "erdrückende Belege" dafür liefere, dass die Finanzspekulation den Hunger in der Welt auslöse und verstärke.

Diese Aussagen sind nicht unwidersprochen geblieben. Um nur ein Beispiel zu geben: Thilo Bode, der leitende Manager von foodwatch, erhebt den Vorwurf, Banken seien aufgrund ihrer spekulativen Terminmarktgeschäfte "Hungermacher". Innerhalb weniger Monate hat er nicht weniger als drei öffentlich dokumentierte Streitgespräche geführt, in denen ihn Inhaber ökonomischer Lehrstühle darauf aufmerksam gemacht haben, dass seine Forderungen dem Stand der Forschung widersprechen (FAZ, 2012; Handelsblatt, 2012; Süddeutsche Zeitung, 2012). Trotzdem halten die zivilgesellschaftlichen Organisationen unverändert ihren Anspruch aufrecht, die wissenschaftliche Evidenz sei auf ihrer Seite (attac, 2012).

Um zur Klärung dieses in der Öffentlichkeit strittigen Sachverhalts beizutragen, hat das IAMO in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Wirtschaftsethik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg einen umfassenden Literaturüberblick erstellt (Will et al., 2012).

Ergebnisse des Literaturüberblicks zu Journal-Artikeln

Der erste Teil des Literaturüberblicks wertet zehn wissenschaftliche Artikel aus, die im Zeitraum von 2010 bis 2012 in Zeitschriften mit Peer-Review veröffentlicht wurden. Bei allen zehn Studien handelt es sich um eigenständige Forschungsarbeiten, die gängige ökonometrische Verfahren der Zeitreihenanalyse zur Anwendung bringen.

(1) Acht dieser insgesamt zehn Studien untersuchen, ob die Finanzspekulation auf dem Terminmarkt dazu beigetragen hat, das Preisniveau für Agrarrohstoffe nach oben zu treiben. Sie überprüfen damit den Vorwurf, den die zivilgesellschaftlichen Organisationen erheben. Interessanterweise kommen alle acht Studien einmütig zu dem gleichen Ergebnis: der befürchtete Effekt lässt sich *nicht* nachweisen.

(2) Von den zehn Peer-Review-Artikeln gehen vier Studien der Frage nach, ob die Finanzspekulation auf dem Terminmarkt dazu beigetragen hat, die Volatilität, also das Auf und Ab des Preisniveaus, auf den Agrarmärkten zu verstärken. Wäre dies der Fall, so würden die CITs nicht die Funktion einer Versicherung, sondern einer Verunsicherung ausüben. Im Hinblick auf dysfunktionale Volatilitätseffekte geben zwei Studien Entwarnung. Sie können diese Befürchtung nicht bestätigen. Eine weitere Studie misst zwar einen statistisch signifikanten Zusammenhang. Allerdings ist dieser Einfluss *negativ*: Mit steigendem Handelsvolumen sinke die Volatilität. Lediglich eine einzige Studie gelangt zu dem spekulationskritischen Befund, dass die Volatilität kurzfristig verstärkt wird, verbindet dies aber mit dem relativierenden Hinweis, dass sich der identifizierte Effekt weder mittel- noch langfristig nachteilig auswirke.

(3) Von den zehn Artikeln, die in begutachteten Fachzeitschriften publiziert wurden, nehmen sieben explizit Stellung zu Fragen der Regulierung. Keine einzige Journal-Veröffentlichung spricht sich für Positionslimits oder gar für ein Verbot der Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen aus. Hingegen mahnen fünf Artikel zur Vorsicht bei der Regulierung von Termingeschäften und verweisen auf die Gefahr, dass eine Fehlregulierung die Agrarmärkte nicht besser, sondern *schlechter* funktionieren lassen würde. Gewarnt wird insbesondere davor, die Liquidität aus den Märkten zu nehmen. Dies würde nämlich dazu führen, dass viele Agrarproduzenten keinen Tauschpartner finden, der sie gegen Preisrisiken absichert. Als Konsequenz müssten die Agrarproduzenten ihre Risiken dann selbst tragen, anstatt sie an jene Akteure weiterreichen zu können, die angesichts einer angemessenen Prämie willens und in der Lage sind, diese Preisrisiken zu schultern.

Es ist aber nicht nur so, dass die meisten Artikel die Finanzspekulation für unschädlich halten. Fünf Journalartikel stellen vielmehr fest, dass von der Finanzspekulation *positive* Effekte ausgehen, weil sie die Terminmärkte für Agrarrohstoffe *besser* funktionieren lassen.

Ergebnisse des Überblicks zur grauen Literatur

Um die Untersuchungsbasis zu verbreitern und insbesondere auch den aktuellen Forschungsstand mit abzudecken, wurden zusätzlich 25 Studien analysiert, die im Zeitraum 2010 bis 2012 erschienen sind. Auch hier handelt es sich durchgängig um eigenständige empirische Studien. Allerdings erschienen sie (noch) nicht in Zeitschriften mit Peer-Review. Vielmehr haben sie den Status eines Diskussionspapiers und sind insofern zur grauen Literatur zu zählen.

(1) Dreizehn der insgesamt 25 Papiere untersuchen, ob die Finanzspekulation auf dem Terminmarkt dazu beigetragen hat, die Volatilität der Agrarpreise nach oben zu treiben. Auf diese Frage geben vier Papiere eine positive und neun Papiere eine negative Antwort. Von den vier Papieren weisen zwei darauf hin, die eigenen Forschungsergebnisse seien mit besonderer Vorsicht zu interpretieren:

- Eines der Papiere erklärt die empirisch feststellbaren Preiseffekte mit einer zunehmenden Vernetzung der Märkte.
- Eines der Papiere weist darauf hin, dass es von der Bestimmung des untersuchten Zeitraums abhängt, ob ein Einfluss der Finanzspekulation auf die Volatilität statistisch signifikant ist oder nicht.

(2) Neunzehn der insgesamt 25 Papiere untersuchen, ob die Finanzspekulation auf dem Terminmarkt dazu beigetragen hat, die Preisniveaus auf den Agrarmärkten nach oben zu treiben. Auf diese Frage geben neun Papiere eine positive und zehn Papiere eine negative Antwort. Im Hinblick auf die neun Papiere ist zu beachten, dass fünf dieser Studien darauf hinweisen, die eigenen Forschungsergebnisse seien mit besonderer Vorsicht zu interpretieren:

- Eines dieser Papiere führt den Preisanstieg letztlich nicht auf die Finanzspekulation, sondern auf die expansive Geldpolitik der Notenbanken zurück.
- Eines der Papiere analysiert zahlreiche alternative Spezifikationen. Nur wenige dieser Tests kommen zu positiven Befunden. Deshalb vertritt der Autor in seiner Gesamtbetrachtung die Auffassung, dass der Finanzspekulation keine negativen Effekte anzulasten sind und dass man deshalb Entwarnung geben kann.
- Eines der Papiere erklärt die empirisch feststellbaren Preiseffekte mit einer zunehmenden Vernetzung der Märkte.
- Eines der Papiere warnt davor, die eigenen positiven Befunde seien vielleicht darauf zurückzuführen, dass neue Testverfahren zur Anwendung kamen, mit denen bislang nur wenige Erfahrungen vorliegen.
- Eines der Papiere kann einen Preiseinfluss der Finanzspekulation nur auf solche Märkte nachweisen, die wenig liquide sind.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass diesen vier Papieren zehn Studien gegenüberstehen, die eine preiserhöhende Wirkung der Finanzspekulation ausdrücklich *nicht* bestätigen können.

(3) Von den insgesamt 25 Papieren nehmen dreizehn explizit Stellung zu Fragen der Regulierung. Kein einziges Papier unterstützt die von zivilgesellschaftlichen Organisationen öffentlich erhobene Forderung, CITs vom Terminmarkt auszuschließen und ihnen die Finanzspekulation zu verbieten. Zwei Papiere befürworten eine Transaktionssteuer, drei Papiere befürworten Positionslimits, um die Finanzspekulation quantitativ einzudämmen. Demgegenüber warnen sieben Papiere vor den Gefahren einer Fehlregulierung, und fünf Papiere vertreten die Auffassung, dass man gar nicht anstreben sollte, die Finanzspekulation einzudämmen, weil von ihr insgesamt positive Effekte ausgehen. Fünf Aufsätze sprechen sich explizit gegen Positionslimits aus.

Schlussfolgerungen

(1) Aufgrund dieser Befunde gelangt der umfassende Literaturüberblick zu drei Schlussfolgerungen:

- Auch wenn die Forschungsliteratur sicherlich noch Fragen offen lässt, spricht doch angesichts des aktuellen Erkenntnisstands vieles dafür, den zivilgesellschaftlichen Alarm als *Fehl*-Alarm einzustufen.
- Die politischen Regulierungsforderungen nach der Einführung einer Transaktionssteuer, nach dem Aufstellen scharfer Positionslimits sowie nach einem völligen Verbot der Finanzspekulation haben den dominierenden Mainstream der wissenschaftlichen Literatur *gegen* sich.
- Demgegenüber sind Forderungen, die Transparenz auf den Terminmärkten für Agrarrohstoffe regulatorisch zu verbessern, wohl begründet und wissenschaftlich flankiert. Dies betrifft insbesondere Regelungen, die die *Informationseffizienz* erhöhen. Hier gibt es in Europa ein Aufholdefizit gegenüber den USA.

(2) Gestützt auf die Literaturstudie und ihre Ergebnisse, lässt sich folgendes Fazit ziehen:

- Der Versuch, CITs und ihre Terminmarktgeschäfte zur Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen moralisch an den Pranger zu stellen, hat die öffentliche Aufmerksamkeit von den tatsächlich relevanten Politikoptionen zur Bekämpfung akuter Hungerkrisen abgelenkt.
- Die einseitige Wahrnehmung in der Öffentlichkeit wurde nicht zuletzt dadurch möglich, dass die zivilgesellschaftliche Kritik angesichts der Weltfinanzkrise auf einen besonders fruchtbaren Boden fiel.
- Dieser Sichtweise ist mit der wirtschaftsethischen Einsicht zu begegnen, dass Warenterminmärkte aufgrund ihrer Versicherungsfunktion im Modus *institutionalisierter Solidarität* operieren sowie mit der Einsicht der weit überwiegenden Mehrheit empirischer Forschungsbeiträge, dass die Finanzspekulation dazu beigetragen hat, Agrarmärkte nicht schlechter, sondern *besser* funktionieren zu lassen.
- Wer den Hunger in der Welt wirksam bekämpfen will, muss *realwirtschaftlich* dafür Sorge tragen, dass das Angebot an Nahrungsmitteln mit der auf absehbare Zeit steigenden Nachfrage Schritt halten kann.

Weiterführende Literatur

ATTAC et al. (2012): Nahrungsmittelspekulation eindämmen – Offener Brief zum EU-Finanzministerrat, datiert auf den 29. Oktober 2012, unterschrieben von zwölf zivilgesellschaftlichen Organisationen. Am 23.11.2012 im Internet unter: http://www.foodwatch.de/e10/e45260/e45750/e53759/e53764/2012-10-29Offener_Brief_an_Wolfgang_Schaeuble_ger.pdf.

FAZ (2012): "Die Spekulanten sind Schuld" – "Ach was", Streitgespräch zwischen Thilo Bode und Harald von Witzke, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 81 vom 4. April 2012,* S. 12. Am 1. August 2012 im Internet unter: http://www.hffa.info/files/bode_hvw.pdf.

HANDELSBLATT (2012):): "Jeder kleine Landwirt spekuliert". Streitgespräch zwischen Thilo Bode und Michael Schmitz. Am 30.04.2012 im Internet unter http://www.handelsblatt.com/finanzen/zertifikate/nachrichten/streitgespraech-ueber-rohstoffe-jeder-kleine-landwirt-spekuliert/6559222.html.

Pies, I. (2012): Die zivilgesellschaftliche Kampagne gegen Finanzspekulationen mit Agrarrohstoffen – Eine wirtschaftsethische Stellungnahme, *Diskussionspapier Nr. 2012-23* des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale). Am 23.11.2012 im Internet unter: http://wcms.uzi.uni-halle.de/download.php?down=26925&elem=2624086&func=fcg3sn99e21e3k8t5vkn092u3vuc4p32.

Süddeutsche Zeitung (2012): Böse Spekulanten, gute Spekulanten. Streitgespräch zwischen Thilo Bode und Ingo Pies, *Süddeutsche Zeitung vom 13.10.2012,* S. 33. Am 28.10.2012 im Internet unter: http://wcms.uzi.uni-halle.de/download.php?down=26471&elem=2614644.

Tangermann, S. (2011): Policy Solutions to Agricultural Market Volatility: A Synthesis, *ICTSD Issue Paper No. 33,* hrsg. vom International Centre for Trade and Sustainable Development (ICTSD), Genf. Am 01.08.2012 im Internet unter: http://ictsd.org/downloads/2011/12/policy-solutions-to-agricultural-market-volatilty.pdf.

Will, M. G., Prehn, S., Pies, I., Glauben, T. (2012): Schadet oder nützt die Finanzspekulation mit Agrarrohstoffen? – Ein Literaturüberblick zum aktuellen Stand der empirischen Forschung, *Diskussionspapier Nr. 2012-26* des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale). Am 23.11.2012 im Internet unter: http://wcms.uzi.uni-halle.de/download.php?down=26926&elem=2624087&func=fcg3sn99e21e3k8t5vkn092u3vuc4p32.

Gefangen in der Landwirtschaft? Hindernisse für kleingewerbliche Existenzgründungen im ländlichen Bulgarien

DIANA TRAIKOVA

Einleitung

Als eines der jüngsten Mitglieder der Europäischen Union hat Bulgarien offiziell die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft abgeschlossen. Zu den vielen damit verbundenen Veränderungen zählt auch, dass nunmehr jeder Bürger das Recht hat, ein privates Unternehmen zu gründen. In den Städten ist der Aufbau einer breit aufgestellten Privatwirtschaft vom kleinen Handwerksbetrieb bis zum Industrieunternehmen in Gang gekommen mit positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum. Dagegen vollzieht sich in den ländlichen Gebieten des Landes ein anhaltender wirtschaftlicher Niedergang. Nach der Zerschlagung der großen landwirtschaftlichen Staatsbetriebe, den Hauptarbeitgebern in ländlichen Regionen, war die Erwartung, dass private Kleinunternehmer das entstandene Vakuum im außerlandwirtschaftlichen Sektor füllen würden. Bis dahin sollte der Agrarsektor als soziales Sicherungsnetz für die ländlichen Haushalte dienen.

Nach Massenentlassungen zu Beginn der Transformation, ohne dass sofort ausreichend neue Arbeitsplätze im außerlandwirtschaftlichen Bereich entstanden, kehrten viele Einwohner ländlicher Städte, die noch Anspruch auf Land in ihren Heimatdörfern besaßen, in diese zurück und begannen ihre Kleinstflächen zu bewirtschaften. Damit war zumindest ihr Überleben gesichert. Anfängliche Probleme bei der Umstellung auf die Marktwirtschaft waren für den ländlichen Raum erwartet worden, doch lag die Erwartung vor, dass schon der Markt von selber dafür sorgen würde, dass Ressourcen aus der Landwirtschaft in das nichtlandwirtschaftliche Gewerbe flössen. Dies trat jedoch nicht ein. Als für immer mehr Menschen die Alternative auf dem Land lautete, entweder Subsistenzlandwirtschaft zu betreiben oder auf Dauer arbeitslos zu sein, kam es zu einer massiven Abwanderung entweder in die Städte oder ins Ausland. Durch den stark gestiegenen Anteil an nicht mehr im Erwerbsleben stehenden älteren Menschen bei stetig abnehmender Einwohnerzahl, die schon einer Entvölkerung ländlicher Gebiete gleichkommt, ergaben sich neue Herausforderungen in den Dörfern, wie Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung der Infrastruktur und bei der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dadurch geriet der nichtlandwirtschaftliche Sektor verstärkt ins Blickfeld der politischen Entscheidungsträger und es entstand ein großer Bedarf an Studien und Beratung zu den Perspektiven ländlicher Entwicklung in Bulgarien.

Offen ist immer noch die Frage, warum entgegen allen Erwartungen nach der Zerschlagung der planwirtschaftlichen Strukturen keine dynamische marktwirtschaftliche Entwicklung in Gang kam und nur so wenig neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Kleingewerbe ländlicher Gebiete entstanden? Dabei wäre gerade ein kapitalsparendes, arbeitsintensives Kleingewerbe den relativen Faktorbeständen und -preisen in den ländlichen Gebieten

bestens angepasst gewesen und gilt als Motor der ländlichen Entwicklung nicht nur in Südosteuropa. Liegt es daran, dass die Menschen dort traditionell der Landwirtschaft verhaftet und mit dem daraus erzielten geringen Einkommen zufrieden sind? Oder gibt es eventuell Hindernisse, die mit Märkten nichts zu tun haben? Um ein vertieftes Verständnis des Entscheidungsprozesses bei der Gründung privater (Klein)unternehmen außerhalb der Landwirtschaft in den ländlichen Gebieten Bulgariens zu bekommen und Aufschlüsse über Hindernisse bei diesbezüglichen Unternehmensgründungen zu gewinnen, ist im Rahmen einer Promotion am IAMO eine umfangreiche Untersuchung durchgeführt worden.

Die Befragung und ihre Ergebnisse

Die 2008 und 2009 durchgeführte Befragung berücksichtigt drei bulgarischen Regionen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus und differierenden Agrarstrukturen (Pazardjik, Tarnovo und Burgas). Dieses Vorgehen erlaubt es, in vergleichender Perspektive ein differenziertes Bild über Entwicklungsprobleme des privaten Kleingewerbes in sehr unterschiedlich strukturierten ländlichen Regionen zu gewinnen. Ein strukturierter quantitativer Fragebogen und qualitative Tiefeninterviews haben es erlaubt, die Landbewohner direkt zu ihren Einkommensstrategien zu befragen und die wichtigsten Gründen herauszuarbeiten, warum sie sich bisher nicht mit einem außerlandwirtschaftlichen Gewerbe selbständig gemacht haben. Nach der Datenbereinigung ist eine Stichprobe von 195 Haushalten übriggeblieben. Zwar ist die Studie nicht repräsentativ, doch gibt sie Aufschlüsse über grundlegende Probleme, wie sie sich in vielen nur schwach entwickelten ländlichen Regionen in den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union weit verbreitet finden.

Folgt man den Befragten, begann die Misere mit Zerschlagung der landwirtschaftlichen Großbetriebe und ihrer Privatisierung – das heißt der Rückübertragung des vierzig Jahre im Staatseigentum befindlichen Landes und des sonstigen Sachvermögens an die ursprünglichen Eigentümer bzw. deren Nachkommen. Bulgarien folgte in seiner Privatisierungs- und Restrukturierungspolitik konsequent dem Prinzip der Rückgabe an die Alteigentümer und der Zerschlagung der sozialistischen Großbetriebe. In diesem Prozess hatten jedoch nicht alle die gleichen Startbedingungen. Diejenigen, die über gute Beziehungen zu den damaligen Machthabern verfügten, konnten das intransparente Vorgehen bei der Rückübertragung für sich persönlich ausnutzen, auf Kosten der großen Mehrheit der Berechtigten. In den meisten Fällen griffen sie sich die hochwertigen Sachwerte der örtlichen Genossenschaften, sie hatten das Privileg, als erste aus dem gemeinsamen Maschinen- und Gerätepark auswählen zu dürfen und in vielen Fällen nahmen sie sich viel mehr, als ihrem gesetzlichen Anteil entsprochen hätte. Folglich gab es auch viele Menschen, denen vergleichsweise zu wenig oder de facto nichts von ihrem Eigentum zurückgegeben wurde. Gleichzeitig waren die wenigen privilegierten Neueigentümer der betrieblichen Vermögenswerte nicht unbedingt am besten geeignet, diese auch produktiv einzusetzen. Da die Justiz noch nicht reformiert, geschweige denn arbeitsfähig war, hatten die Benachteiligten kaum eine Chance, ihre Rechte durchzusetzen. Hier dazu der Kommentar eines Mannes in mittleren Jahren aus dem Dorf Dorkovo:

"Die Privatisierung? Mir blutet heute noch das Herz… Ich wollte diese Drehmaschine so sehr haben. Damit hätte ich für ein paar Jahre die Chance gehabt, auf eigenen Füßen zu stehen und Geld zu verdienen… Ich hatte doch mit einem solchen Gerät

schon mein halbes Leben lang gearbeitet! Doch die Maschine ging an ganz andere Leute – und die haben sie dann irgendwann zu einem Schrottplatz gebracht! Die konnten das Ding gar nicht bedienen, wollten nur so viel wie möglich zusammenraffen , ohne die tatsächlichen Preise bezahlen zu müssen. Dann haben sie das Gerät in der nächste Stadt an den Schrotthändler verkauft. Dabei haben sie einen ordentlichen Gewinn gemacht, denn sie hatten ja nur einen Spottpreis bezahlt. Oft kommen Leute und fragen mich nach Ersatzteilen für ihre Traktoren; sie kennen mich wegen meiner guten Arbeit. Dann fahre ich zu einem Freund in die Stadt, der hat eine Maschine und daran kann ich dann ein paar Stunden arbeiten. Aber das ist immer richtig mühsam, ich muss da hinfahren, alles klarmachen, betteln… Ich war damals einfach blauäugig gewesen, ohne jede Erfahrung und wollte nach den Regeln spielen… "

Die Mehrheit der entlassenen Fabrikarbeiter in ländlichen Gebieten sah sich plötzlich damit konfrontiert, dass ihre Qualifikationen auf dem örtlichen Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt wurde. Jegliche soziale Absicherung verschwand für die Belegschaften bei der Schließung ihrer Betriebe. Zurückgreifend auf alte Überlebensstrategien bei Wirtschaftskrisen bot sich in den ländlichen Gebieten nur die Landwirtschaft an, um die von Mangel geprägten Anfangsjahre der Transformation zu überstehen. Zumindest war so für das Essen gesorgt und oft ließen sich noch kleinere Nebeneinnahmen erwirtschaften. Landwirtschaft erwies sich zwar als eine brauchbare Überlebensstrategie, doch entstanden in der Regel schwach-produktive, technisch schlecht ausgestattete Kleinstsubsistenz- bzw. Semi-Subsistenzbetriebe. Selbst in fruchtbaren Regionen gab es einen drastischen Produktivitätsrückgang.

Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft hätte man erwarten können, dass die Flächen im Laufe der Zeit zum besten Wirt wandern, um so das Produktivitätsproblem zu überwinden. Doch bekam Grund und Boden nach dem Beitritt Bulgariens zur Europäischen Union im Jahre 2007 einen neuen Stellenwert, da nun schon allein der Landbesitz neue Einkommensquellen erschloss. Mit der Erkenntnis, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der EU mit ihren vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten im Prinzip den Agrarproduzenten aller Mitgliedsstaaten zu Gute kommt, wurde auch den bulgarischen Landwirten bald bewusst, dass sie allein schon für ihre Flächen Fördermittel erhalten können. Somit standen sie einem Verkauf von Land eher zögerlich gegenüber. Es war zunächst nicht klar, wenn, wie und wie viel Fördermittel vergeben würden und so kam es zur Vermeidung langfristiger Bodenpachtverträge. In dieser Zeit machten viele Dorfbewohner sogar den Schritt zurück in die Genossenschaften. Sie legten ihre Ackerflächen wieder zusammen und schafften sich gemeinsam landwirtschaftliche Maschinen an. Doch auch bei einem genossenschaftlichen Zusammenschluss steht es jedem Mitglied vertraglich vereinbart frei, innerhalb eines Jahres die Genossenschaft wieder zu verlassen, womit eine langfristige und nachhaltige Verpachtung und Landnutzung sehr erschwert ist. Genossenschaften zahlen auch für Land, das sie von ihren Mitgliedern pachten, die Pacht in Naturaldeputaten – etwa als Gutscheine für Brot, Öl oder Futtermais. Diese Deputate reichen meistens nur für die Deckung des Eigenbedarfs und gehen selten in den Verkauf.

Obwohl auch in ländlichen Gebieten und Kleinstädten die Mehrheit der Bevölkerung vor der Wende nicht mehr in der Landwirtschaft tätig war bzw. sein wollte, ist die Masse der

Landbewohner mittlerweile wieder gezwungen, vornehmlich von ihrem kleinen Stück Land zu leben, so dass sie wenigstens etwas zu essen haben. Ein lange vergessenes bulgarisches Sprichwort ist wieder hochaktuell: "*Grund und Boden kann man sich nur durch Krieg oder Heirat aneignen*". So lange der Besitz von Land die wirksamste Form der sozialen Absicherung bzw. fast die einzige Überlebensgrundlage in ländlichen Gebieten darstellt, kann sich auch kein nach Marktgesetzmäßigkeiten am Prinzip der Gewinnmaximierung orientierter Bodenmarkt entwickeln und bleibt Effizienz zweitrangig.

Trotz der ungünstigen Umstände finden sich in den ländlichen Gebieten Bulgariens immer noch Menschen, die den Wunsch haben, als selbständige Eigentümer einem nichtlandwirtschaftlichen Gewerbe nachzugehen. Am weitesten verbreitet ist dabei der Wunsch, ein Lebensmittelgeschäft oder ein kleines Café zu eröffnen. Von diesen Geschäftsfeldern ist aber bekannt, dass sie aufgrund der geringen lokalen Kaufkraft und der ungünstigen demographischen Entwicklung nur ein geringes Wachstumspotential besitzen. Aufgrund der niedrigen Markteintrittsbarrieren gäbe es hier einen starken Wettbewerb auf einem gesättigten Markt. Da über die Hälfte der Dorfbewohner auf die Landwirtschaft als Haupterwerbsquelle angewiesen ist, käme noch hinzu, dass ein schlechtes Erntejahr unvermeidlich ein kovariates Risiko darstellt. Auch außerlandwirtschaftliches Kleingewerbe im ländlichen Raum wäre direkt von einer schlechten Ernte betroffen, da ihr Kundenkreis sich meistens auf die lokale Bevölkerung beschränkt. Die unter solchen Umständen gängige Strategie der Risikominimierung, nämlich außerlandwirtschaftliche Diversifizierung, kann dann nicht funktionieren.

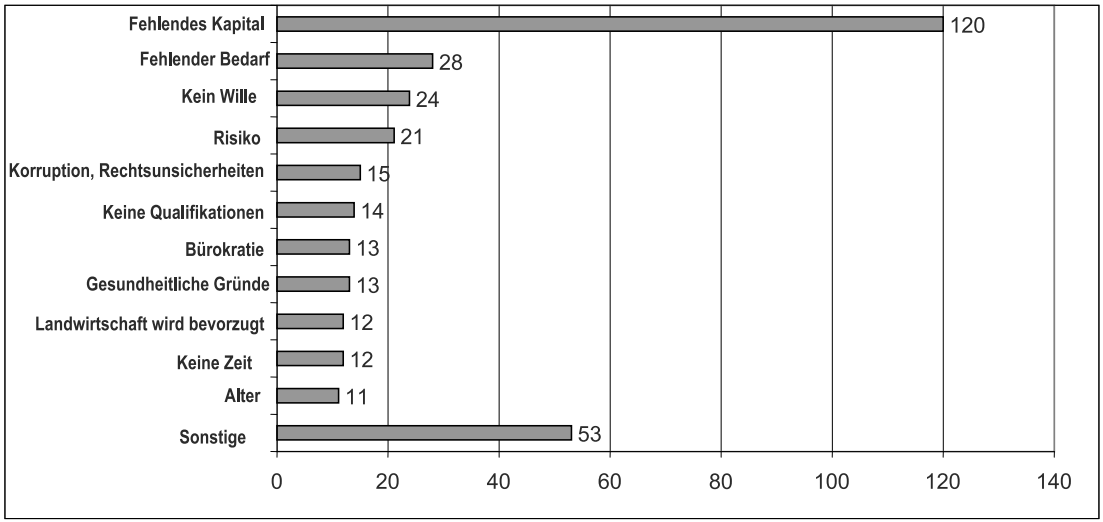
Daneben gibt es noch andere Geschäftsideen, die insbesondere auf die Bedürfnisse einer alternden ländlichen Gesellschaft unter den Bedingungen forcierter Abwanderung abzielen. Traditionell kümmert sich in Bulgarien innerhalb der Familie die jüngere Generation um die ältere. Mit dem Zwang abzuwandern, ist dieser innerfamiliäre Generationenvertrag gefährdet. Doch mit dem in der Stadt verdienten Geld ließe sich auch die Altenbetreuung bezahlen. Nachdem diese Marktnische erkannt worden ist, haben auch schon die Planungen zur Gründung entsprechender Dienstleistungsfirmen begonnen: Wohnungsreinigung und Essensdienste für kranke und alleinstehende ältere Bürger, der Aufbau von Altenheimen, die Einrichtung und Pflege von Internetkommunikationsverbindungen mit Verwandten in den Städten, Internetschulungen für Senioren usw. Zu den ehrgeizigeren Projekten in diesem Bereich zählt z.B. die Errichtung eines traditionellen Dorfes für Touristen oder einer Solaranlage zur Stromerzeugung. Interessant ist hier die Untersuchung der Gründe, warum es nicht zur Umsetzung dieser Ideen gekommen ist. Die Antworten auf diese Frage sind in Abbildung 1 zusammengefasst.

Als größtes Problem für die Errichtung eines kleinen eigenen Unternehmens sehen die Befragten ihren Mangel an Gründungskapital. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Landbewohner nicht gewillt sind, ihren lebenswichtigen Grundbesitz als Sicherheit in einem riskanten Hypothekenkreditgeschäft einzusetzen, ist es unwahrscheinlich, dass ihnen von den Banken Kredite bewilligt werden. Doch neben ihrem Land verfügen ländliche Haushalte normalerweise kaum über andere Werte, die als Sicherheiten dienen könnten. Häuser in sich entvölkernden Regionen sind für Banken nicht attraktiv und veraltete Agrarmaschinen werden gewöhnlich auch nicht akzeptiert. Das heißt, wer seine Geschäftsidee realisieren will, muss seine Ersparnisse oder

die von Freunden oder Verwandten mobilisieren. Eine weitere, öfters zu beobachtende Strategie ist, als landwirtschaftlicher Wanderarbeiter saisonal im Ausland zu arbeiten, bis man die benötigten Ersparnisse zurückgelegt hat.

Von den Befragten, die genug Gründungskapital zusammen haben, kommen Klagen über langwierige Genehmigungsverfahren und eine ineffiziente Verwaltung. Insbesondere, wenn es darum geht, Mitarbeiter einzustellen bzw. Arbeitsplätze zu schaffen, haben in fragilen postsozialistischen Ländern weit stärker als in entwickelten Volkswirtschaften ein kompliziertes Steuersystem, einzuhaltende Mindestlöhne, Sozial- und Krankenversicherungen die Konsequenz, ländliche Unternehmensgründungen prohibitiv zu unterbinden. Hinzu kommt, dass langwierige Fahrten verbunden mit hohen Kosten und Zeitaufwand in die nächstgelegene Stadt nötig sind, da nur dort die Genehmigungsbehörden sitzen. Ein weiteres Problem ist die große Anzahl an vorgeschriebenen Genehmigungen – eine Gelegenheit für korrupte Beamte, sich zu bereichern. So braucht man zum Beispiel zur Registrierung eines Cafés mindestens zehn Genehmigungen von unterschiedlichen Ämtern. In jeder dieser Behörden können die dortigen Beamten ihre Position ausnutzen und z.B. illegale Zahlungen zur Beschleunigung des Verfahrens verlangen oder um überhaupt den Antrag zu bearbeiten. In entwickelten Ländern kann man sich in solchen Fällen an ein Gericht wenden und ein ordnungsgemäßes Genehmigungsverfahren erzwingen. Doch während der mit radikalen Umbrüchen

Abbildung 1: Hindernisse für nichtlandwirtschaftliche Gewerbegründungen (Anzahl der Antworten zu einer möglichen Ursache)



Quelle: Eigene Darstellung.

Anm.: Bis zu drei Antworten waren möglich. Die Ergebnisse basieren auf der Befragungen von 195 Haushaltsvorständen.

und Unsicherheiten behafteten Transformationsphasen und bis heute arbeiten die Gerichte oft nicht ordnungsgemäß bzw. die Justiz ist nicht effektiv. Mehr als die Hälfte der Befragten in der Stichprobe glaubt dabei, dass Bestechungsgelder ein wirksames Mittel zur Beeinflussung von Gerichtsverfahren in Bulgarien sind.

Die wirksamste Strategie potentieller Unternehmer, um die mit der Gründung eines Unternehmens im ländlichen Bulgarien aus dem Missbrauch staatlicher Macht und administrativer Ineffizienz herrührenden Risiken zu minimieren, ist, dass sie versuchen, die Situation nicht soweit eskalieren zu lassen, dass sie ein Gericht anrufen müssen. Das heißt, sie scheinen nur solchen Partnern zu vertrauen, die sie kennen. Das hat natürlich seinen Preis – die Auswahl möglicher Lieferanten und Kunden ist eher begrenzt, wodurch die Erlangung von Größenvorteilen schwer fällt. Da diese widrigen Umstände bekannt sind, geben viele Menschen ihren Wunsch, ein eigenes außerlandwirtschaftliches Gewerbe zu gründen auf und klammern sich an ihren Subsistenzbetrieb, unter anderem auch, um Staat und Beamten soweit als möglich aus dem Weg zu gehen.

Schlussfolgerungen

Die Rahmenbedingungen, um im ländlichen Bulgarien ein eigenes Kleinunternehmen bzw. überhaupt ein Unternehmen zu gründen, lassen sich nur als ungünstig bezeichnen. Eine stetige schrumpfende Bevölkerung im aktiven Alter mit bescheidenen Einkommen ist nicht gerade ein lukratives Marktumfeld für jede Art von Investoren. Die in dieser Studie befragten eher durchschnittlichen Bewohner ländlicher Gebiete fühlen sich vom Staat im Stich gelassen und ausgebeutet. Eine solche Wahrnehmung fördert ein Klima des Misstrauens und risikoaverses Verhalten. Wenn jemand, der nie eine leitende Stellung bekleidet hat, sich dem Rentenalter nähert, kann man ihm unter den gegebenen Bedingungen nicht empfehlen, seine wenigen Ersparnisse für eine Investition in ein Unternehmen mit ungewissen Aussichten zu riskieren.

Auf der anderen Seite sehen viele Haushalte nach mehreren Missernten gar keine andere Wahl, als sich auf riskante und zweifelhafte Unternehmungen einzulassen. Hält man sich vor Augen, dass die meisten Geschäftsideen rein aus der Not geboren sind, kommt die vorliegende Untersuchung zu dem Schluss, dass viele Menschen in den verarmten ländlichen Gebieten Bulgariens erst einmal dringend Sozialleistungen benötigen, um überhaupt ihr Überleben zu sichern. Gängige Anreize zur Förderung unternehmerischen Handelns, z. B. Steuersenkungen oder Schulungen zum Erstellen eines Businessplans, können in der gegebenen Situation nicht greifen.

Die Gewerbe, die realistisch zu erwarten sind, haben kaum Innovationspotential, sondern beruhen eher auf Nachahmung. Auch fehlen meistens wirtschaftlich tragfähige Konzepte und wahrscheinlich werden sie innerhalb weniger Jahre wieder aus dem Wirtschaftsleben verschwunden sein. So lässt sich im besten Fall nur eine begrenzte Anzahl an Arbeitsplätzen schaffen.

Ingenieure, die früher in Fabriken gearbeitet haben, Lehrer, deren Schulen geschlossen haben und ehemals abgesicherte Künstler, nun ohne Publikum – sie sind allesamt während der schweren Transformationskrise in den 1990er Jahren zwangsweise Landwirte geworden. Manchen gefallen die Landarbeit und der ländliche Lebensstil sogar. Doch die Mehrheit ist nur aus Mangel an Alternativen in der Landwirtschaft mehr oder

weniger gefangen. Es ist Aufgabe der Politik, ihnen zumindest durch eine funktionierende Verwaltung und Justiz sowie der Bereitstellung eines Minimums an öffentlichen Gütern zur Daseinsvorsorge zu helfen, einen Ausweg aus ihrer bedrückenden Lage zu finden.

Agroholding Avida, Ukraine

Effizienz und Produktivität ukrainischer Agroholdings

KARIN KATARIA, FRANZISKA SCHAFT, ALFONS BALMANN, IRYNA KULYK

Einleitung

Anfang der 1990er Jahre war die Erwartung groß, dass große postsowjetische Länder wie die Ukraine, Russland und Kasachstan mit zu den wichtigsten Kornkammern der Welt aufsteigen würden. Jedoch blieben diese Erwartungen bis in die letzten paar Jahre hinein weitgehend unerfüllt. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion bis mindestens zum Jahr 2000 gingen die Ernteerträge sogar zurück. Anschließend erholten sich die Erträge langsam, konnten aber nur in einigen wenigen Gunstjahren wieder das Niveau von 1990 erreichen, obwohl der technische Fortschritt beträchtliche Ertragssteigerungen erlaubt hätte. Demzufolge lässt sich nur schwerlich behaupten, dass diese Länder ihre Produktionspotentiale vollständig ausschöpfen.

Gleichzeitig trugen strukturelle Anpassungen zum Entstehen riesiger Agrarkonzerne bei – die in der Literatur häufig als "Agroholdings" bezeichnet werden. Die Ausbreitung dieser oftmals horizontal und vertikal hoch integrierten Unternehmen setzte ab dem Ende der 1990er Jahre ein und beschleunigte sich während der letzten Jahre. Nach Angaben des Ukrainischen Agribusiness Clubs (UCAB) bewirtschafteten 2011 etwa 79 Agroholdings in der Ukraine rund 5,2 Millionen ha. Das entspricht 25 % aller Ackerflächen landwirtschaftlicher Betriebe bzw. 14 % des gesamten Nutzlandes. Die größte Agroholding besitzt bereits schätzungsweise 508.800 ha und ist weiter im Wachsen begriffen. Mittlerweile übernehmen große Agroholdings nicht mehr nur kleinere landwirtschaftliche Unternehmen, sondern auch andere Agroholdings.

Aufgrund ihrer enormen durchschnittlichen Betriebsgrößen und ihrer Zugehörigkeit zu leistungsstarken Konzernen könnte man annehmen, dass landwirtschaftliche Betriebe einer Agroholding im Vergleich zu selbständigen Betrieben über Vorteile beim Aufbau produktiver und effizienter Strukturen verfügen. Hahlbrock und Hockmann (2011) haben dabei für Russland festgestellt, dass Landwirtschaftsbetriebe, die zu Agroholdings gehören, 2001 im Durchschnitt weniger produktiv als selbständige Betriebe waren, jedoch ein höheres durchschnittliches Wachstum der totalen Faktorproduktivität im Untersuchungszeitraum (2001-2007) aufwiesen. Agroholdings hatten dann 2007 in etwa die gleiche Produktivität wie selbständige Farmbetriebe erreicht. Erklärt wird dies durch einen im Durchschnitt höheren technischen Fortschritt bei landwirtschaftlichen Betrieben, die im Untersuchungszeitraum zu einer Agroholding gehörten.

Nach unserem Wissen liegen bisher noch keine umfassenden Effizienz- und Produktivitätsanalysen zu Agroholdings in der Ukraine vor. Bisherige Studien beschränken sich eher auf den Vergleich betriebswirtschaftlicher Kennziffern. Auf der Grundlage ausgewählter Indikatoren, wie z.B. Ernteerträge, Kosten, Absatzpreise und Rentabilität, vergleichen jährliche, vom Ukrainischen Agribusiness Club UCAB erstellte Studien

die Wirtschaftsleistung ausgewählter Agroholdings-Landwirtschaftsbetriebe mit der selbständiger Betriebe. Die Ergebnisse dieser Vergleiche deuten darauf hin, dass Agrarbetriebe, die einer Holding angehören, im Durchschnitt eine geringere Effizienz bei der Produktion der meisten Hauptkulturen aufweisen und dass die Produktionskosten je produzierter Einheit höher als bei selbständigen Agrarbetrieben liegen.

Ziel dieses Beitrages ist nun eine vertiefte, vergleichende Analyse der Wirtschaftsleistung ukrainischer Agrarbetriebe in Agroholdings mit selbständigen Betrieben. Die Messung der Effizienz und Produktivität erfolgt auf Grundlage neuerer Datenbestände. Im Folgenden kommt ein Überblick über die Daten und die angewandten Methoden sowie daran anschließend eine Präsentation der Ergebnisse der Effizienz- und Produktivitätsanalyse, abgerundet durch Schlussfolgerungen.

Daten und deskriptive Analyse

Die vom Ukrainischen Agribusiness Club zur Verfügung gestellten Daten sind der Buchführung landwirtschaftlicher Betriebe aus den Jahren 2008 bis 2010 entnommen. Landwirtschaftsbetriebe, bei denen weniger als 90 % Prozent des Gesamtwertes der Produktionsleistung aus dem Pflanzenbau stammen und solche, die nicht für alle drei Jahre Buchführungsdaten aufweisen, sind aus dem ursprünglichen Datensatz entfernt worden. Übrig geblieben ist ein Datensatz mit 822 Beobachtungen von 274 Landwirtschaftsbetrieben über drei Jahre. Von diesen sind 27 % (73 Betriebe) Mitglieder einer Agroholding.

Die Effizienz- und Produktivitätsmessung basiert auf einer Outputvariablen und vier Inputvariablen. Beim Output handelt es sich um den Wert der Gesamtproduktion (Pflanzenbau und Tierhaltung) in Tausend UAH (offizielle Abkürzung der ukrainischen Währung Hrywnja), die Inputgrößen umfassen Vorleistungen in Tausend UAH (Saatgut, Futter, Düngemittel, usw.), Kapitalkosten (Abschreibung auf Sachanlagen) in Tausend UAH, Anzahl der Arbeitskräfte und die gesamte landwirtschaftlich genutzten Fläche in Hektar. Tabelle 1 enthält deskriptive Kennziffern, einmal für die gesamte Stichprobe sowie separat für die Gruppe der Landwirtschaftsbetriebe, die zu einer Agroholding gehören (nachfolgend bezeichnet als "Agroholding-Betriebe") und für die Landwirtschaftsbetriebe, die nicht Mitglied einer Agroholding sind (nachfolgend bezeichnet als "Nicht-Agroholding-Betriebe"). Die zu einer Agroholding gehörenden Landwirtschaftsbetriebe sind im Durchschnitt wesentlich größer als die nicht zu einer Agroholding gehörenden (8.200 ha im Vergleich zu 2.229 ha).

Abbildung 1 zeigt durchschnittliche Produktionswerte pro Hektar sowie den dazugehörigen Einsatz an Inputs für beide Betriebsformen. Danach liegen die Kapitalkosten pro Hektar für Agroholding-Betriebe im Durchschnitt deutlich niedriger. Vertiefend stellt Abbildung 2 die Kapitalkosten differenziert nach Betriebsgrößen für 2010 dar. Die Unterschiede bei den Kapitalkosten zwischen Agroholding- und Nicht-Agroholding-Betrieben scheinen demnach nicht durch unterschiedliche Betriebsgrößen erklärbar zu sein, sondern eventuell dadurch, dass Maschinenleistungen durch den Mutterkonzern erbracht werden. Abbildung 1 macht des Weiteren deutlich, dass im Schnitt bei Agroholding-Betrieben ein höherer Vorleistungseinsatz vorliegt. Eine Erklärung könnte neben dem Zukauf von Dienstleistungen darin liegen, dass diese Unternehmen über eine höhere Liquidität verfügen und mehr in Düngungsmaßnahmen investieren. Darüber hinaus weisen Agroholding-Betriebe einen geringeren Arbeitseinsatz pro Hektar auf, was eventuell auf eine höhere versteckte Arbeitslosigkeit in den Nicht-Agroholding-Betrieben schließen lässt. Jedoch ist

Tabelle 1: Deskriptive Statistik zum Sample der landwirtschaftlichen Betriebe, 2008-2010

	Nicht-Agroholding-Betriebe (N=603)		Agroholding-Betriebe (N=219)		Alle Betriebe (N=822)	
Kenngröße	**Mittelwert**	**Std.-Abwchg.**	**Mittelwert**	**Std.-Abwchg.**	**Mittelwert**	**Std.-Abwchg.**
Wert der Gesamtproduktion, Tausend UAH	6.800	8.082	32.278	58.072	13.588	32.717
Vorleistungskosten, Tausend UAH	3.462	4.620	19.760	33.879	7.804	19.298
Kapitalkosten, Tausend UAH	391	601	930	2.036	534	1.193
Vollzeit-Arbeitskräfte (Durchschnitt)	51	72	150	271	77	159
Gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche (ha)	2.229	2.141	8.208	11.534	3.822	6.759

laut Befragungen von Vertretern von Agroholdings auch in ihren Betrieben versteckte Arbeitslosigkeit anzutreffen, wenn auch wohl in einem geringeren Ausmaß.

Abbildung 1 folgend lassen sich keine großen Unterschiede in der Bodenproduktivität (Wert der Produktion pro Hektar) zwischen Agroholdings und Nicht-Agroholding-Betrieben feststellen, obwohl man annehmen könnte, dass Agroholding-Betriebe über bessere Lagerbedingungen und stärker entwickelte Vertriebsketten verfügen. Aus einer kürzlichen UCAB-Studie (2012) geht jedoch hervor, dass 28 % der Agroholdings gar keine eigenen Lagerkapazitäten haben und diejenigen mit eigenen Getreidesilos bei weitem nicht über genügend Lagerkapazitäten verfügen.

Technischer Effizienz und Produktivität

Effizienz- und Produktivitätsanalysen wurden zum weiterführenden Vergleich der Leistungsfähigkeit zwischen Agroholding- und Nicht-Agroholdingbetrieben verwendet. Bei der Effizienzmessung wird jeder Betrieb mit den besten Betrieben in der Stichprobe verglichen. Die Effizienzmessung kann sowohl unter Anwendung parametrischer als auch nicht-parametrischer Methoden erfolgen. Bei der vorliegenden Untersuchung kam die nicht-parametrische Data Envelopment Analysis (DEA) zur Anwendung (eine Übersicht über diese Methode bieten, z. B. Coelli et. al., 2005). Die DEA bietet den Vorteil, dass keine Funktionsform für die Produktionsfunktion vorgegeben werden muss. Andererseits lässt sich aber im Gegensatz zu parametrischen Methoden

Abbildung 1: ***Output und Inputeinsatz pro Hektar gegliedert nach Agroholding- und Nicht-Agroholding-Landwirtschaftsbetrieben***

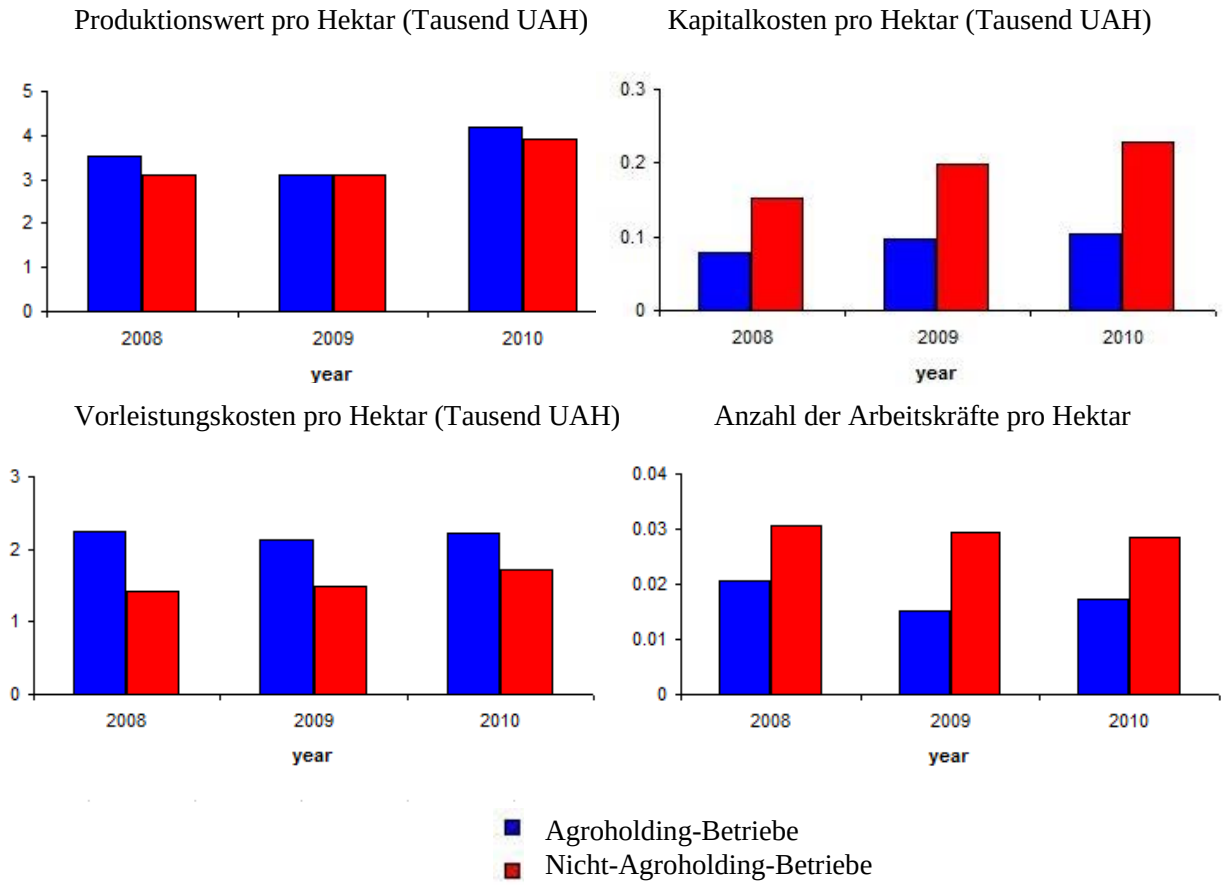
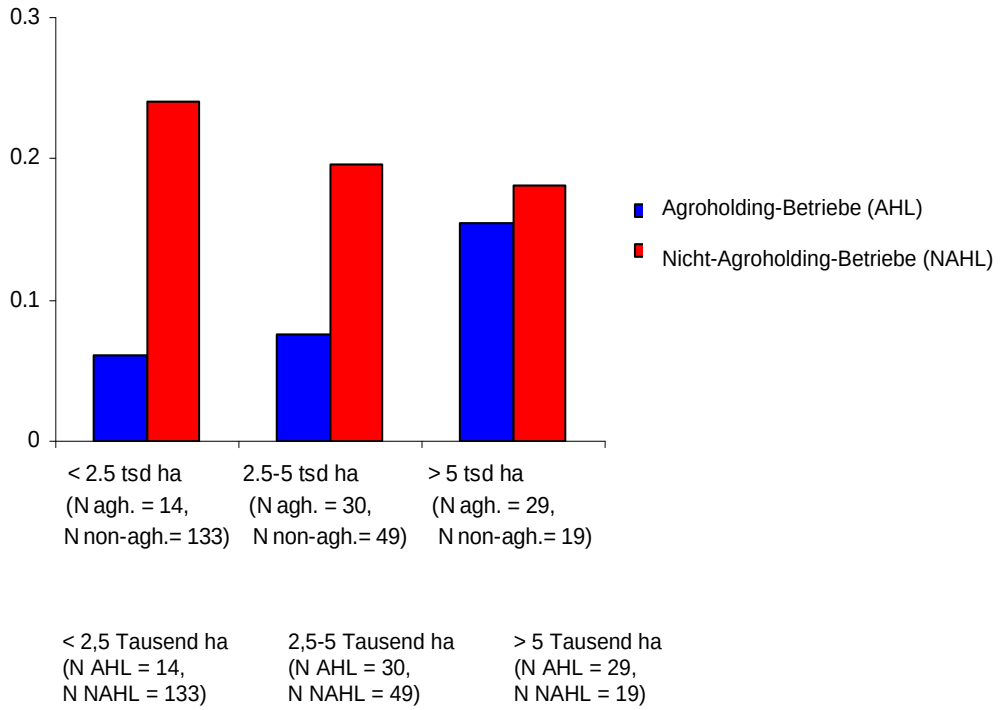


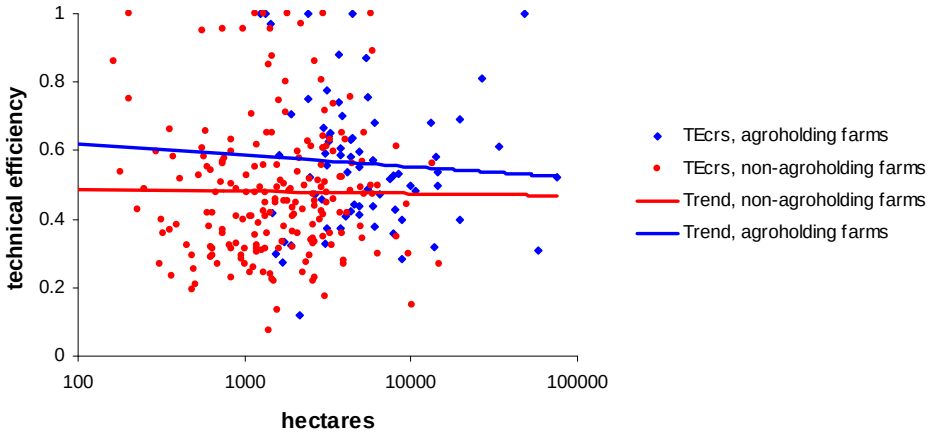
Abbildung 2: Durchschnittliche Kapitalkosten nach Betriebsgrößenklassen für Agroholding- und Nicht-Agroholding-Betriebe für 2010



kein Störterm berücksichtigen, der Zufallseffekte erfasst. Die Ermittlung der Effizienzwerte erfolgte dabei unter Verwendung unterschiedlicher Referenzgruppen (alle Beobachtungen, alle Landwirtschaftsbetriebe in einem einzigen Jahr und separat für Agroholding- und Nicht-Agroholding-Betriebe). Ein Diagramm der DEA-Effizienzwerte nach Betriebsform unterschieden ist für das Jahr 2010 in Abb. 3 dargestellt. Beide Gruppen von Landwirtschaftsbetrieben dieses Jahres dienten dabei als jeweilige Referenzgruppe). Die Trendkurven zeigen, dass im Durchschnitt die Agroholding-Betriebe effizienter sind als Nicht-Agroholding-Betriebe, wobei der Betriebsgrößeneffekt keinen starken Einfluss zu haben scheint. Jedoch sind die durchschnittlichen Effizienzwerte für beide Gruppen niedrig und es bestehen große Unterschiede zwischen den einzelnen Betrieben innerhalb beider Gruppen.

Tabelle 2 enthält die durchschnittlichen DEA-Effizienzwerte unter der Annahme konstanter Skalenerträge (crs) und variabler Skalenerträge (vrs), die man erhält, wenn alle Beobachtungen

Abbildung 3: Effizienzdiagramm für das Jahr 2010



als Referenzgruppe dienen. In Übereinstimmung mit Abbildung 3 ist ersichtlich, dass der durchschnittliche Effizienzwert der Agroholding-Betriebe höher ist als der durchschnittliche Effizienzwert der Nicht-Agroholding-Land-Betriebe (0,452 im Vergleich zu 0.416 bei Annahme konstanter Skalenerträge). Die geringen durchschnittlichen Effizienzwerte weisen auf große Unterschiede zwischen allen Betrieben in der Stichprobe hin und lassen ein beträchtliches Verbesserungspotential für beide Gruppen annehmen. Die bei Verwendung von Agroholding- und Nicht-Agroholding-Betrieben als jeweilige Referenzgruppe gewonnenen (hier nicht dargestellten) Effizienzwerte liegen im Durchschnitt ebenfalls niedrig. Dies ist ein weiterer Beleg für die große Heterogenität des Leistungsspektrums von Landwirtschaftsbetrieben derselben Betriebsform.

Abbildung 4 zeigt die durchschnittliche technische Effizienz einiger im Datensatz erfassten Agroholdings auf Basis der ihnen

Tabelle 2: Zusammenfassung der Effizienzwerte (Referenzgruppe = alle landwirtschaftlichen Betriebe über alle Jahre)

	Nicht-Agroholding-Betriebe (N=603)		Agroholding-Betriebe (N=219)		Alle Betriebe (N=822)	
Kenngröße	**Mittelwert**	**Standard-abweichung**	**Mittelwert**	**Stdabw.**	**Mittelwert**	**Stdabw.**
TEcrs	0,416	0,172	0,452	0,201	0,426	0,180
TEvrs	0,450	0,198	0,506	0,225	0,465	0,206

zugehörigen Betriebe über alle drei Jahre (Agroholdings mit weniger als zwei Betrieben wurden aus dem Datensatz entfernt). Aus der Abbildung ist ablesbar, dass fast alle Agroholdings die durchschnittliche Effizienz ihrer Landwirtschaftsbetriebe während des Dreijahreszeitraums verbessern konnten. Darüber hinaus scheint es eine Tendenz zur Effizienzkonvergenz zwischen den Agroholdings zu geben, d.h., die am wenigsten effizienten Agroholdings im ersten Jahr haben die größten Verbesserungen erzielt, während die anfänglich effizientesten Agroholding ihren Vorsprung teilweise eingebüßt haben.

Im nächsten Schritt wurden die totale Faktorproduktivität, TFP, und ihre Bestandteile (technischer Fortschritt und Effizienzveränderungen) für die Zeiträume 2008-09 und 2009-10 analysiert. Ganz allgemein gilt, dass technischer Fortschritt die Produktionsmöglichkeitenkurve nach außen verschiebt. Aufgrund des kurzen Beobachtungszeiteitraums ist technischer Fortschritt im gegebenen Kontext jedoch hauptsächlich auf jährliche Wetter- und Outputpreis-Veränderungen zurückzuführen. Abbildung 5 macht deutlich, dass es im Durchschnitt TFP-Zuwächse bei beiden Gruppen von Landwirtschaftsbetrieben in beiden untersuchten Zeiträumen gab. Im zweiten Zeitraum 2009-10 lagen die TFP-Steigerungen allerdings für Agroholding-Betriebe wesentlich höher als für Nicht-Agroholding-Betriebe. Der größere TPF-Zuwachs bei den Agroholding-Betrieben ist im zweiten Zeitraum stärkeren Effizienzsteigerungen geschuldet. Das deutet darauf hin, dass Agroholdings mit einer vormals unterdurchschnittlichen Performance es geschafft haben, Ineffizienzen ihrer Landwirtschaftsbetriebe zu reduzieren.

Abbildung 4: ***Technische Effizienz einzelner Agroholdings (N = Anzahl der in der Stichprobe erfassten landwirtschaftlichen Betriebe einer Agroholding)***

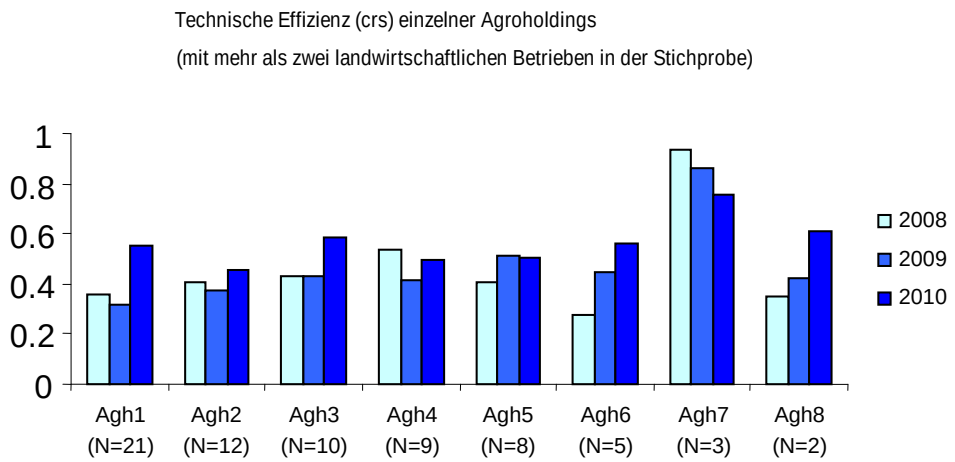
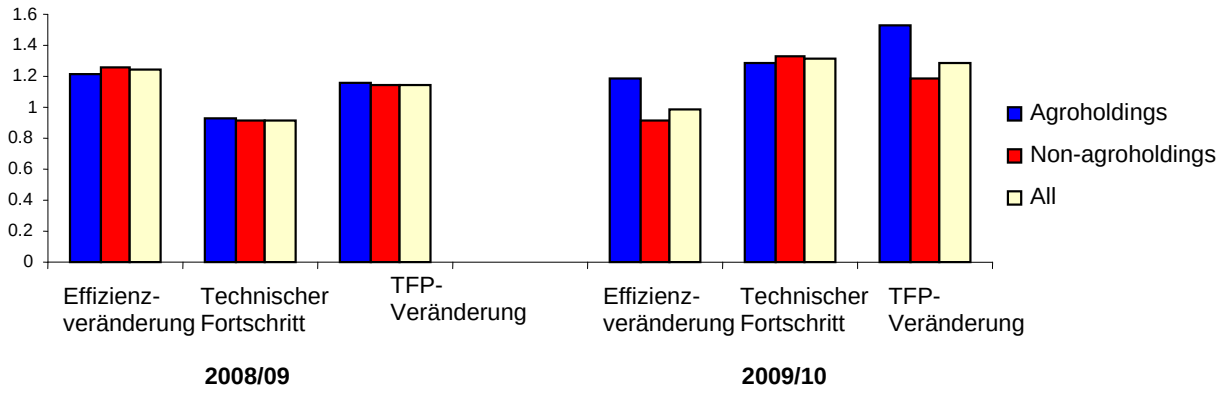


Abbildung 5: Veränderungen der totalen Faktorproduktivität (TFP) und ihrer Komponenten während der Untersuchungsperioden 2008/09 und 2009/10



Diskussion und Schlussfolgerungen

Die hier vorgestellten Ergebnisse belegen, dass es in der Ukraine große Unterschiede in Bezug auf Effizienz und Produktivität sowohl bei Agroholding- als auch bei Nicht-Agroholding-Betrieben gibt. Erklärt werden können die festgestellten Ineffizienzen nicht mit differierenden Betriebsgrößen. Zwar lag in Agroholding-Betrieben im Durchschnitt die Effizienz etwas höher, insbesondere in den letzten Jahren, doch ist die Heterogenität des betrieblichen Leistungsspektrums sowohl innerhalb beider Betriebsformen als auch zwischen einzelnen Agroholdings sehr ausgeprägt.

Landwirtschaftsbetriebe, die Teil einer Agroholdings sind, haben im Durchschnitt niedrigere Kapitalkosten pro Hektar. Dies könnte sowohl als Beleg für den effizienteren Einsatz von Kapital, wie z.B. Maschinentechnik, in dieser Betriebsgruppe interpretiert werden, als auch als Folge einer vom Konzern zentral gesteuerten Maschinennutzung. Weitere festgestellte Unterschiede beim Einsatz von Inputs liegen in höheren Aufwendungen für Vorleistungen und einem geringeren Arbeitskräfteeinsatz pro Hektar bei Agroholding- im Vergleich zu Nicht-Agroholding-Betrieben. Der erstgenannte Unterschied lässt sich wohl durch eine andere Organisation der Maschinennutzung oder durch eine höhere Liquidität der Agroholding-Betriebe erklären, die ihnen erlaubt, mehr in ertragssteigernde Inputs zu investieren. Der geringere Arbeitskräftebesatz könnte entweder auf versteckte Arbeitslosigkeit in den selbständigen Landwirtschaftsbetrieben zurückzuführen sein und/oder auf einen effizienteren Einsatz von Arbeitskräften in den Agroholding-Betrieben. Darüber hinaus lagen im Zeitraum 2009-10 die Produktivitätsveränderungen bei Agroholding-Betrieben im Durchschnitt beträchtlich höher. Dies deutet darauf hin, dass anfänglich unterdurchschnittliche Agroholdings ihren Rückstand gegenüber führenden vermindert haben bzw.

ihre Ineffizienzen stärker reduzieren konnten. Auf Grund der Kürze des Untersuchungszeitraums ließ sich jedoch nicht feststellen, ob ukrainische Agroholdings erfolgreicher technische Fortschritte realisieren konnten als selbständige Privatbetriebe, wie Hahlbrock und Hockmann (2011) für Russland festgestellt haben.

Die Ergebnisse lassen darauf schließen, dass die betriebliche Effizienz nicht vornehmlich von der Betriebsgröße abhängt. Die oben bereits angeführte große Heterogenität in der Leistungsfähigkeit zwischen Landwirtschaftsbetrieben ist ein Anzeichen dafür, dass bereits einzelbetrieblich stark divergierende Faktoren wie z.B. Managementqualitäten, Zugang zu Wissen, Humankapital und Technik ausschlaggebend für eine hohe landwirtschaftliche Produktivität sein können. Dessen ungeachtet ist davon auszugehen, dass es immer noch ein beträchtliches Potential für Effizienzverbesserungen sowohl bei selbständigen landwirtschaftlichen Großbetrieben als auch bei Agroholdings gibt. Eventuell haben Agroholdings hier einen gewissen Vorteil, da ihre Konzernzugehörigkeit ihnen Vorteile bei der Überwindung bestehender Management- und Organisationsprobleme verschaffen kann, wie den Zugang zu Fremdkapital, die selbständige landwirtschaftliche Betriebe nicht haben.

Weiterführende Literatur

Association Ukrainian Agribusiness Club (UCAB) (2012): Largest Agricultural Companies in Ukraine. Kiev.

Coelli, T. J., Prasada Rao, D. S., O'donnell, C. J., Battese, G. E. (2005): An introduction to efficiency and productivity analysis. Kluwer Academic Publishers.

Hahlbrock, K., Hockmann, H. (2011): Influence of agroholding integration in Russian farms on total factor productivity and its subcomponents, GeWiSoLa, IAMO, 51. Jahrestagung der Gesellschaft für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V. – Unternehmerische Landwirtschaft zwischen Marktanforderungen und gesellschaftlichen Erwartungen, Halle (Saale), 28.-30.09.2011.

Agroholding, Ukraine

Getreideindustrie und -handel in der Ukraine

OLEKSANDR PEREKHOZHUK

Die Ukraine kehrt gegenwärtig wieder in den Kreis der größten Getreideproduzenten der Welt zurück. Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO produzierte das Land im Jahr 2010 mehr als 38 Mio. t Getreide und erreichte damit Platz 13 in der Weltrangliste mit einem Anteil an der gesamten Weltproduktion von knapp 1,6 % (vgl. Tabelle 1). Bei steigender heimischer Produktion und weltweit stetig wachsender Nachfrage nehmen auch die ukrainischen Getreideexporte zu. Hat sich die ukrainische Getreideerzeugung zwischen 2000 und 2010 um fast zwei Drittel erhöht, so haben sich die Getreideausfuhren mehr als verneunfacht. Seit 2005 gehört die Ukraine zu den zehn größten Getreideexporteuren der Welt. Mit knapp 4,6 Mio. t Exportgerste erreichte die Ukraine Platz zwei bei den Gersteexporteuren und war im Jahr 2010 zum drittgrößten Hirse- sowie viertgrößten Roggenlieferanten weltweit aufgestiegen. Mit einem Anteil von knapp 3 % an den gesamten globalen Weizenausfuhren ist das Land einer der größten Weizenexporteure der Welt.

Gegenwärtig exportiert die Ukraine durchschnittlich pro Jahr in über 80 Länder Getreide. Für viele Staaten im Nahen Osten und in Nordafrika ist die Ukraine zu einem wichtigen Getreidelieferanten geworden. Im Jahr 2010 lieferte die Ukraine 2856 Tsd. t Weizen bzw. 59 % ihrer gesamten Weizenausfuhren in die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas, davon 780 Tsd. t bzw. 16,1 % nach Ägypten, 494 Tsd. t bzw. 10,2 % nach Tunesien, 253 Tsd. t bzw. 5,2 % nach Libyen und 57 Tsd. t bzw. 1,2 % in den Sudan.

Allerdings sorgt das ukrainische Landwirtschaftsministerium seit Jahren für Verwirrung auf den internationalen Getreidemärkten mit immer wieder neuen Ankündigungen zu Beschränkungen der ukrainischen Getreideexporte. Zur Erntezeit hört man immer wieder aus dem Ministerium unterschiedliche Prognosen und Aussagen zur voraussichtlichen Erntemenge und zum Exportpotenzial sowie auch darüber, welchen Platz das Land als Getreideexporteur auf dem Weltmarkt einnehmen wird. Durch Exportquoten greift die ukrainische Regierung massiv in den Getreidehandel und das Geschäft ukrainischer Getreideexporteure ein. In den letzten fünf Jahren kam es dreimal zur Einführung von Exportquoten auf Getreideausfuhren aus der Ukraine: von Oktober 2006 bis April 2007, von September 2007 bis Mai 2008 und von Oktober 2010 bis Juni 2011. Diese intransparenten, unberechenbaren und einschneidenden politischen Einmischungen der ukrainischen Regierung in die Getreidemärkte verunsichern heimische landwirtschaftliche Erzeuger in ihren Produktions- und Investitionsentscheidungen und erschweren es somit, das Ziel globaler Ernährungssicherheit zu erreichen. Die Regierung begründet die Einmischung des Staates in die Märkte mit massiven Auswinterungsschäden und schwachen Ernten. Durch erhebliche Getreideexporte aus der Ukraine sei dann die Versorgungslage mit Brot- und Backwaren

Tabelle 1: Produktion und Exporte von Getreide in der Ukraine

	2000			2005			2010		
	Tsd.t	Rang	%	Tsd.t	Rang	%	Tsd.t	Rang	%
				Getreideproduktion					
Getreide	23,806.5	20.0	1.2	37,258.0	14.0	1.6	38,678.6	13.0	1.6
Gerste	6,871.9	8.0	5.2	8,975.1	7.0	6.5	8,484.9	3.0	6.9
Hafer	881.4	11.0	3.4	790.7	8.0	3.3	458.5	13.0	2.3
Maiskorn	3,848.1	19.0	0.7	7,166.6	14.0	1.0	11,953.0	10.0	1.4
Hirse	426.1	11.0	1.5	140.6	20.0	0.5	117.1	21.0	0.4
Roggen	968.3	6.0	4.8	1,054.2	5.0	7.0	464.9	6.0	3.8
Weizen	10,197.0	13.0	1.7	18,699.2	11.0	3.0	16,851.3	11.0	2.6
				Getreideexporte					
Getreide	1285.7	21.0	0.5	12518.9	6.0	4.3	12075.5	9.0	3.6
Gerste	864.7	8.0	3.6	3501.8	3.0	13.6	4593.4	2.0	17.4
Hafer	21.1	11.0	0.8	4.3	19.0	0.2	19.7	15.0	0.7
Maiskorn	163.2	13.0	0.2	2795.6	5.0	3.1	2888.3	6.0	2.7
Hirse	13.7	7.0	5.5	57.8	2.0	16.1	42.3	3.0	11.8
Roggen	18.4	7.0	0.8	80.5	5.0	4.0	93.3	4.0	6.7
Weizen	201.2	22.0	0.2	6009.5	7.0	5.0	4302.8	8.0	3.0

Quelle: *FAOSTAT.*

Anm.: *Eigene Berechnung anhand von FAOSTAT-Daten in Prozent der gesamten Weltproduktion und -Getreideexporte insgesamt und für die einzelnen Getreideerzeugnisse.*

im eigenen Land gefährdet, was politisch und moralisch nicht zu verantworten sei.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur RBC-Ukraine plant das ukrainische Landwirtschaftsministerium, die heimische Getreideproduktion bis zum Jahr 2017 auf 80 Mio. t zu verdoppeln. Die Realisierung dieser Pläne hängt jedoch stark von ausländischen Direktinvestitionen in die Landwirtschaft ab. Diese sind in den letzten acht Jahren vergleichsweise so stark wie in der gesamten Industrie angestiegen, aber trotz des enormen Agrarpotenzials der Ukraine deutlich schwächer als die Direktinvestitionen insgesamt (vgl. Tabelle 2). Hat sich der Anteil der Landwirtschaft an den Direktinvestitionen zwischen 2004 und 2011 trotzt einer Vervierfachung ihrer absoluten Höhe von 3 % auf 1,9 % vermindert, so sank bei einer fast erreichten Verdoppelung der Investitionssumme der Anteil der Lebensmittelindustrie an allen Direktinvestitionen von 14,8 % auf 4,2 %. Seit 2004 wurden in den Ernährungs- und Landwirtschaftssektor insgesamt mehr als 15,7 Milliarden USD investiert, davon 11,5 Milliarden USD in die Ernährungsindustrie und 4,1 Milliarden USD in die Landwirtschaft der Ukraine. Die meisten dieser

Tabelle 2: Ausländische Direktinvestitionen in der Ukraine in Mio. USD, 2004 bis 2011

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Insgesamt	6.794,4	9.047,0	16.890,0	21.607,3	29.542,7	35.616,4	40.053,0	44.708,0
%*	100,0	133,2	248,6	318,0	434,8	524,2	589,5	658,0
Landwirtschaft	206,0	224,0	309,6	404,3	557,3	813,3	793,0	833,7
%*	100,0	108,7	150,3	196,3	270,5	394,8	385,0	404,7
%**	3,0	2,5	1,8	1,9	1,9	2,3	2,0	1,9
Industrie	3.394,1	3.867,1	5.169,2	10.470,3	12.421,2	12.469,7	13.276,4	14.042,6
%*	100,0	113,9	152,3	308,5	366,0	367,4	391,2	413,7
%**	50,0	42,7	30,6	48,5	42,0	35,0	33,1	31,4
davon Ernährungsindustrie	1.006,4	1.127,6	1.171,6	1.272,0	1.561,2	1.685,9	1.828,4	1.858,7
%*	100,0	112,0	116,4	126,4	155,1	167,5	181,7	184,7
%**	14,8	12,5	6,9	5,9	5,3	4,7	4,6	4,2

Quelle: *Staatliches Statistikkomitee der Ukraine: Statistisches Jahrbuch der Landwirtschaft für die Ukraine (verschiedene Jahrgänge).*
Anm.: *Eigene Berechnung * in % relativ zum Jahr 2004 (=100), ** Prozentanteil an allen Direktinvestitionen.*

Investitionen fließen in die Getreidewirtschaft vom Anbau, über die Weiterverarbeitung bis zum Handel.

Nach Angaben des Staatlichen Statistikkomitees der Ukraine stieg die gesamte Getreideproduktion von mehr als 24,5 Mio. t im Jahr 2000 auf 56,7 Mio. t im Jahr 2011 an, was einer Verdoppelung der Produktion im Vergleich zum Jahr 2000 entspricht (vgl. Tabelle 3). Durch die steigende Produktion hat sich auch der Getreideverbrauch in der Ukraine deutlich erhöht. Dennoch liegt der Selbstversorgungsgrad bei Getreide in der Ukraine mit Ausnahme des Jahres 2003 deutlich über 100 % und so hoch wie bei keinem anderen landwirtschaftlichen Erzeugnis. In den Jahren 2008 und 2011 lag der Selbstversorgungsgrad bei Getreide knapp unter 200 %.

Die Begründungen der Regierung für Exportstopps und strikte -quoten sind somit offensichtlich nicht gerechtfertigt. Alle statistischen Angaben zur Entwicklung des ukrainischen Getreidesektors sprechen gegen eine und sei es auch nur temporäre Getreideknappheit in den letzten Jahren.

Steigende Investitionen in die Landwirtschaft und in die Ernährungsindustrie haben die Verdoppelung der ukrainischen Getreideproduktion binnen zehn Jahren bewirkt. Die Getreidewirtschaft hat sich zu einem Motor des ukrainischen Exports entwickelt. Sie boomt und verzeichnet Zuwächse wie kein anderer Wirtschaftszweig der Ukraine. Der Grund hierfür liegt aber allein in der stetig steigenden globalen Nachfrage. IAMO-Studien haben ergeben, dass der ukrainische Getreideboom nicht wegen, sondern trotz der erratischen Markteingriffe der ukrainischen Regierung zustande kam. Die politischen Maßnahmen haben nicht zur Stabilisierung, sondern ganz im Gegenteil zur Destabilisierung der Getreidemärkte geführt, mit produktions- und

exportmindernden Effekten für die Ukraine. Alles in allem hätte die Ukraine deutlich stärker vom weltweiten Getreideboom profitieren können. Hierfür spricht auch, dass sich die Exportregulierungen negativ auf die Investitionsbereitschaft ausgewirkt haben. Dies bestätigen die statistischen Angaben zur Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in die Landwirtschaft, die trotz des enormen Agrarpotenzials der Ukraine wesentlich geringer gewachsen sind als in vielen anderen Industriezweigen. Als drittes kommt hinzu, dass es nicht auszuschließen ist, dass die ukrainische Marktpolitik auch die Preisbildung auf den nationalen und internationalen Getreidemärkten zumindest indirekt beeinflusst hat. Ukrainische Landwirte und Händler waren häufig gezwungen, ihre Betriebspläne, Produktions- und Investitionsentscheidungen zu ändern, um sie an willkürliche Politikmaßnahmen anzupassen.

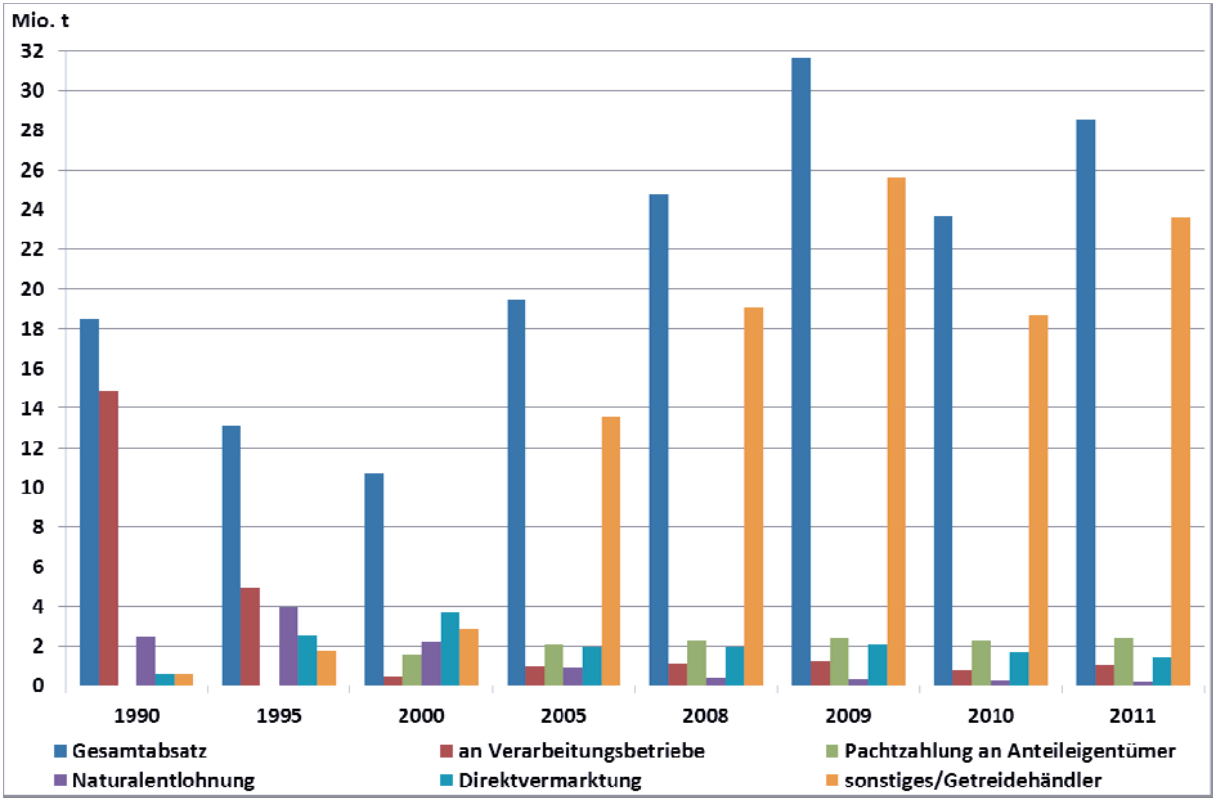
Abbildung 1 zeigt, dass die Vermarktung von Getreide in der ukrainischen Getreidewirtschaft über eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Vertriebswege erfolgt. In den 90er Jahren kontrollierte der Staat fast vollständig den Getreideabsatz der landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei gingen verpflichtend 80 % des Getreides direkt an die Verarbeitungsindustrie, 13 % dienten als Naturalentlohnung, 3 % wurden direkt an die Bevölkerung im ländlichen Raum verkauft und unter die restlichen 3 % fallen sonstige bzw. privatwirtschaftliche Absatzwege. Um das Jahr 2000 herum haben die Absatzwege und Absatzformen in der Ukraine drastische Veränderungen erfahren. Der Staat verlor sein fast vollständiges Monopol auf den Getreideaufkauf in den landwirtschaftlichen Betrieben. Die planwirtschaftlich anmutenden Pflichtlieferungen an die Verarbeitungsindustrie gingen stark zurück und machen seit 2005 nicht mehr als 5 % des gesamten Getreideabsatzes landwirtschaftlicher Betriebe aus. Mit der Privatisierung der landwirtschaftlichen Betriebe ist ein neuer Absatzweg in Form von Pachtzahlungen in Naturalien, sprich Getreide an Anteilseigner, entstanden. Die Prozentanteile dieses Absatzweges schwanken zwischen 7 % und 14 %.

Tabelle 3: Versorgungsbilanz Getreide für die Ukraine in Mio. t, 2000 bis 2011

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Produktion	24,5	39,7	38,8	20,2	41,8	38,0	34,3	29,3	53,3	46,0	39,3	56,7
Bestandsänderung	1,3	7,1	-2,8	-3,8	7,8	-0,3	-2,3	0,9	10,0	-6,1	-2,1	12,8
Import	1,0	0,4	0,2	3,8	0,9	0,2	0,2	0,3	0,2	0,1	0,2	0,3
Aufkommen	24,1	33,1	41,7	27,8	34,9	38,6	36,8	28,7	43,6	52,2	41,5	44,2
Export	1,3	5,6	12,3	3,9	7,8	12,7	11,2	4,5	16,7	26,2	14,2	14,8
Saatgut	3,6	4,1	3,9	3,2	3,6	3,3	3,3	3,3	3,5	3,6	3,2	3,2
Futter	11,1	14,0	15,7	11,7	13,9	13,8	13,8	12,8	13,6	14,0	14,8	16,3
Verluste	0,3	0,4	0,6	0,3	0,5	0,4	0,6	0,5	1,2	0,8	0,8	1,6
Industrieverwertung	0,1	0,7	0,9	0,8	1,2	0,7	0,6	0,5	1,6	0,9	1,7	1,6
Verbrauch	22,8	27,5	29,5	23,9	27,1	25,9	25,6	24,2	26,9	26,1	27,3	29,4
Selbstversorgungsgrad, %	107,2	144,6	131,7	84,8	154,4	146,7	133,7	121,1	198,2	176,5	144,1	192,9

Quelle: *Staatliches Statistikkomitee der Ukraine: Statistisches Jahrbuch zu Bilanzen und zum Verbrauch von Grundnahrungsmitteln der Bevölkerung der Ukraine (verschiedene Jahrgänge).*

Abbildung 1: Getreideabsatz nach Vertriebskanälen in der Ukraine (in Mio. t)



Quelle: Eigene Darstellung anhand von statistischen Daten des Staatlichen Statistikkomitees der Ukraine: Das statistische Bulletin über den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Staatlichen Statistikkomitees der Ukraine (verschiedene Jahrgänge).

Der Anteil der Direktvermarktung hat sich über die letzten Jahre kaum verändert. Laut des statistischen Bulletins über den Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Staatlichen Statistikkomitees der Ukraine ist der Absatzweg "Sonstiges" zum Hauptabsatzweg der landwirtschaftlichen Betriebe geworden. "Sonstiges" beinhaltet dabei vornehmlich den Verkauf von Getreide, Saatgut und Futtermittel an private Getreidehändler. Seit 2005 macht der Anteil dieses Absatzweges mehr als 70 % des betrieblichen Gesamtabsatzes aus. Dabei sind die Verkaufsmengen von knapp 3 Mio. t im Jahr 2005 auf mehr als 23 Mio. t im Jahr 2010 angestiegen. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft entstanden aber nicht nur neue Absatzwege, sondern auch neue Marktstrukturen.

Für eine Analyse der Marktstruktur und Preisbildung auf den Getreidemärkten hat die Anzahl der Marktteilnehmer (Anbieter und Nachfrager), die Unternehmenskonzentration und die Größenverteilung der Unternehmen eine besondere Bedeutung. Gegenwärtig lässt sich eine Untersuchung der Unternehmensstrukturen im Getreidehandel nur anhand der Zahl der selbständigen Unternehmenseinheiten der Handelsunternehmen durchführen, eingeteilt in sieben Umsatzgrößenklassen. Zu den Unternehmensverflechtungen innerhalb des ukrainischen Getreidehandelssektors liegen noch keine Daten vor. Doch schon die vorliegenden Daten erlauben wichtige Schlüsse. Im Vergleich der Anzahl der Unternehmenseinheiten nach Umsatzgrößenklassen lassen sich erhebliche Unterschiede feststellen. Tabelle 4 enthält dabei die Zahl der selbständigen Unternehmenseinheiten, die mit Getreide, Saatgut und Futtermitteln handeln (vgl. Tabelle 4).

Zwischen 2001 und 2010 stieg die Zahl der selbständigen Getreidehandelsunternehmenseinheiten um mehr als das Dreifache an.[1] Dadurch hat sich die Marktstruktur und Marktkonzentration im Getreidesektor sowohl national als auch insbesondere innerhalb der Regionen drastisch verändert. Die steigende Zahl der Großhändler auf der Nachfrageseite führte dort zu einem

[1] In der vorliegenden Studie wurden sämtliche Großhandelsunternehmen, auch die mit einem Umsatz von unter 50 Tsd. USD und mit weniger als 20 Beschäftigten berücksichtigt. Aus diesem Grund können die Angaben zur Anzahl der Unternehmen und der Beschäftigten leicht von den Angaben in offiziellen Statistiken abweichen.

Tabelle 4: Zahl der selbständigen Unternehmenseinheiten im Getreidehandel nach Umsatzgrößenklassen, 2001 bis 2010

Umsatz	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Insgesamt	474	619	737	869	987	1131	1287	1499	1840	1569
davon:										
<50 Tsd. USD	129	175	188	212	219	252	305	293	418	332
50-99 Tsd. USD	43	57	67	75	77	86	73	79	129	105
100-999 Tsd. USD	191	223	288	317	366	400	395	461	608	530
1-9 Mio. USD	98	144	165	226	271	319	416	517	544	459
10-49 Mio. USD	9	14	23	28	45	60	77	118	116	116
50-100 Mio. USD	3	2	3	7	2	4	10	16	10	16
>100 Mio. USD	1	4	3	4	7	10	11	15	15	11

Quelle: Eigene Berechnung anhand einzelbetrieblicher Daten der Nachrichtenagentur Interfax-CAN.

Rückgang der Marktkonzentration und somit zu einer Zunahme an Wahlmöglichkeiten für die landwirtschaftlichen Betriebe beim Verkauf ihres Getreides. Dabei gibt es immer mehr selbständige Großhandelsunternehmenseinheiten mit Umsatzgrößen von mehr als 10 Mio. USD. Während im Jahr 2001 nur zwölf Betriebe mit Jahresumsätzen zwischen 10 und 100 Mio. USD zu verzeichnen waren, ist diese Zahl bis 2010 um ein Elffaches angestiegen. Im Jahr 2001 gab es nur eine Getreidehandelsunternehmenseinheit mit einem Jahresumsatz von über 100 Mio. USD. Zehn Jahren später sind es schon mehr als zehn.

An dieser Stelle sei betont, dass die Zahl der Handelsunternehmen pro Umsatzgrößenklasse auf Basis einzelbetrieblicher Daten berechnet wurde. Gäbe es im Sektor ausschließlich Handelsunternehmen, die keine selbständigen Unternehmenseinheiten aufweisen, gäbe es keine Unterschiede bei der Berechnungen der Unternehmenskonzentration und der Marktkonzentration. Allerdings existieren im Getreidegroßhandelssektor der Ukraine viele Unternehmen mit zahlreichen selbständigen Unternehmenseinheiten.

Hinzu kommt, das besonders große Unternehmen auf allen Stufen der Getreidewertschöpfungskette tätig sind. Nach Angaben der staatlichen Aktiengesellschaft "Khlib Ukrainy" besteht das Unternehmen gegenwärtig aus 81 Tochterunternehmen, die über alle Regionen der Ukraine verteilt sind. Zu den Tochterunternehmen gehören ein Geschäftshaus, 25 Getreidespeicher, zwei Seehafenspeicher, 33 Brot- und Backwarenkombinate, ein Unternehmen für Saatgutaufbereitung, sowie landwirtschaftliche Getreide- und Futtermittelbetriebe sowie Großhandelsfirmen. Alle diese Tochterunternehmen sind im Getreidesektor tätig.

Anhand der Unternehmensstruktur der staatlichen Aktiengesellschaft "Khlib Ukrainy" ist deutlich zu sehen, dass es unterschiedliche Formen der Unternehmenskonzentration im Getreidesektor gibt. Zum einem lässt sich horizontale Unternehmenskonzentration zwischen Betrieben auf derselben Produktionsstufe (z.B. Getreidespeicher oder Brot- und Backwarenkombinate) nachweisen. Zum anderen existiert zwischen Tochterunternehmen auf verschiedenen Stufen der Wertschöpfungskette im vor- und nachgelagerten Bereich (Getreidespeicher und Brot- und Backwarenkombinate) eine vertikale Unternehmenskonzentration.

Zusammenfassend lässt sich somit vermuten, dass im Hinblick auf die horizontale und vertikale Unternehmenskonzentration im Getreidesektor der Ukraine eine Preisbildung auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten für Getreide, Saatgut und Futtermittel zu erwarten ist, die nicht den Bedingungen des vollständigen Wettbewerbs entspricht. Die Herausbildung unterschiedlicher Formen der Unternehmenskonzentration in der Getreidewirtschaft wirft einige Fragen bezogen auf die zukünftige Struktur des Getreidemarktes auf, unter anderem, was den Wettbewerb zwischen Handelsunternehmen auf nationalen und internationalen Märkten angeht. Eine noch offene Forschungsfrage ist die Festsetzung der Preise beim Getreideaufkauf in den landwirtschaftlichen Betrieben. Ist es den Getreidehändlern möglich, Marktmacht auf den Beschaffungsmärkten für Getreide auszuüben? Wie verhalten sich die Großhändler und die Brot- und Backwarenkombinate beim Verkauf von Brot-, Mehl- und Backwaren? Sind die Brot- und Backwarenkombinate in der Lage, oligopolistische Marktmacht gegenüber den Verbrauchern auszuüben?

Bisherige Wettbewerbsanalysen zu Getreidemärkten haben sich ausschließlich mit dem Preissetzungsverhalten von Getreideexporteuren auf internationalen Weizenmärkten befasst. Viele dieser empirischen Studien zur Analyse des Verhaltens von Weizenexporteuren basieren auf zwei Ansätzen. Der erste Ansatz, Pricing-to-market (PTM), wurde bereits von Knetter im Jahr 1989 entwickelt und Anfang der 90er Jahre zur Analyse von US-amerikanischen Weizenexporteuren von Pick und Park (1991) sowie Pick und Carter (1994) angewandt. Der zweite Ansatz, Residual-Demand-Elasticity (RDE), entwickelten Ende der 90er Jahre Goldberg und Knetter (1999). Diesen Ansatz wendeten Carter et al. (1999), Cho et al. (2002) sowie Yang und Lee (2005) zur Analyse von US-amerikanischen, kanadischen und australischen Exportmärkten für Weizen an. Die Ergebnisse dieser empirischen Studien deuten darauf hin, dass sowohl US-amerikanische als auch kanadische, australische und russische Weizenexporteure in einigen Importländern oligopolistische Marktmacht ausgeübt haben und in der Lage waren, Preise über Grenzkosten zu setzen.

Angesichts der hohen Unternehmenskonzentration in der Ukraine ist zu erwarten, dass die Großhandelsunternehmen in der Lage sind, Marktmacht auch auf dem nationalen Markt oder den regionalen Märkten für Getreide auszuüben. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass Marktmacht sowohl auf dem Beschaffungsmarkt (Nachfragemacht) als auch auf dem Absatzmarkt (Anbietermacht) gleichermaßen geltend gemacht werden kann. Obwohl politische Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit diese Frage bereits kontrovers diskutieren, hat sich die empirische Forschung ihr bisher noch nicht gewidmet. Es gibt zu diesem Thema nur wenige empirische Untersuchungen. Insbesondere liegen bisher keine ökonometrischen Analysen zur Marktstruktur und zur Preisbildung auf Märkten zwischen verschiedenen Produktionsstufen vor.

Die Literatur der Neuen Empirischen Industrieökonomik (NEIO) liefert strukturelle ökonometrische Ansätze und Methoden zur Analyse der Marktstruktur und Preisbildung auf oligopolistischen und oligopsonistischen Märkten. Die Grundidee von NEIO-Ansätzen besteht darin, das Verhalten der Markteilnehmer am Markt anhand von Preis-Mengen-Daten zu identifizieren und somit eine direkte Aussage über Ausübung von Marktmacht zu treffen. Im Hinblick sowohl auf die Struktur der Getreideindustrie als auch auf die Rahmenbedingungen auf den Märkten für Getreide in der Ukraine (Einmischung des Staates, Exportquoten, Exportstopps, Preiskontrollen), ist die Existenz von Marktmacht nicht auszuschließen. Die Ergebnisse der deskriptiven Analyse weisen auf unterschiedliche Unternehmensgrößen und auf eine unterschiedliche Anzahl von Anbietern und Nachfragern auf dem nationalen und den regionalen Märkten hin. Der regionale Beschaffungs- und Absatzmarkt für Getreide ist aus Sicht der Marktabgrenzung für die Analyse von größerer Bedeutung als der nationale Markt. Um endgültige Aussagen über die Existenz von Marktmacht auf Märkten zu treffen, sollten deshalb in weiteren empirischen Analysen in nationaler und regionaler Hinsicht disaggregierte, einzelbetriebliche Daten zur Messung von Marktmacht auf einzelnen Getreidemärkten herangezogen werden.

Weiterführende Literatur

Djuric, I., Glauben, T., Götz, L., Perekhozhuk, O. (2010): Nahrungsmittelkrise & Transformation: Staatliches Krisenmanagement und Marktreaktionen östlicher "Getreidenationen", in: Loy, J.-P., Müller, R. A. E.: Agrar- und Ernährungsmärkte nach dem Boom, *Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus e.V., Bd. 45,* S. 3-13. Landwirtschaftsverlag: Münster.

Glauben, T., Pàll, Z., Perekhozhuk, O., Prehn, S., Teuber, R. (2012): Internationale Getreidemärkte: Die neue Macht Russland?, *IAMO Policy Brief No. 6,* Halle (Saale).

Pall, Z., Perekhozhuk, O., Teuber, R., Glauben, T.: Are Russian wheat exporters able to price discriminate? Empirical evidence from the last decade, *Journal of Agricultural Economics* (im Erscheinen).

Perekhozhuk, O. (2007): Marktstruktur und Preisbildung auf dem ukrainischen Markt für Rohmilch, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Bd. 41,* Halle (Saale).

Die Wahrnehmung von Bio-Lebensmitteln durch russische Verbraucher

VIOLA BRUSCHI, RAMONA TEUBER, KSENIA SHERSHNEVA, IRINA DOLGOPOLOVA, MAURIZIO CANAVARI

Die gegenwärtig beschleunigt ablaufende sozioökonomische Entwicklung Russlands beinhaltet auch eine durchgreifende Modernisierung der Ernährungswirtschaft. Hinzu kommt ein steigendes Interesse ausländischer Unternehmen an Handelspartnerschaften und Investitionen in Russland. Gleichzeitig liegen nur sehr geringe Kenntnisse über den russischen Lebensmittelmarkt vor, insbesondere, was die Konsumenten bzw. die Nachfrageseite angeht. Dabei ist davon auszugehen, dass bei der rasanten westorientierten Entwicklung, insbesondere in den Großstädten mit ihrem enormen Marktpotenzial, die Nachfrageseite für den Unternehmenserfolg immer wichtiger wird. Ein vertieftes Verständnis der Essgewohnheiten der russischen Verbraucher sowie ihrer grundsätzlichen Einstellung gegenüber Ernährung und den hieraus erwachsenden Dispositionen für ein bestimmtes Handeln spielen eine wichtige Rolle, um zukünftige Entwicklungen auf dem russischen Lebensmittelmarkt erfassen zu können. Erste Studien zur Wahrnehmung von Lebensmittelsicherheit durch russische Verbraucher und zu ihren Motiven beim Lebensmittelkauf zeigen, dass das Interesse an sicheren und natürlichen Nahrungsmitteln einen immer höheren Stellenwert einnimmt. Die Verbraucher sind besorgt wegen möglicher Lebensmittelrisiken und achten verstärkt auf die Liste der Inhaltsstoffe. Insbesondere Lebensmittelzusatzstoffe werden sehr stark als "künstlich" und als mögliches "Risiko" empfunden (Popova et al. , 2010). Demzufolge sind die Natürlichkeit von Lebensmitteln sowie ihre Geschmackseigenschaften und ihre Verfügbarkeit wichtige Bestimmungsründe für die Produktwahl durch Verbraucher (Honkanen et al., 2009). Aus den bisher vorliegenden Ergebnissen lässt sich ableiten, dass russische Verbraucher im Allgemeinen eine positive Haltung gegenüber Bio-Lebensmitteln haben, die generell als natürlicher und gesünder gelten. Es gibt jedoch bisher keinen empirischen Nachweis dafür, welche Erwartungen russische Verbraucher an Bio-Lebensmittel haben, d.h. welche Eigenschaften ihnen am wichtigsten sind und ob sie beispielsweise Bio-Siegeln trauen. Die vorliegende Studie analysiert diese beiden Aspekte auf der Grundlage von zwei empirischen Untersuchungen, die 2012 in Sankt Petersburg durchgeführt worden sind. Bei der ersten Studie handelt es sich um eine qualitative Untersuchung von Verbrauchermeinungen, die zweite beinhaltet eine quantitative Analyse. Der erste Teil dieses Beitrages gibt eine Übersicht über den gegenwärtigen Markt für Erzeugnisse des ökologischen Landbaus und die rechtlichen Vorgaben in Russland, im zweiten Teil werden unsere empirischen Ergebnisse vorgestellt.

Der rechtliche Rahmen

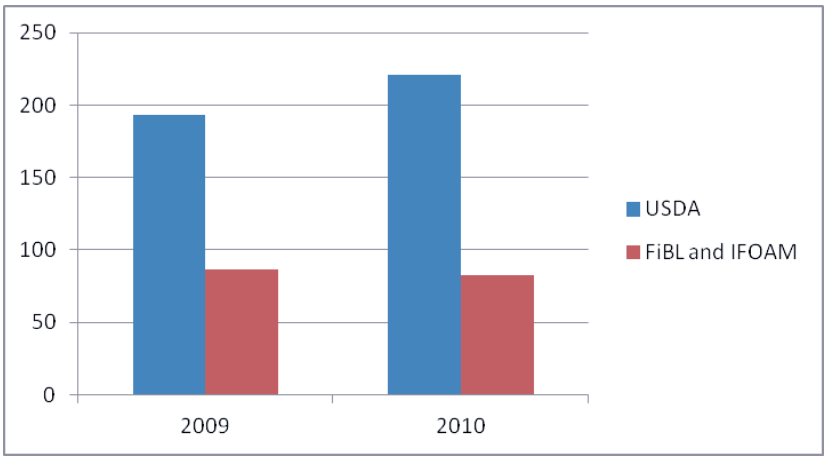
In Russland stehen gesetzliche Vorgaben zur Regulierung des ökologischen Landbaus seit mehr als einem Jahrzehnt auf der politischen Tagesordnung. Den Anfang bildete dabei schon früh die versuchte Implementierung eines Regierungskonzeptes "Alternative Landwirtschaft" aus dem Jahr 1989. Zwar gab es nachfolgend weitere Anstrengungen zur Schaffung einer

verbindlichen Rechtsgrundlage für die ökologische Landwirtschaft und Bio-Erzeugnisse in Russland, doch bisher ist noch kein effektiver rechtlicher Rahmen geschaffen worden. Die gegenwärtig geltenden Bestimmungen für Bio-Erzeugnisse traten 2008 in Kraft und enthalten Vorgaben für den ökologischen Landbau, die sich nicht wesentlich von entsprechenden EU-Verordnungen unterscheiden. Jedoch bestehen weiterhin gewisse Unschärfen, etwa in Bezug auf den Begriff "bio" bzw. "ökologisch", die Kontrolle und den gesamten Komplex der Zertifizierung. Dies hat zur Konsequenz, dass jeder Betrieb die Vorsilbe "bio-" bzw. "öko-" verwenden kann, ohne jedoch für Falschinformationen belangt werden zu können. Damit ist eine Unterscheidung zwischen korrekt zertifizierten bzw. echten ökologischen Erzeugnissen und nicht zertifizierten Produkten unmöglich. Beide führen oft die gleichen Bezeichnungen auf ihren Etiketten.

Der Markt für ökologische Lebensmittel in Russland

Laut Angaben des schweizerischen Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL) und der International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM) betrug der Umsatz an biologischen Erzeugnissen 2009 und 2010 in Russland 86,9 Mio. USD bzw. 82,8 Mio. USD (Abb. 1), was einem Gesamtumsatz in beiden Jahren von 65 Millionen Euro entspricht. Folgt man jedoch Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums (USDA), war der Markt für Bioprodukte in Russland in diesem Zeitraum sogar doppelt so groß mit weiter steil ansteigender Tendenz. Diese doch sehr unterschiedlichen Umsatzangaben lassen sich mit der bereits erwähnten Unschärfe des Begriffes "bio"- bzw. "öko-" in Russland erklären. Schließlich gibt es erst seit 2008 eine amtliche Definition. Diese ist sehr vage gehalten. Hinzu kommen zusätzliche große Unsicherheiten bezüglich der

Abbildung 1: Angaben zum Umsatz von Bioprodukten in Russland, 2009 und 2010, in Mio. USD



Wechselkurse laut IRS (US-Steuerbehörde)/US-Finanzministerium: Durchschnittliche Jahres-Wechselkurse.

Kennzeichnung und Zertifizierung von Öko-Produkten. Demzufolge haben Aussagen zur gegenwärtigen Größe des Marktes für Bio-Lebensmittel und auch zum Nachfragepotenzial nur vorläufigen Charakter. Gleiches gilt auch für Prognosen zukünftiger Absatzperspektiven von Ökoprodukten.

Daten zum russischen Markt für Bio-Lebensmittel zeigen, dass diese Erzeugnisse nur in städtischen Ballungsräumen, wie z.B. Moskau und Sankt Petersburg, verfügbar sind und es sich dabei fast ausschließlich um Importe handelt. Bezüglich der Preise ist zu konstatieren, dass biologische Erzeugnisse beträchtlich mehr kosten als herkömmliche Produkte. Laut eines USDA-Berichts über den russischen Markt für Erzeugnisse des ökologischen Landbaus (2011) sind Bio-Produkte generell um 20 % bis 400 % teurer als herkömmliche. So sind beispielsweise Bio-Kartoffeln in einem Bioladen 263 % teurer als herkömmliche einheimische Kartoffeln in einem preisgünstigen Supermarkt. Bei einzelnen Produkten können die Preisdifferenzen noch höher ausfallen, wie etwa 942 % bei Ketchup und 825 % bei Säften aus exotischen Früchten. Geschuldet sind diese extremen Preisunterschiede den sehr unterschiedlichen Vertriebswegen vom Luxusgeschäft bis zum einfachen Wochenmarkt sowie der Tatsache, dass es sich um Importwaren handelt.

Die empirische Analyse

Im Mai 2012 wurde im Rahmen von Voruntersuchungen eine Serie von vier Fokusgruppeninterviews in Sankt Petersburg durchgeführt. Zweck dieser qualitativen Studie war die Erforschung von Wahrnehmungen und Meinungen einer ausgewählten Gruppe von Verbrauchern in Bezug auf Lebensmittelqualität und Lebensmittelsicherheit, mit Hauptaugenmerk auf biologischen Erzeugnissen. Ausgehend von dieser kleinen Teilnehmergruppe ließen sich zentrale Aspekte herausarbeiten, die in der anschließenden quantitativen Analyse vertieft untersucht wurden.

Die Durchführung der quantitativen Studie erfolgte ebenfalls in Sankt Petersburg. Zur Datenerhebung dienten persönliche Befragungen. Durchgeführt wurde die Umfrage anhand einer Zufallsstichprobe von 160 Verbrauchern bei drei unterschiedlichen Vertriebswegen: einem Hochqualitäts-Supermarkt, einem großflächigen SB-Warenhaus und einer Markthalle. Die Befragten wurden um Auskünfte zu ihrem Kaufverhalten sowie zu ihren Kenntnissen über und ihrer Einstellung zu Bio-Lebensmitteln gebeten. Dem Fragebogen lag die Theorie des geplanten Verhaltens zugrunde. Der Statements der Befragten ließen sich mit Hilfe einer fünfstufigen Likert-Skala erfassen.

Einstellungen zu herkömmlichen und zu Bio-Lebensmitteln

Unsere Ergebnisse bestätigen, dass die russischen Verbraucher natürliche Lebensmittel bevorzugen und dass sie auf Lebensmittelqualität achten:

> *"Ich wähle Produkte sehr sorgfältig aus. Sie sollten natürliche Inhalts- und keine künstlichen Zusatzstoffe enthalten."*

Die meisten Befragten haben bei unserer quantitativen Recherche bestätigt, dass sie auf die Qualität der Lebensmittel achten, die sie für ihre Familien kaufen (Abb. 2). Des Weiteren machen sie sich Gedanken über Zusatzstoffe und Pestizide in Nahrungsmittel sowie über den Umweltschutz.

Abbildung 2: Einstellung der Verbraucher zu Lebensmitteln und Umweltschutz

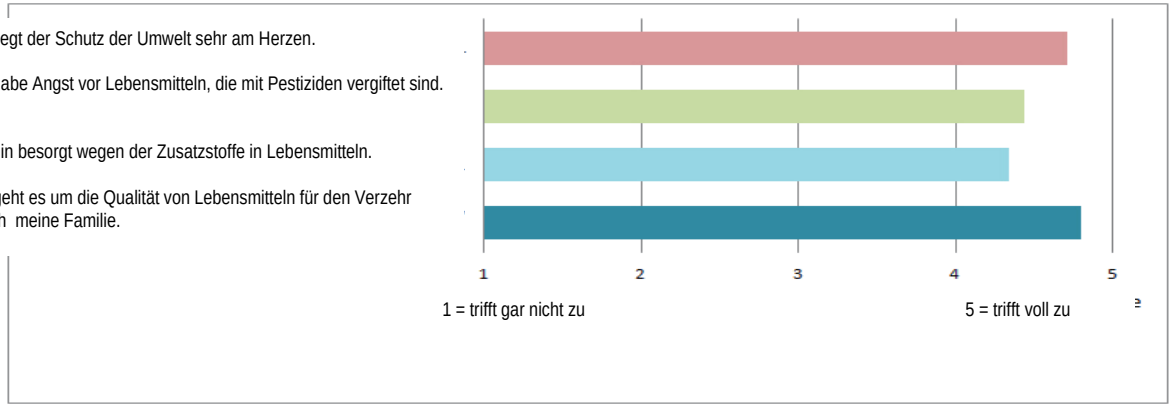


Abbildung 3 zeigt, welche Eigenschaften in der quantitativen Untersuchung mit Bio-Nahrungsmitteln in Verbindung gebracht werden. Die meisten der Befragten (60 %) glauben, dass biologische Erzeugnisse frei von genetisch veränderten Organismen (GVO) und künstlichen Zusatzstoffen sind, weniger Personen (47 %) verbinden biologische Erzeugnisse mit Nahrung frei von Pestiziden. Wichtig ist hervorzuheben, dass nur 30 % der Befragten das Vorliegen von Zertifizierungen als Kriterium für die Identifizierung eines Lebensmittels als ökologisch erwähnt haben, ca. 30 % meinen, das biologische Erzeugnisse aus lokalen Betrieben stammen und 22 % haben angegeben, dass sie selbst in der Lage sind, biologische Erzeugnisse in ihrem Garten anzubauen.

Aus den Befragungen der Fokusgruppe lässt sich eine positive Einstellung gegenüber Bio-Lebensmitteln herleiten. Die am meisten für biologische Erzeugnisse genannten Eigenschaften sind*: naturbelassen, gesund, frisch und umweltschonend.*

Dieselben Ergebnisse haben sich in der quantitativen Analyse ergeben (Abb. 4). Die meisten der Befragten bezeichnen Bio-Produkte als gesund, sicher und gut für die Umwelt. Weniger hohe Werte auf der Likert-Skala erreichen Aussagen, dass Bio-Lebensmittel schmackhaft und billig seien. Auffallend ist, dass 70 % der Teilnehmer an der quantitativen Untersuchung Bio-Lebensmittel für besser als herkömmliche Nahrungsmitteln halten.

Etwa 63 % der Befragten in der quantitativen Studie haben bereits zuvor etwas über biologische Erzeugnisse gehört. In Abb. 5 sind die häufigsten Informationsquellen dargestellt.

Vertrauen in Informationen und Zertifizierungen

Zwar hat die Einführung des Bio-Siegels und des zugehörigen Kennzeichnungssystems den Verbrauchern das Erkennen und die Auswahl von Ökoprodukten erleichtert, doch haben wir während unserer Untersuchung zwei negative Konsequenzen der

Abbildung 3: Eigenschaften von Bio-Lebensmitteln

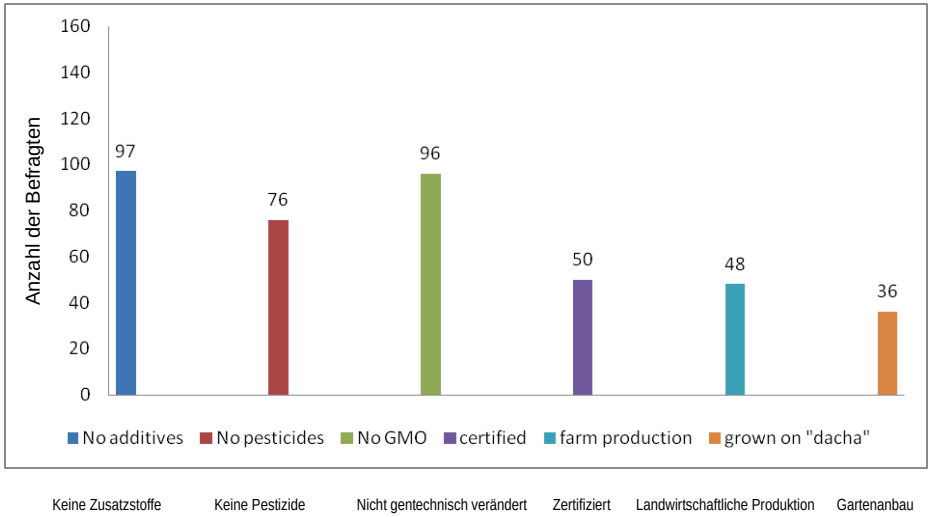


Abbildung 4: Die Wahrnehmung von Bioprodukt-Eigenschaften durch die Befragten (Mittelwerte auf der fünfstufigen Likert-Skala)

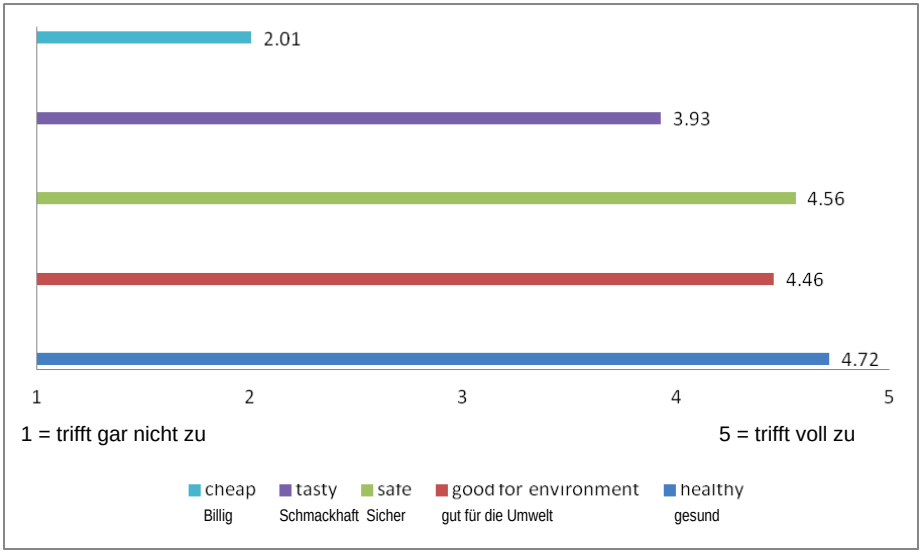
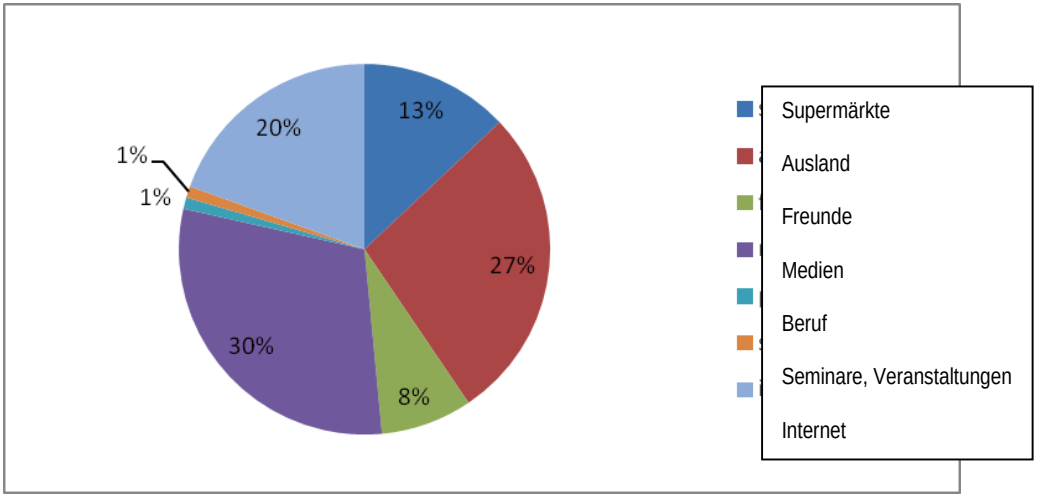


Abbildung 5: Informationsquellen zu Ökoprodukten



gegenwärtigen vagen Rechtsvorschriften in Russland festgestellt: Missverständnisse darüber, was nun tatsächlich "bio" ist und Misstrauen gegenüber dem offiziellen Bio-Siegel. Erstens gilt, dass Verbraucher nicht leicht unterscheiden können zwischen ökologischen und konventionellen Produkten:

> *"Zur Zeit kann man nicht sicher sein, ob Produkte wirklich "bio" sind."*
>
> *"…alle Welt schreibt überall "bio" oder "öko" drauf, obwohl es sich oft nur um ein Firmenlogo handelt."*

Zweitens lässt sich ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber Kennzeichnungen und Zertifizierungen feststellen. Dies scheint jedoch nicht nur Ökoprodukte, sondern die gesamte Lebensmittelbranche zu betreffen. Besonders einheimische Kennzeichnungen gelten oft als nichtssagend, da es aufgrund von Korruption ohne Probleme möglich sei, ein Bio-Siegel zu kaufen:

> *"Hier kann man auf die Warenetikette doch alles draufschreiben."*

So lautet die Antwort auf die Frage: *"Haben Sie mehr Vertrauen zu amtlichen oder privatwirtschaftlichen Zertifizierungen?"* im Allgemeinen:

> *"Es besteht keinerlei Unterschied, es gibt in beiden Bereichen Verstöße."*

Da das Vertrauen in offizielle Kennzeichnungen fehlt, verlässt man sich lieber auf inoffizielle Informationen, wie z.B. Empfehlungen von Freunden oder persönliche Kontakte zu Landwirten:

> *"Ich gebe mehr auf Empfehlungen von Freunden als auf Zertifizierungen."*
>
> *"Es ist sicherer, wenn man bäuerliche Erzeugnisse von jemanden kauft, den man kennt oder wenn man einen Landwirt persönlich kennt."*

Markthalle in Dushanbe

Darüber hinaus ist zum Ausdruck gekommen, dass ausländischen Zertifizierungen, wie z.B. denen der EU, mehr vertraut wird:

> *"Ich habe mehr Vertrauen zu ausländischen Zertifizierungen."*

Die quantitative Analyse hat die Ergebnisse der Fokusgruppe aus der Vorstudie bestätigt. Von 160 Befragten hat gut die die Hälfte (52 %) kein Vertrauen in die Angaben auf Lebensmitteletiketten, 30 % sind unsicher und lediglich 18 % haben mehr bzw. volles Vertrauen zu Lebensmitteletiketten. Abb. 6 zeigt, dass EU-Zertifizierungen mit einem Likert-Wert von 3,75 ein größeres Vertrauen zu genießen scheinen als russische, seien diese nun amtlich oder privatwirtschaftlich.

Die meisten Befragten stimmen im Rahmen der quantitativen Untersuchung zu, dass eine Notwendigkeit zur Schaffung bindender Rechtsvorschriften zur Definition, Zertifizierung und Kontrolle biologische Erzeugnisse in Russland besteht und dass die Regierung die Produktion von Bio-Lebensmitteln unterstützen sollte.

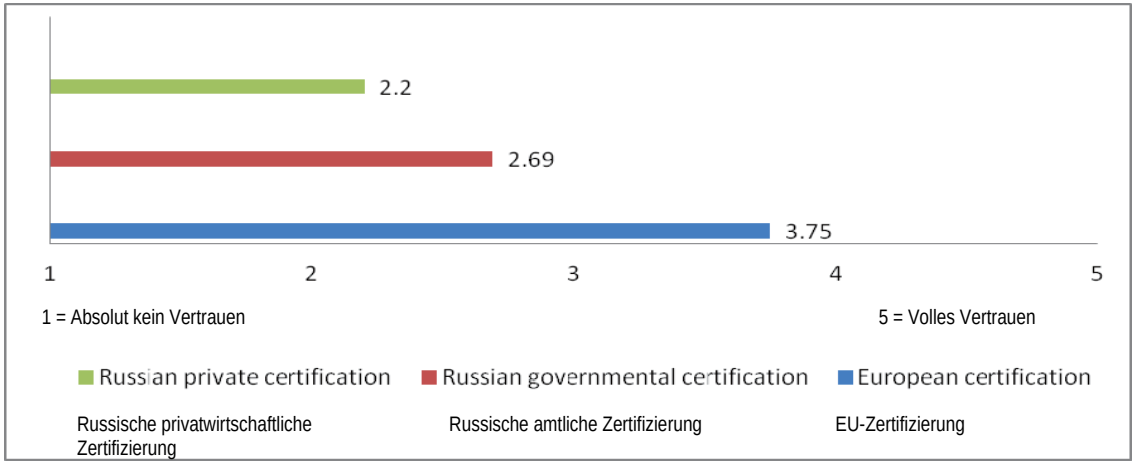
Preise, tatsächliches Kaufverhalten und Zahlungsbereitschaft

Selbst wenn die Vertrauenswürdigkeit der Etiketteninformationen gesichert wäre, bliebe bei Bio-Lebensmitteln noch der vergleichsweise hohe Produktpreis als zusätzliche Hürde für den Kauf. Hinzu kommt, dass der Erwerb von Bio-Produkten eher den höheren, einkommensstarken Gesellschaftsschichten zugeschrieben wird:

> *"Selbst wenn ich ein Bio-Siegel und den Namen eines europäischen Importeurs sehe, ist der Preis für mich immer noch eine Hürde, denn Bio-Produkte sind in Russland 200-300 % teurer als konventionelle".*

> *"Ökologisch unbedenkliche Produkte sind für Leute mit überdurchschnittlich hohen Einkommen."*

Abbildung 6: Vertrauen in Zertifizierungen



50 % der in der quantitativen Studie Befragten haben den Preis als Hinderungsgrund für den Kauf von Bio-Lebensmittel genannt.

Sowohl die qualitative als auch die quantitative Analyse ergeben, dass das allgemeine Verbrauchsniveau an Bio-Lebensmitteln unter den Teilnehmer immer noch recht niedrig ist, während ihre Kaufbereitschaft relativ hoch zu sein scheint. Während der quantitativen Untersuchung sind die Teilnehmer, die bereits etwas von biologischen Erzeugnissen gehört haben, nach ihrer Einkaufshäufigkeit gefragt worden. Nur 24 % der Befragten geben an, dass sie Bio-Produkte mindestens einmal im Monat kaufen, während 31 % solche Erzeugnisse noch nie gekauft haben. Fast die gesamte Stichprobe (92 %) stimmt zu, dass es richtig ist, biologische Erzeugnisse zu kaufen – selbst wenn diese mehr kosten. Weit über die Hälfte (69 %) gibt an, dass bei ihnen Kaufbereitschaft vorhanden sei, wenn Bio-Lebensmittel in Supermärkten erhältlich wären; 81 % bestätigen, dass sie Bio-Produkte kaufen würden, wenn sie zu den gleichen Preisen wie herkömmliche Produkte zu haben seien.

Schlussfolgerungen

Die folgenden Erkenntnisse der Untersuchungen sind für uns von großem Interesse und relevant für zukünftige Forschungen: russische Verbraucher stehen Bio-Nahrungsmitteln grundsätzlich positiv gegenüber und sind auch bereit, ihre Grundhaltung in konkretes Verhalten umzusetzen. Gegenstand zukünftiger, mehr produktspezifischer Studien könnte sein, Differenzen bei den Akzeptanzniveaus für unterschiedliche Lebensmitteleigenschaften zu ermitteln und eine Bewertung der diesbezüglichen Zahlungsbereitschaft durchzuführen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass hohe Preise, Missverständnisse und Misstrauen in die Zertifizierung und Kennzeichnung von Nahrungsmitteln die wichtigsten Hindernisse für den Kauf von Bio-Lebensmittel darstellen. Weitere Untersuchungen können dem Zweck dienen, die Auswirkungen der gegenwärtigen russischen Rechtsvorschriften im Lebensmittelbereich auf die Nachfrage nach Bioprodukten zu untersuchen. Schließlich gilt es, Strategien zu entwickeln, um das Vertrauen der Verbraucher in biologische Lebensmittel herzustellen und dem heimischen ökologischen Landbau Absatzmärkte zu erschließen.

Weiterführende Literatur

Honkanen, P., Frewer, L. (2009): Russian consumers' motives for food choice, *Appetite, 52(2),* S. 363-71.

Kolchevnikova, O. (2011): Russian Organic Market Taking Root. USDA report retrieved from http://static.globaltrade.net/files/pdf/20110504234500980.pdf.

Popova, K., Frewer, L. J., Jonge, J. D., Fischer, A., Kleef, E. V. (2010): Consumer evaluations of food risk management in Russia, *British Food Journal, 112(9),* S. 934-948.

Verteilerstation zur Bewässerung Yavan District Tajikistan

Konflikte um Wasser und Land: Tadschikistan und China im Vergleich

FREDERIKE GEHRIGK, EEFJE AARNOUDSE

1 Der Land-Wasser Nexus: Ein Überblick

> *"The tight interconnections between water, energy and land make clear that the management of each of them cannot be considered in isolation, but must be seen as part of an integrated system."*
>
> *European Report on Development, 2012. S. 3.*

Angefacht durch die Nahrungsmittelkrise 2008 nimmt das wirtschaftliche Interesse an natürlichen Ressourcen weltweit zu. Den daraus entstehenden Interessenskonflikt zwischen Land-, Wasser- und Energienutzung greift die Arbeitsgruppe "Institutionen und natürliche Ressourcen" am IAMO auf.

Alleine im Jahr 2009 zeigten Großinvestoren Interesse, weltweit Agrarland im Umfang von etwa 56 Millionen Hektar für die Nahrungsmittel- sowie die Biokraftstoffproduktion zu pachten (Deininger und Byerlee, 2011). Die Zunahme großflächiger Verpachtung von Agrarland hat zu heftigen lokalen und internationalen politischen Debatten geführt. Der stark negativ konnotierte Begriff "Land Grabbing" spricht bereits die politische und gesellschaftliche Brisanz des Themas an. Wie am Beispiel von Landakquisitionen in Äthiopien zu sehen ist, interessiert die Investoren allerdings nicht nur die Ressource Land. Neben anderen belegt auch eine Studie von Bues und der IAMO-Wissenschaftlerin Theesfeld (2012), dass Veränderungen von Landnutzungsrechten einen enormen Druck auf die Verteilung von und den Zugang zu Wasser für lokale Nutzer ausüben. Die Effekte einer Wasserneuverteilung können außerdem indirekt Unteranrainer an Bewässerungssystemen, Fischer sowie Viehzüchter betreffen. Man spricht in diesem Zusammenhang aufgrund häufig negativer Effekte auf die vorherigen Wassersystemnutzer auch von *water grabbing* (Wasserraub).

Ein Kritikpunkt gegenüber Investoren in Land und Wasser ist die Missachtung lokaler (informeller) Regelungen bei der Ressourcennutzung. Zwischen neuen und alten Nutzern der Ressourcensysteme besteht häufig ein asymmetrischer Zugang zu den Ressourcen, prägt opportunistisches Verhalten die Beziehung und kommt es zu Machtmissbrauch bei der endgültigen Wasserentnahme. Vorherrschende sozio-ökonomische Zusammenhänge sorgen dafür, dass der Streit um Bodenrechte das Potenzial für Wasserkonflikte steigert.

Gerade in Regionen, in denen Bewässerungslandwirtschaft von Bedeutung ist, bestimmt der Wasserzugang die wirtschaftliche Nutzbarkeit des Agrarlandes. Die Art der Landnutzung wird häufig durch das Recht auf Wassernutzung bestimmt. Im Gegenzug kann aber auch die Ausgestaltung der Verfügungsrechte über Land Auswirkungen auf die Wassernutzung haben (Abbildung 1). Weltweit herrschen unterschiedliche Verteilungsmechanismen vor, die durch ein politisches sowie sozial-ökologisches System geprägt sind. Die formale Gesetzgebung über Verfügungs- und Nutzungsrechte weicht dabei häufig von lokal vorherrschenden Verfügungsrechtsregimen ab. So geht die formale Berechtigung,

Versalzung in Süd-Tajikistan

Land zu nutzen, oft nur indirekt einher mit der Befugnis, Oberflächen- oder auch Grundwasser zu nutzen (Hodgson, 2004).

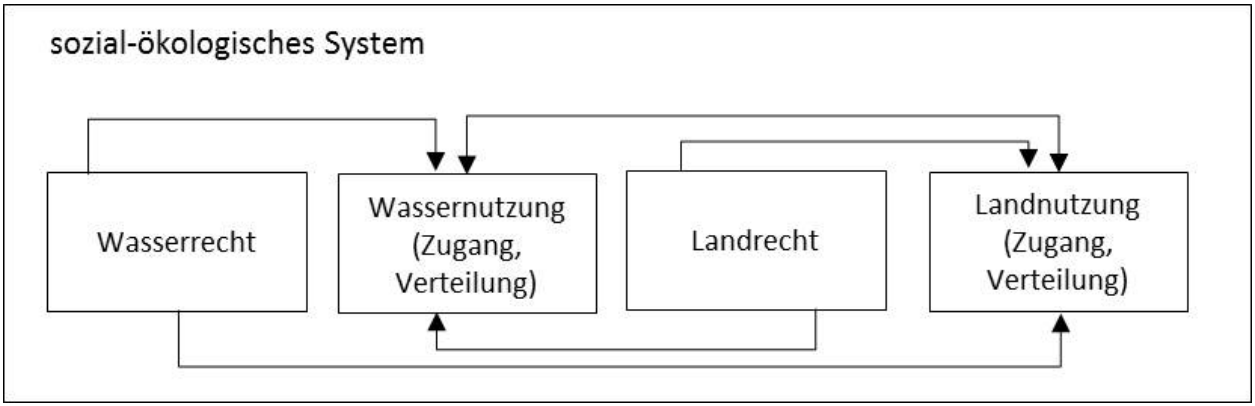
2 Fallbeispiel Tadschikistan

Anhand des zentralasiatischen Landes Tadschikistan lässt sich die komplexe Vernetzung von Land- und Wasserrechten exemplarisch erläutern. Landnutzungskonflikte haben hier zu einer reduzierten Wasserverfügbarkeit geführt, wie 2012 durchgeführte Tiefeninterviews mit Experten verdeutlichen. Diese Interviews waren Teil einer explorativen IAMO-Feldstudie.

Landrechte in Tadschikistan

Tadschikistan musste nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die Landrechte neu verteilen, um das sowjetische Agrarsystem, basierend auf Kolchosen und Sowchosen, umzustrukturieren. Formell ist das Land heute im Besitz des Staates und Landnutzer können Nutzungsrechte für bis zu 99 Jahre erhalten. Mit einem Anteil von nur 7 % Ackerland an der gesamten Landesfläche ist der Konkurrenzdruck um Ackerland hoch. Die betriebliche Neuorganisation der Landwirtschaft sowie die Vergabe von Nutzungsrechten durch Zertifikate ist ein andauernder Prozess, der vor allem für private Landwirte eine umfangreiche und kostenintensive Transaktion darstellt. Die Vergabe von Zertifikaten lenken zum einen informelle Regelungen und zum anderen formale Regelungen staatlicher Instanzen. Betrachtet man den Fortschritt und die Umsetzung der Landreform in Tadschikistan, so sind interregionale Diskrepanzen klar erkennbar. Die Unterschiede verdeutlicht ein Vergleich des Anteils der Bauern mit offiziellen Landzertifikaten in den verschiedenen Regionen Tadschikistans: In Nord-Tadschikistan (Sughd Provinz) besitzt lediglich ein Drittel der Privatbauern ein Landzertifikat, wohingegen es in Zentral-Tadschikistan (RRP) zwei Drittel sind. Fehlende Kenntnisse über Landnutzungs- und Anspruchsrechte von Landanteilseignern sind dabei bestimmende Faktoren, die die Entwicklung des Landmarktes behindern (Lerman und Sedik, 2008).

Abbildung 1: Land-Wasser-Nexus



Quelle: Eigene Darstellung.

Gewächshaus in Sharituz, Süd-Tajikistan

Wasserrechte in Tadschikistan

Im Vergleich zum Agrarland mit 0,11 ha pro Person, ist die jährliche Wasserproduktion von mehr als 2500 m^3 pro Person, d.h. das physikalische Vorkommen der Ressource Wasser, beträchtlich. Tadschikistan zählt somit zu den wasserreichsten Ländern der Region (World Bank, 2012). In der Landwirtschaft stellen jedoch sowohl der Wasserzugang als auch die effiziente Nutzung ein großes Problem dar. Die physikalische Ressource Wasser sowie die Bewässerungssysteme (Kanäle) sind Eigentum des Staates. Die Instandhaltung der Kanäle hingegen obliegt den Distrikten, bzw. den Wassernutzerorganisationen. Theoretisch wird die Verteilungsmenge des Wassers nach formal festgelegten Regeln in transparenter Weise bestimmt. Die Berechnung der verfügbaren Wassermenge soll anhand der Größe der Nutzfläche und der Bepflanzung erfolgen. Für diese Wassermenge sind dann Wassergebühren an lokale Behörden oder Wassernutzerorganisationen zu zahlen. Die Realität bei der Bestimmung der Verteilung der Wassermenge sieht allerdings häufig anders aus. Zwei Faktoren sind hier von zentraler Bedeutung: die Zahlungsfähigkeit der Betroffenen und der Grad der Verhandlungsmacht des potentiellen Wassernutzers bzw. seine Beziehungen zu anderen Landwirten und, ganz wichtig, zu lokalen Entscheidungsträgern. So ist Korruption in Form von Bestechung der lokalen Eliten ein entscheidender Bestimmungsfaktor der Wasserverteilung.

Land-Wasser-Beziehungsgeflecht

Die zu Beginn beschriebenen Landnahmeprozesse durch ausländische Investoren finden auch in Tadschikistan statt und gehen einher mit einem Landnutzungswandel, der eine intensive Wassernutzung impliziert. Doch nicht nur großflächige Verpachtungen, sondern auch lokale, kleinräumige Landnahmeprozesse steigern die Ressourcenverknappung. Das sich über drei Länder Zentralasiens erstreckende, multiethnische, dichtbesiedelte und fruchtbare Ferghanatal geht auch durch Nord-Tadschikistan. Einstmals bildete es als Teil der Seidenstraße das ökonomische Zentrum Tadschikistans. Heute ist es in der tadschikisch-kirgisischen Grenzregion vor allem geprägt durch Territorial- und Ressourcenkonflikte. Gerade Landkonflikte nehmen immer mehr zu. Gründe dafür sind der demographische Druck, bestehende territoriale Konflikte und die zunehmende individuelle Nachfrage nach Landnutzungsrechten aufgrund der Umstrukturierung bzw. Auflösung ehemaliger Kolchosen. Im Laufe der letzten Jahre ist aufgrund der verschärften Konkurrenz um Landbesitztitel ein illegaler Landmarkt entstanden. Verstärkt haben sich dabei Kleinbauern an den Wasserläufen des Ferghanatals angesiedelt. Die Landkonflikte haben vor allem zwei Auswirkungen auf die Wasserverfügbarkeit. Zum einen steigern territoriale Konflikte das Problem ineffizienter Wassersysteme entlang der Staatsgrenzen, da Wasserdämme oder Bewässerungskanäle absichtlich zerstört werden oder die Frage der Instandhaltung nicht geklärt ist. Zum anderen bedeutet die Nachfrage nach Landtiteln auch, dass ehemalige, informelle Landnutzer, die keinen Landtitel besitzen, keinen Anspruch mehr auf Land und somit auf Wasser geltend machen können. Denn indirekt beinhaltet das Landrecht auch ein Wasserzugangsrecht, ohne Landtitel entfallen somit auch Wasserzugangsrechte.

Landkonflikte im Ferghanatal stellen neue Anforderungen an die institutionellen (d.h. formellen sowie informellen) Regelungen des Wassermanagements. Im beschriebenen Fall könnte generell auch von einem kleinräumigen, lokalen water grabbing

die Rede sein, das in der Grenzregion allerdings bis hin zu grenzübergreifenden, teils militärisch ausgetragenen Wassernutzungskonflikten führen könnte.

3 Fallbeispiel China

Im Unterschied zu Tadschikistan, wo Landrechte Wassernutzungsrechte beeinflussen, lässt sich am chinesischen Beispiel darlegen, wie sich veränderte Wasserrechte auf den Zugang zu Land auswirken. Die Informationen stammen von Interviews mit Wasserbehörden und Wasseranspruchsberechtigten aus dem Jahr 2010.

Wasserrechte in China

Wasser ist ein knappes Gut in Nordchina. Hier liegt die Wasserverfügbarkeit bei 550 m³ pro Kopf und damit deutlich unter dem weltweiten Durchschnitt (Ma et al., 2006). Der größte Teil des Wasserverbrauches entfällt auf die Bewässerung von Agrarland. 1999 produzierte Chinas wasserknapper Norden 53 % des heimischen Getreides und 57 % des Gemüses (Ma et al., 2006). In den vergangenen Jahrzehnten ist Grundwasser eine immer wichtigere Ressource für Nordchinas sich intensivierende Landwirtschaft geworden. Fehlende öffentliche Investitionen im Oberflächenwassersystem und unzuverlässige Wasserverfügbarkeit haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass Bauern vermehrt in Grundwasserbrunnen investiert haben.

Veranlasst durch die zunehmende Wasserknappheit, hat die chinesische Regierung 2002 das "Neue Wasser Gesetz" verabschiedet. Ziel dieses Gesetzes ist es, mittels explizit formulierter Wasserrechte, die Sparsamkeit im Umgang mit Wasser zu fördern und die Neuverteilung zwischen konkurrierenden Nutzern effizienter zu gestalten (Calow et al., 2009). Die rechtliche Neuregelung bezieht sich sowohl auf Oberflächenwasser als auch auf Grundwasser. Damit sich das neue Gesetz operationalisieren lässt, wurden Regionalpläne zur Wasserverteilung formuliert. Basierend auf diesen Plänen erfolgt die Vergabe von Wasserzertifikaten an Wassernutzungsorganisationen. In einigen Gebieten werden die Wasserentnahmerechte direkt den individuellen Haushalten zugeschrieben. Ist dies der Fall, so sind die Wassernutzungsorganisationen verantwortlich für die Berechnung der Wassermenge pro Haushalt je nach Haushaltsgröße.

Landrechte in China

Im Rahmen der 1978 beginnenden chinesischen Agrarreformen kam es im 1984 eingeführten Haushaltsverantwortungssystem erstmalig zur Verteilung von Landnutzungsrechten an einzelne Haushalte. Diese periodisch umverteilten Rechte orientieren sich an der Haushaltsgröße und dem Umfang des Nutzlandes einer Gemeinde. Um den demographischen Wandel innerhalb der Dörfer zu berücksichtigen, wurden die Landnutzungsrechte ursprünglich in relativ kurzen Abständen, i. d. R. alle drei Jahre umverteilt (Wang et al., 2011). Zunehmend versucht die Zentralregierung, die Durchführung von Landumverteilungen zu Gunsten sicherer Landbesitzrechte zu begrenzen. Daher wurde 2002 das "Ländliche Landvertragsgesetz" verabschiedet. Dieses Gesetz schreibt vor, dass Verträge zur Landnutzung mindestens 30 Jahre gültig bleiben müssen. Im Jahr 2008 hat die chinesische Regierung die Dauer dieser Verträge auf ein nicht definiertes "langfristig" verlängert, was sich durchaus als permanent interpretieren lässt (Wang et al., 2011).

Abbildung 2: Bewässerungskanal in Tadschikistan

Unausgewogene Land- und Wasserrechte als Problem

Die neu entwickelten Wasserzertifikate stehen teilweise in Konflikt mit den Landnutzungsrechten. Einerseits nimmt die Anzahl an Landumverteilung ab (Wang et al., 2011), und damit auch die Landverteilung gemäß Haushaltsgröße. Andererseits gibt es seit dem "Neuen Wasser Gesetz" Wasserzertifikate, die Wasserrechte entsprechend der Haushaltsgröße verteilen. Besonders in trockenen Regionen, wo Land ohne Wasserrechte keinen Wert hat, entstehen dann Konflikte.

Limitierte Wasserrechte führen zu eingeschränkten Landnutzungsrechten

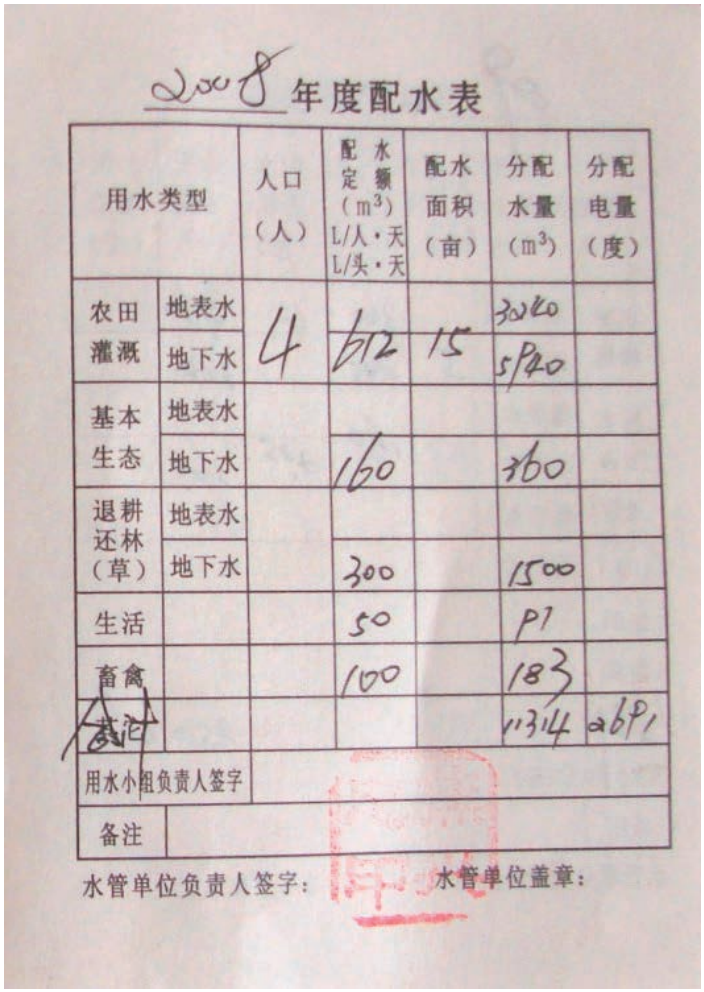
Das Land-Wasser-Problem ist stark ausgeprägt in Minqin, einem Gebiet in Nordwest-China mit einer jährlichen Niederschlagsmenge von lediglich 100-200mm. Ohne Bewässerung aus Grund- und Oberflächenwasser ist hier Landwirtschaft kaum möglich. Mittels der Einführung eines Regionalplans zur Wasserverteilung im Jahr 2007 versuchen die Wasserbehörden, die Grundwasserentnahme zu beschränken. Daher werden jährlich Wasserzertifikate pro Haushalt an jede Wassernutzungsorganisation bzw. jedes Dorf verteilt (siehe Abbildung 3). Die Wassermenge auf dem Zertifikat basiert auf einer festgelegten Größe der bewässerten Landfläche pro Kopf und der hierfür benötigten Wassermenge. Der Anteil der Grundwassermenge ist abhängig vom jährlich verfügbaren Oberflächenwasser.

Im Vergleich zu dem, was die Bauern vorher zu Verfügung hatten, führen die neuen Grundwasserrechte zu einer starken Reduzierung des verfügbaren Wassers. Um diese Minderung der Wasserverfügbarkeit durchzusetzen, haben die Wasserbehörden neben anderen Maßnahmen zahlreiche Pumpen abgestellt. Als Ergebnis liegen heutzutage große Flächen Landes brach. Obwohl ein Teil dieses jetzt brachliegenden Landes unter die Landnutzungsverträge fällt, stellen sich die Behörden auf den formaljuristischen Standpunkt, dass Landnutzungsrechte durch ihr Vorgehen nicht berührt sind. De facto können die Bauern ihr Land ohne Wasser allerdings nicht mehr landwirtschaftlich nutzen und es wird für sie wertlos.

4 Zusammenfassung

Die Beispiele aus Tadschikistan und China haben die Komplexität des Ursache-Wirkungsgeflechtes von Land- und Wasserrechten anhand regionaler, kleinräumiger Land- und Wassernutzungsproblemen erläutert. Auch das aktuelle Thema der großflächigen Verpachtungen von Agrarland und folglich die Umverteilung der Verfügungsrechte an Land und Wasser sind ein Indiz nicht nur für die physikalische, sondern auch für die institutionelle Vernetzung beider Ressourcen. Die beschriebenen Zusammenhänge weisen Schwächen in den institutionellen Regelungen von Land- und Wasserrechten auf: fehlende Steuerungsmöglichkeiten sowie Probleme auf der administrativen Ebene erschweren eine effiziente Ressourcennutzung. Neue Land- oder Wasserreformen entstehen häufig aus dem Interesse heraus, knappe Ressourcen zu schützen oder zu kontrollieren. Häufig unbeachtet bleibt, dass derartige Land- oder Wasserreformen auch Auswirkungen auf die jeweils andere Ressource haben können. Die Beispiele haben gezeigt, dass eine separate Betrachtung der beiden Ressourcen Rückkopplungseffekte nicht berücksichtigen kann. Sowohl für die Praxis als auch für die Forschung bedeutet dies, dass ein integrierter Ansatz notwendig ist.

Abbildung 3: Ein Wasserzertifikat aus dem Jahr 2008, berechnet für einen vierköpfigen Haushalt



2008 年度配水表

用水类型		人口（人）	配水定额（m³）L/人·天 L/头·天	配水面积（亩）	分配水量（m³）	分配电量（度）
农田灌溉	地表水	4	612	15	3060	
	地下水				5940	
基本生态	地表水					
	地下水		160		360	
退耕还林（草）	地表水					
	地下水		300		1500	
生活			50		91	
畜禽			100		183	
合计					11314	2691
用水小组负责人签字						
备注						

水管单位负责人签字：　　水管单位盖章：

Bewässerungskanal im Yavan District Tajikistan

Weiterführende Literatur

Bues, A., Theesfeld, I. (2012): Water grabbing and the role of power: Shifting water governance in the light of agricultural foreign direct investment, *Water Alternatives, 5 (2),* S. 266-283.

Calow, R. C., Howarth, S. E., Wang, J. (2009): Irrigation Development and Water Rights Reform in China, *International Journal of Water Resources Development 25,* S. 227-248.

Deininger, K. W., Byerlee, D. (2011): Rising global interest in farmland. Can it yield sustainable and equitable benefits? Washington, D.C: World Bank.

Hodgson, S. (2004): Land and water – The rights interface, Rome: Food and Agriculture Organization of the United Nations.

Lerman, Z., Sedik, D. J. (2008): The Economic Effects of Land Reform in Central Asia: The Case of Tajikistan, Working Paper. Hebrew University of Jerusalem, Department of Agricultural Economics and Management (46249).

Ma, J., Hoekstra, A. Y., Wang, H., Chapagain, A. K., Wang, D. (2006): Virtual versus real water transfers within China. Philo-sophical Transactions of the Royal Society B: *Biological Sciences, 361,* S. 835-842.

Wang, H., Tong, J., Su, F., Wei, G., Tao, R. (2011): To reallocate or not: Reconsidering the dilemma in China's agricultural land tenure policy, *Land Use Policy, 28,* S. 805-814.

World Bank (2012): Tajikistan Data. World Development Indicators, The World Bank. Abrufbar unter: http://data.worldbank.org/country/tajikistan (25.10.2012).

Plenarsitzung, IAMO Forum 2012

"Land Use in Transition: Potentials and Solutions between Abandonment and Land Grabbing"

IAMO Forum 2012

DANIELA SCHIMMING, DANIEL MÜLLER

Vom 20. bis 22. Juni fand das IAMO Forum 2012 in Halle (Saale) statt. Knapp 180 Teilnehmer aus 20 Nationen nahmen teil an der dreitägigen Konferenz zum Thema "Land Use in Transition: Potentials and Solutions between Abandonment and Land Grabbing". Die Veranstaltung richtete das IAMO gemeinsam mit dem Geomatics Lab der Humboldt-Universität zu Berlin und dem SILVIS Lab der University of Wisconsin-Madison aus. Eine Förderung erfolgte durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt.

Konferenzfokus: Osteuropäische Landwirtschaft zwischen Aufgabe von Ackerland und Land Grabbing

Aktuelle Forschungsergebnisse zu den Einflussfaktoren und Trends sowie zukunftsweisenden Perspektiven der Landnutzung in den Transformationsökonomien Osteuropas, der ehemaligen Sowjetunion und Ostasiens standen im Mittelpunkt der Diskussionen. Ausgangspunkt bildeten die Entwicklungen seit Beginn der Transformationsprozesse. So sind beispielsweise in Russland in den letzten 20 Jahren durch wirtschaftspolitische Reformen und Restrukturierungsprozesse über 25 Millionen ha ehemals landwirtschaftlicher Fläche brach gefallen. Zugleich bewirtschaften mittlerweile riesige Agrarkonzerne einen erheblichen Teil der fruchtbaren Böden in Russland, Kasachstan und der Ukraine. Beides wirkt sich in vielfältiger Weise auf das Wohl der Menschen und die Umwelt aus. Auf den drei Plenarsitzungen, 19 Parallelsitzungen und Mini-Symposien sowie der abschließenden Podiumsdiskussion wurden die verschiedenen Analysen und Lösungsstrategien zur nachhaltigen Sicherstellung der Nahrungsmittelproduktion und ländlicher Entwicklung präsentiert. Eine zentrale Zielvorgabe war dabei, negative Auswirkungen von Agrarintensivierung auf Biodiversität und Klima zu minimieren.

Plenarsitzung: Forschungsbedarf in der Landwirtschaft

Mit einer thematischen Einführung eröffnete IAMO-Direktor Professor Alfons Balmann am 20. Juni das IAMO Forum 2012. Im Anschluss folgten die ersten beiden Sessions, die sich mit dem Ausmaß und den unmittelbaren Ursachen von Landnutzungsänderungen beschäftigten. Professor Peter Verburg, Leiter der Abteilung "Räumliche Analyse und Entscheidungsunterstützung" am interdisziplinären Forschungsinstitut für Umweltstudien der Universität Amsterdam, wies darauf hin, dass nicht nur die drastischen, sondern auch die mehr subtilen und allmählichen Landnutzungsänderungen einen entscheidenden Einfluss auf die Nahrungsmittelproduktion und globale Umweltveränderungen

nehmen. Verburg kritisierte, dass man sich in der Forschung und Politik fast ausschließlich auf Veränderungen im großen Maßstab konzentriert und generalisierende Schlussfolgerungen auf der Grundlage von globalen Analysen trifft, die nicht bzw. kaum den lokalen Kontext berücksichtigen. Es sei wichtig, dass Entscheidungen und Politikmaßnahmen in Abhängigkeit von lokalen Landnutzern, natürlichen Standortbedingungen und vom sozioökonomischen Umfeld getroffen werden. Nach Verburgs Ansicht benötigt landwirtschaftliche Entwicklung eine fachübergreifende Zusammenarbeit verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen sowie eine Umstrukturierung der Organisation von Wissenschaft und Förderinitiativen.

Professor Helmut Haberl vom Institut für Soziale Ökologie der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, erörterte wesentliche Aspekte, die bei einer nachhaltigen Bioenergienutzung zu berücksichtigen sind. Er machte darauf aufmerksam, dass aufgrund des Klimaschutzes und der endlichen Verfügbarkeit fossiler Energieressourcen, insbesondere von Erdöl, der Übergang zu einem nachhaltigeren und klimafreundlichen Energiesystem unvermeidbar ist. Ein deutlicher Ausbau der Biomassenutzung zur Energiegewinnung, als Ersatz für Fossilenergie, beinhalte zwar erhebliche Potenziale, habe jedoch auch eine deutliche Ausweitung der Flächeninanspruchnahme und demnach großflächige Veränderungen der Kulturlandschaften zur Folge. Nach Ansicht von Haberl kann die Biomassenutzung zwar einen Beitrag zum Umstieg vom derzeit dominanten fossilen auf ein nachhaltigeres Energiesystem leisten, jedoch sind die Potenziale viel kleiner und teilweise problematischer für die Umwelt als bisher angenommen. Um durch Biomasse die höchstmögliche Effizienz in Form kaskadischer Nutzung zu erzielen und negativen Umweltwirkungen vorzubeugen, sind räumliche explizite Analysen sowie ein besseres Verständnis zur wechselseitigen Beeinflussung von Nahrungsmittel- und Bioenergieproduktion erforderlich. Die EU-Förderpolitik im Bereich der Bioenergie sollte laut Haberl so gestaltet werden, dass sich durch die Bioenergienutzung tatsächlich Treibhausgasmengen einsparen lassen.

Plenarveranstaltung: Politische Klarheit für Stabilität in der Landnutzung

Prozessen der Landnutzungsänderung widmete sich das IAMO Forum am zweiten Tag. Johann Swinnen, Direktor des LICOS und Professor für Entwicklungsökonomie an der Katholischen Universität Leuven, erläuterte Unterschiede und Probleme in der europäischen Landnutzung, die sich durch Restrukturierung der Landwirtschaft in den letzten Jahren ergeben haben. Vor allem die neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union weisen große Differenzen in ihren Bodenreformen und im Wert des Bodens auf. Nach dem Beitritt der neuen EU-Länder wurde der Erwerb von Land in diesen Ländern für ausländische Investoren stark eingeschränkt. Auch wenn Personen und Unternehmen aus anderen EU-Ländern, den Regeln des EU-Binnenmarktes folgend, der Landerwerb hätte erlaubt werden müssen, gab es Übergangsregelungen, die jedoch in nächster Zeit, ausgenommen Polen, auslaufen. Bezogen auf die Nutzung und das Pachten von Land gibt es dagegen schon jetzt für ausländische Investoren nur wenige Einschränkungen. Der Anteil an Pachtland ist sehr unterschiedlich und hängt von den bestehenden Betriebsstrukturen eines Landes ab. Der Pachtanteil ist dabei positiv mit der Betriebsgrößenstruktur korreliert. In der Slowakei und der Tschechischen Republik beträgt der Anteil jeweils über 90 Prozent, im kleinbetrieblichen Polen nur etwa 30 Prozent. Nach Swinnen wirken sich Beschränkungen des Bodenmarktes

auf die Entwicklungen eines Landes negativ aus. Das Bodenrecht beeinflusst dabei sowohl die betriebliche Effizienz als auch die Besitzstruktur. Ein Anstieg an ausländischen Direktinvestitionen hat für die betroffenen Länder aufgrund des Zuflusses an Kapital und Technologie zumeist positive Auswirkungen. Swinnen empfiehlt daher eine vollständige Liberalisierung der Bodenmärkte in den neuen EU-Mitgliedsländern.

Anschließend stellte Grigory Ioffe, Professor der Geographie an der Radford University, die Gründe für das Brachfallen von Land im russischen Agrarsektor dar. Der russische Staat hat viele Jahrzehnte die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzflächen forciert. So wurde die Landnutzung in Russland von 52 Millionen ha im Jahr 1922 auf 126 Millionen ha im Jahr 1976 ausgeweitet. Das traf auch in Gebieten zu, die ungünstige Standortbedingungen

Keynote Speaker Johann Swinnen (University of Leuven), IAMO Forum 2012

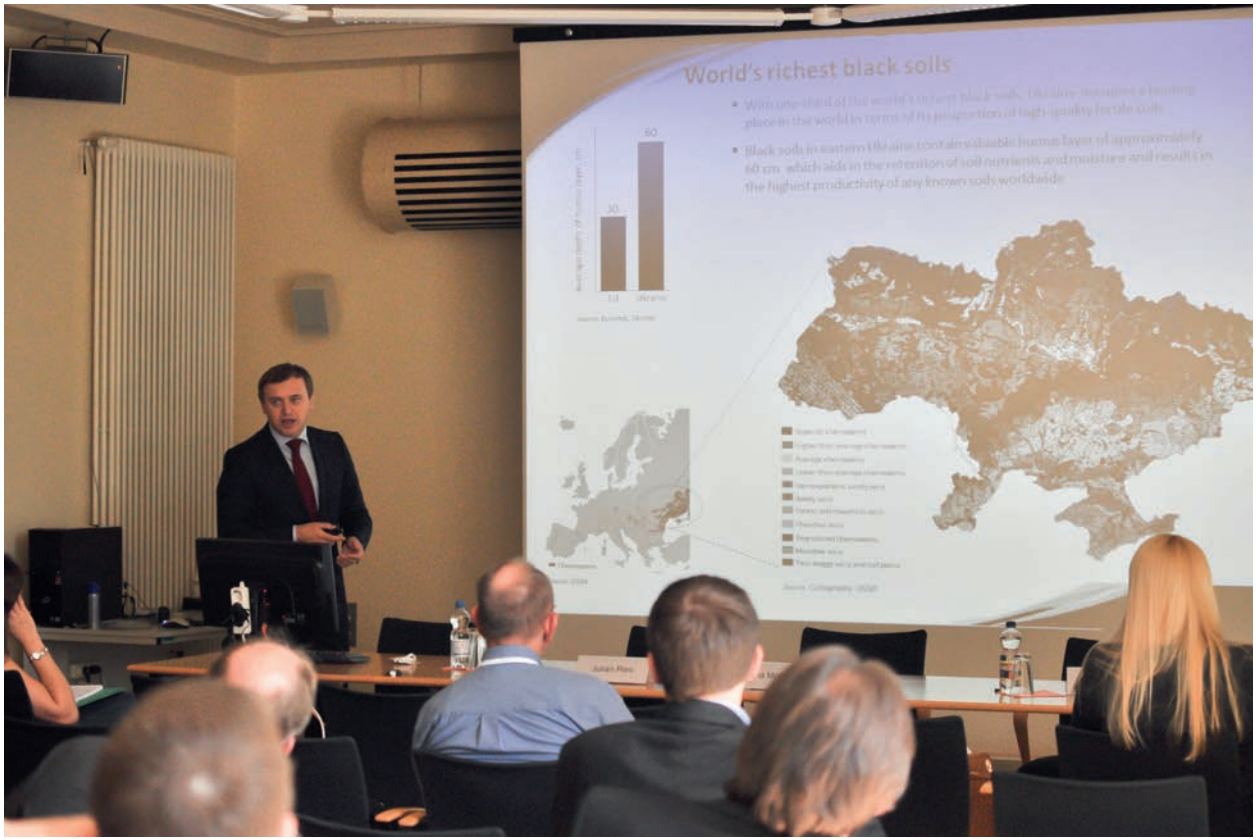
für die Landwirtschaft aufwiesen. Nach 1990 brachen durch den Rückzug des Staates die landwirtschaftliche Produktion und der Viehbestand in Russland stark ein. Seit 2000 sind in Russland mindestens 20 Millionen ha landwirtschaftliche Flächen brach gefallen. Selbst 2009 lag die landwirtschaftliche Produktion Russlands immer noch unter dem Stand von 1990. Als entscheidende Determinanten für die Herausnahme von Land aus der Produktion und den Produktionsrückgang gelten die teilweise sehr geringe Bevölkerungsdichte, die geringe Bodenqualität und die schlechte Erreichbarkeit von städtischen Zentren. Der ländliche Raum Russlands ist dabei in Gebiete mit funktionierenden landwirtschaftlichen Betrieben und in Räume mit so genannten "sterbenden Dörfern" fragmentiert. Ioffe sagte, dass es im Norden Russlands, außerhalb der Umgebung großer Städte, zum großflächigen Erliegen der Landwirtschaft kommt. In Russlands Süden wird aufgrund günstiger Bedingungen die Landschaft fortbestehen. Subventionen zur Erhaltung und Erweiterung von landwirtschaftlichen Nutzflächen sind nach Ioffe erstrebenswert.

Plenarsitzung: Profitable Investitionen und soziale Verantwortung

Am letzten Konferenztag gab Max Spoor, Professor für Entwicklungsforschung am Internationalen Institut für Sozialwissenschaften in Den Haag, eine kritische Einschätzung zur Frage, ob Agroholdings in Russland die globale Nahrungsmittelkrise lösen können. Er bestätigte, dass im Hinblick auf die Anzahl bestehender Agroholdings und ihres Anteils an der landwirtschaftlichen Nutzfläche Russland die Spitze einnimmt. In den letzten Jahren gibt es zwar eine aufstrebende Tendenz bei den Familienbetrieben, jedoch werden rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen von Großbetrieben bewirtschaftet. Dennoch liegen die Erträge im russischen Getreidesektor, insbesondere im Vergleich zu den USA und Kanada, sehr niedrig. Familienbetriebe erzielen in einigen Bereichen der Landwirtschaft, beispielsweise beim Maisanbau, die gleichen bzw. sogar höhere Erträge als Großbetriebe. Agroholdings in Russland haben hohe Überwachungskosten, sind nicht sehr effizient und weisen oft ein "postsowjetisches" Management auf.

Durch Rekultivierung von verfügbarem, fruchtbarem Land sowie Investitionen in landwirtschaftliche Großbetriebe hofft man auf eine zukünftig erhöhte Weizenproduktion. Als bisher nur unzureichend erschlossene, gigantische Kornkammern haben Russland, die Ukraine und Kasachstan das Potenzial, zur Steigerung der globalen Nahrungsmittelproduktion einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Die geringe Effizienz russischer Großbetriebe sowie regelmäßige Missernten aufgrund von Wasserknappheit und eines sich verschärfenden Klimawandels können es nach Spoor allerdings verhindern, dass russische Agroholdings quasi automatisch zur Lösung der globalen Nahrungsmittelprobleme beitragen.

Der Weltbank-Ökonom Dr. Klaus Deininger wies in seinen Ausführungen darauf hin, dass es viele Beispiele für den so genannten "Ressourcenfluch" gibt. Dieser besagt, dass Rohstoffreichtum auf lange Sicht die industrielle Modernisierung und das Wirtschaftswachstum eines Landes bremst, da schon allein die Rohstoffgewinnung allen Marktteilnehmern kurzfristig reiche Gewinne verspricht. Damit ausländische Investitionen positive Effekte für die Beschäftigung, Armutsbekämpfung und Ernährungssicherung in einem Land erzielen, sind verantwortungsvolle und geeignete Politiken erforderlich. Der



Parallelsitzung des Redners Alex Lissitsa (Ukrainian Agribusiness Club), IAMO Forum 2012

entscheidende Aspekt im Zusammenhang mit "Land Grabbing" ist dabei der verantwortungsvolle Umgang mit den Bedürfnissen der Bevölkerung durch die Regierungen und die Unternehmen. Bestehende Landrechte müssen anerkannt und geregelt, die staatliche Agrarpolitik verbessert und Informationen für die Bevölkerung ransparenter gestaltet werden. Nach Deininger ist insbesondere ein wettbewerbsfähiger mittelständischer Agrarsektor zu fördern. Das IAMO kann mit seinen Forschungsschwerpunkten und Kompetenzen wichtige Beiträge für eine solche, positive Entwicklung leisten.

Parallelsitzungen und Mini-Symposien: Ausmaß, Gründe und Auswirkungen von Landnutzungsänderungen

Neben den Plenarsitzungen gab es auf dem IAMO Forum auch 15 parallele Sitzungen mit insgesamt 54 Vorträgen sowie vier Mini-Symposien mit zusammen 17 Präsentationen. Die verschiedenen Sitzungsbeiträge erfassten die wesentlichen Landnutzungsänderungen in einer großen theoretischen, methodischen und empirischen Bandbreite. Inhaltliche Höhepunkte waren unter anderem Sitzungen zu den derzeitigen Entwicklungen, Determinanten und Auswirkungen von Landnutzungsintensivierungen. Führende Wissenschaftler stellten anhand globaler und regionaler Datensätze, u. a. für die EU und für das Europäische Russland, ihre Ansätze, Modelle, Daten und Ergebnisse vor. Die Zuhörerschaft erhielt so einen Überblick über den derzeitigen Stand der Forschung. Ein weiterer Höhepunkt der Parallelsitzungen war das von Tom Hertel, Professor an der Purdue University und derzeit Gastwissenschaftler an der Stanford University, organisierte Mini-Symposium über die Zusammenhänge von landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerungen, Klimawandel und globaler Landnutzungsveränderungen mit Treibhausgasemissionen. Vortragende in diesem Mini-Symposium erörterten das wechselseitige Verhältnis dieser wichtigen Faktoren aus ökonomischer und ökologischer Sicht. Weiterhin behandelten die Parallelsitzungen und Mini-Symposien die Stilllegung und Fragmentierung landwirtschaftlicher Flächen, die Determinanten der Rekultivierung aufgegebener landwirtschaftlicher Flächen, landwirtschaftliche Betriebsgrößenänderungen einschließlich der Entstehung sehr großer Produktionseinheiten, Prozesse der Extensivierung und Intensivierung in der Landwirtschaft sowie Änderungen im Waldbestand und der Waldqualität.

Podiumsdiskussion: Land Grabbing – Segen oder Fluch für die Agrarwirtschaft

Die Podiumsdiskussion mit dem Titel "Large-scale Farmland Investments and Land Grabbing" bildete einen besonderen Höhepunkt der Konferenz. Professor Max Spoor und Dr. Klaus Deininger sowie der Präsident des Ukrainischen Agribusiness Clubs Dr. Alex Lissitsa, Dr. Christian Ebmeyer vom russischen Agrarunternehmen Ekoniva und Maren Kneller, Referentin für Ländliche Entwicklung und Welternährung beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) diskutierten über die Herausforderungen und den richtigen Umgang mit großflächigen Landkäufen und -pachten durch ausländische Investoren. Die kontroversen Ansichten der Podiumsgäste ließen sehr unterschiedliche Strategien deutlich werden. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, inwieweit einheimische landwirtschaftliche Familienbetriebe oder doch besser große Agrarkonzerne zur Lösung der Welternährungskrise beitragen können. Einigkeit bestand jedoch darin, dass das Thema "Land Grabbing" auch zukünftig ein weites Forschungsfeld bietet, das darauf ausgerichtet sein sollte, Chancen und Risiken in der Landwirtschaft

besser abzuschätzen sowie den verantwortungsvollen Umgang mit Mensch, Umwelt und Klima zu gewährleisten. Abschließend fasste Professor Alfons Balmann zusammen: "Die zunehmende Wissensintensität moderner Landwirtschaft mit sowohl einem enormen Finanzierungbedarf und einhergehend hohen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte nehmen, insbesondere in Russland, der Ukraine und Kasachstan, heute wie auch in Zukunft eine zentrale Stellung in der landwirtschaftlichen Entwicklung ein. Die Entstehung von Agroholdings spiegelt bisherige Defizite hinsichtlich dieser Anforderungen wider. Ob dieser Trend nachhaltig erfolgreich ist, hängt davon ab, inwieweit er in Übereinstimmung mit unternehmerischer Effizienz, den Anforderungen der Wertschöpfungskette, den lokalen Bedingungen und Auswirkungen für die Umwelt erfolgt."

Podiumsdiskussion mit Klaus Deininger (Weltbank), Christian Ebmeyer (Ekoniva), Maren Kneller (BMZ), Alex Lissitsa (Ukrainian Agribusiness Club) und Max Spoor (Erasmus University), IAMO Forum 2012

Die Abendveranstaltungen am 20. Juni im Restaurant "Krug zum Grünen Kranze" und am 21. Juni das Barbecue des IAMO boten den zahlreichen internationalen Gästen neben den Sitzungen viel Raum für den weiterführenden thematischen Austausch.

Nähere Informationen zum IAMO Forum 2012 und die einzelnen Vorträge zum Herunterladen finden Sie auf der IAMO-Homepage: http://forum2012.iamo.de.

Abendveranstaltung im Krug zum Grünen Kranze, IAMO Forum 2012

Auswirkungen der Bodennutzung auf die Bodenfruchtbarkeit und den Ertrag

CHRISTOPH SAHRBACHER, MARK BRADY, CHANGXING DONG, MORTEN PERSSON, AMANDA SAHRBACHER

Einleitung

Boden ist eine nicht vermehrbare und schwer erneuerbare Ressource, die gleichzeitig wichtiger Bestandteil lebenswichtiger Prozesse ist. Dazu gehört die Produktion von Nahrungsmitteln und sonstiger Biomasse sowie die Speicherung, Filtrierung und Transformation vieler Substanzen z. B. Wasser und Kohlenstoff. Dabei stellt die Nutzung des Bodens durch den Menschen auch eine Gefährdung für den Boden dar. Anthropogene Einflüsse führen zu Erosion, Verlust an organischer Substanz, Verdichtung, Versalzung, Erdrutschen, Verschmutzung und Versiegelung (Generaldirektion Umwelt, 2012). Insbesondere letzteres ist in der Landwirtschaft ein wohl bekanntes und auch aktuell in Deutschland diskutiertes Problem (BMELV, 2012). Weniger beachtet ist jedoch der Verlust an organischer Substanz durch die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens.

Langzeitversuche haben gezeigt, dass der Anteil an organischer Substanz eine wesentliche Bedeutung für die Ertragsfähigkeit des Bodens hat. Diesen Zusammenhang haben Bodenökologen im Rahmen des aus Mitteln des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU finanzierten Projektes Soilservice näher untersucht (Soilservice, 2012). Die sich daraus ergebenden ökonomischen Konsequenzen hat Mark Brady vom AgriFood Economics Centre in Lund (Schweden) zusammen mit Kollegen anhand der Schätzung von Produktionsfunktionen für die Untersuchungsregionen Schonen (Südschweden) und Südostengland quantifiziert (Brady et al., 2012). Die Produktionsfunktionen wurden anschließend in das am IAMO verwendete agentenbasierte Modell AgriPoliS implementiert. Bodenökologische Zusammenhänge in ein agentenbasiertes agrarökonomisches Modell einzubauen macht Sinn, da der Gehalt an organischer Substanz im Boden von der Art der Bodennutzung einzelner Landwirte abhängt. Dies bedeutet, dass der Gehalt an organischer Substanz und somit die Bodenfruchtbarkeit von Betrieb zu Betrieb stark schwanken können, was letztendlich wieder einen Einfluss auf das Einkommen der einzelnen Betriebe hat.

Allerdings müssen Maßnahmen zur Erhaltung oder Erhöhung der organischen Substanz im Boden von dauerhafter Natur sein. Zu berücksichtigen ist auch, dass sie sich nur langsam auswirken. So sind deutliche Ertragserhöhungen nur langfristig zu beobachten. Kurzfristig stellen solche Maßnahmen zunächst zusätzliche Kosten für die Landwirte dar. Somit ergibt sich ein geringer privatwirtschaftlicher Anreiz für die Durchführung solcher Maßnahmen. Will man die Erhaltung der organischen Substanz im Boden und somit der Bodenfruchtbarkeit nachhaltig sicherstellen, so stellt sich die Frage, welche politischen Anreize gesetzt werden können. Der Vorschlag der EU-Kommission, dass Landwirte im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 7 % ihrer Ackerfläche als ökologische Vorrangfläche bereitstellen sollen, könnte ein Ansatz sein. Dies

bedeutet eine Herausnahme der Fläche aus der Produktion bzw. zumindest eine extensivere Bewirtschaftung, was einen positiven Effekt auf den Gehalt an organischer Substanz im Boden hat. Im Folgenden werden deshalb mit Hilfe von AgriPoliS Simulationsexperimente für die Regionen Schonen (Schweden) und Südostengland durchgeführt, um die Auswirkungen der Bereitstellung von ökologischen Vorrangflächen (im Folgenden vereinfachend als "Stilllegung" bezeichnet) quantifizieren zu können. Dabei gilt die Annahme, dass die "Stilllegung" in die Fruchtfolge integriert ist und es nicht zur dauerhaften Stilllegung einzelner Flächen kommt. Letzteres würde nur zu einer Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit auf der nicht genutzten Fläche führen.

Modell und Szenarien

Mit Hilfe des agentenbasierten Models AgriPoliS (Happe et al., 2006; Sahrbacher et al., 2012) lassen sich regionale Agrarstrukturen und deren Entwicklung abbilden. Dazu werden mit Hilfe eines Hochrechnungsansatzes 10 bis 30 für eine Region charakteristische Betriebe ausgewählt und gewichtet, so dass die Summe der Einzelmerkmale der ausgewählten Betriebe (Acker-, Grünlandfläche, Tierbestände, Rechtsform, etc.) der Ausprägung dieser Merkmale auf Regionsebene entspricht. Die einzelnen Betriebe gilt es dann entsprechend ihrer Gewichtung in AgriPoliS zu "klonen" und hinsichtlich des Alters des Betriebsleiters, des Alters der Maschinen- und Gebäudeausstattung, ihrer räumlichen Lage und der Managementfähigkeiten des Betriebsleiters zu individualisieren. Produktions- und Investitionsentscheidungen treffen die Betriebe mit dem Ziel der Gewinnmaximierung mit Hilfe eines gemischt-ganzzahligen Programmierungsmodels. Am Ende einer Produktionsperiode (eines Jahres) vergleichen die Betriebe ihr für das nächste Jahr zu erwartende Einkommen mit dem möglichen Einkommen, das sie bei einer Betriebsaufgabe durch eine Tätigkeit außerhalb der Landwirtschaft, das Verpachten von Eigenland und die Zinseinkünfte für ihr liquides Eigenkapital erzielen würden. Ist das mögliche außerlandwirtschaftliche Einkommen eines Betriebes größer als das zu erwartende landwirtschaftliche Einkommen, scheidet er aus der Landwirtschaft aus. Sollte ein Betrieb illiquide sein, scheidet er ebenfalls aus der Landwirtschaft aus. Die aus Betriebsaufgaben und auslaufenden Pachtverträgen frei werdende Fläche wird über eine Auktion neu verpachtet.

Zur Modellierung der Entwicklung des Gehaltes an organischer Substanz im Boden ist es notwendig, zunächst eine Ausgangsverteilung des Gehaltes an organischer Substanz für die einzelnen Flächen zu initialisieren. Als Maßstab für den Gehalt an organischer Masse im Boden dient der Gehalt an Kohlenstoff im Boden. Hierzu werden den in AgriPoliS modellierten Betrieben durchschnittliche Kohlenstoffgehalte zugewiesen. Diese Zuweisung erfolgt basierend auf den in Buchführungsdaten der Betriebe ausgewiesenen Erträgen und den aus Langzeitversuchen geschätzten Produktionsfunktionen. Zusätzlich bekommt jeder Betrieb eine Standardabweichung zugeschrieben. Innerhalb dieser schwankt der Kohlenstoffgehalt der einzelnen Flächen normalverteilt um den Durchschnittswert.

Ein weiterer Schritt beinhaltet die Implementierung einer allgemeinen quadratischen Produktionsfunktion in AgriPoliS. Die Parameter der Produktionsfunktion sind fruchtartenspezifisch und werden in AgriPoliS eingelesen. Hauptdeterminanten der Produktionsfunktion sind der Stickstoffeinsatz und der durchschnittliche Kohlenstoffgehalt der Flächen eines Betriebes. Der

optimale Stickstoffeinsatz ist abhängig vom Verkaufspreis der einzelnen Fruchtarten und dem Einkaufspreis von Stickstoff. Zur Optimierung der Produktion basierend auf der Produktionsfunktion ist das gemischt-ganzzahlige Programmierungsmodel zu erweitern, d.h. die bisher aggregierten Produktionsaktivitäten wie die Produktion von einem Hektar Weizen oder Zuckerrüben muss disaggregiert werden, d.h. den Einsatz einzelner Produktionsfaktoren, wie Stickstoff, Phosphor, Kalium, Pflanzenschutzmitteln und Energie sowie den Verkauf des Weizens bzw. der Zuckerrüben gilt es, als einzelne Produktionsaktivitäten zu modellieren. Dabei liegt die Annahme zugrunde, dass der Einsatz von Phosphor, Kalium und Pflanzenschutzmitteln proportional vom Stickstoffeinsatz abhängt und der Energiebedarf vom Ertrag der einzelnen Fruchtarten. Veränderungen der Verkaufspreise der einzelnen Fruchtarten bzw. des Einkaufspreises von Stickstoff führen somit zu Veränderungen der Erträge und des Einsatzes an Produktionsmitteln.

Veränderungen des Kohlenstoffgehaltes des Bodens kommen durch die Produktionsentscheidungen der Betriebe zustande. Annahmegemäß wirtschaften alle Betriebe konventionell und führen keine besonderen Maßnahmen zur Erhaltung der organischen Masse im Boden durch. Dadurch reduziert sich die organischen Masse jährlich um 0,5 % bezogen auf den Kohlenstoffgehalt des Vorjahres. Ein Aufbau an organischer Masse um 1 % ist durch eine einjährige begrünte Stilllegung möglich.

Zur Quantifizierung der Effekte einer "Stilllegung" auf die Bodenfruchtbarkeit und die landwirtschaftlichen Einkommen ist es zunächst notwendig, ein Referenzszenario (0 %) ohne "Stilllegung" durchzurechnen. Analog zum Vorschlag der EU-Kommission beinhaltet ein zweites Szenario eine "Stilllegung" mit 7 %. Des Weiteren wird berechnet, wie sich eine Verdoppelung der "Stilllegung" auf 15 % auswirken würde, sowie eine Anhebung der "Stilllegung" auf 25 %. Letzteres entspricht dem Bedarf an Gründüngung bei tierloser biologischer Produktion. Für alle Szenarien gilt, dass die Stilllegung in die Fruchtfolge integriert ist und es nicht zur dauerhaften Stilllegung einzelner Flächen kommt. Um besser zeigen zu können, wie sich der Verlust an organischer Masse auf die Bodenfruchtbarkeit und die Erträge auswirkt, wird technischer Fortschritt ignoriert, da dieser deutlich stärker auf die Erträge wirkt als die durch den Verlust von organischer Masse verursachten Ertragseinbußen.

Ergebnisse

Im Referenzszenario ohne "Stilllegung" (0 %) reduziert sich der Gehalt an organischer Masse in Schonen über einen Zeitraum von 20 Jahren um 10 % (Tabelle 1). In Südostengland ist der Rückgang mit 8 % etwas geringer, da dort ca. 5 % Fläche freiwillig stillgelegt ist, bzw. zur Futterproduktion als einjähriges Grünland genutzt wird. Mit einem zunehmenden Anteil an "Stilllegung" in der Fruchtfolge reduzieren sich die Verluste an organischer Masse. So vermindern sie sich bei einem Anteil von 25 % "Stilllegung" um ein Drittel auf 3 % über 20 Jahre. Festzuhalten ist, dass sich in Südostengland die Verpflichtung zur "Stilllegung" von 7 % der Ackerfläche kaum auswirken würde, da die Betriebe auch ohne diese Verpflichtung einen Teil ihrer Fläche extensiv nutzen. Der Effekt einer solchen Maßnahme hängt also immer von der Produktionsstruktur in der Ausgangssituation ab.

Tabelle 1: Relative Veränderung des Kohlenstoffgehaltes im Boden zwischen 2012 und 2032

Region	Ø Kohlenstoff-gehalt in 2012 in %	Szenario			
		0%	7%	15%	25%
Schonen	2,42	-10%	-8%	-5%	-3%
Südostengland	2,50	-8%	-8%	-6%	-3%

Quelle: Eigene Berechnungen.

Die Ertragsverluste, die mit dem Verlust an organischer Masse einhergehen sind geringer, da der Verlust an organischer Masse sich zum Teil durch erhöhte Stickstoffdüngung ausgleichen lässt (Tabelle 2). So werden für Weizen in Schonen ca. 6 % (9 kg/ha) und in Südostengland rund 2 % (5 kg/ha) mehr Stickstoff benötigt. Außerdem sind die Ertragsverluste fruchtartspezifisch. So betragen die Ertragsverluste bei Weizen in Schweden ohne Maßnahmen zur Erhaltung der organischen Masse 3 % wohingegen sie bei Raps 6 % und bei Zuckerrüben sogar 9 % ausmachen. Durch eine "Stilllegung" von 25 % der Ackerfläche reduzieren sich die Ertragsverluste bei Weizen in Schonen auf 1 % und in Südostengland auf nahe null Prozent. Gleichzeitig ist nur ein Drittel an zusätzlichem Stickstoff notwendig, um die Verluste an organischer Masse zu kompensieren.

Tabelle 2: Relative Veränderung des Kohlenstoffgehaltes im Boden zwischen 2012 und 2032

Feldfrucht	Region	Ø Ertrag 2012	Szenario			
			0%	7%	15%	25%
			Relativer Ertragsrückgang bis 2032			
		dt/ha	[%]	[%]	[%]	[%]
Weizen	Schonen	79	-3%	-2%	-2%	-1%
	Südostengland	85	-1%	-1%	-1%	0%
Raps	Schonen	37	-6%	-5%	-4%	-2%
	Südostengland	33	-6%	-6%	-4%	-2%
Zuckerrüben	Schonen	325	-9%	-6%	-4%	-2%

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 3: Relative Deckungsbeitragsverluste zwischen 2012 und 2032 in Abhängigkeit von der "Stilllegungsverpflichtung"

Feldfrucht	Region	Ø DB 2012	Szenario			
			0%	7%	15%	25%
			Relativer DB-Rückgang bis 2032			
		Euro/ha	[%]	[%]	[%]	[%]
Weizen	Schonen	687	-8%	-6%	-4%	-2%
	Südostengland	535	-3%	-3%	-2%	-1%
Raps	Schonen	589	-14%	-11%	-8%	-4%
	Südostengland	429	-12%	-11%	-8%	-3%
Zuckerrüben	Schonen	1194	-23%	-17%	-12%	-6%

Quelle: Eigene Berechnungen.

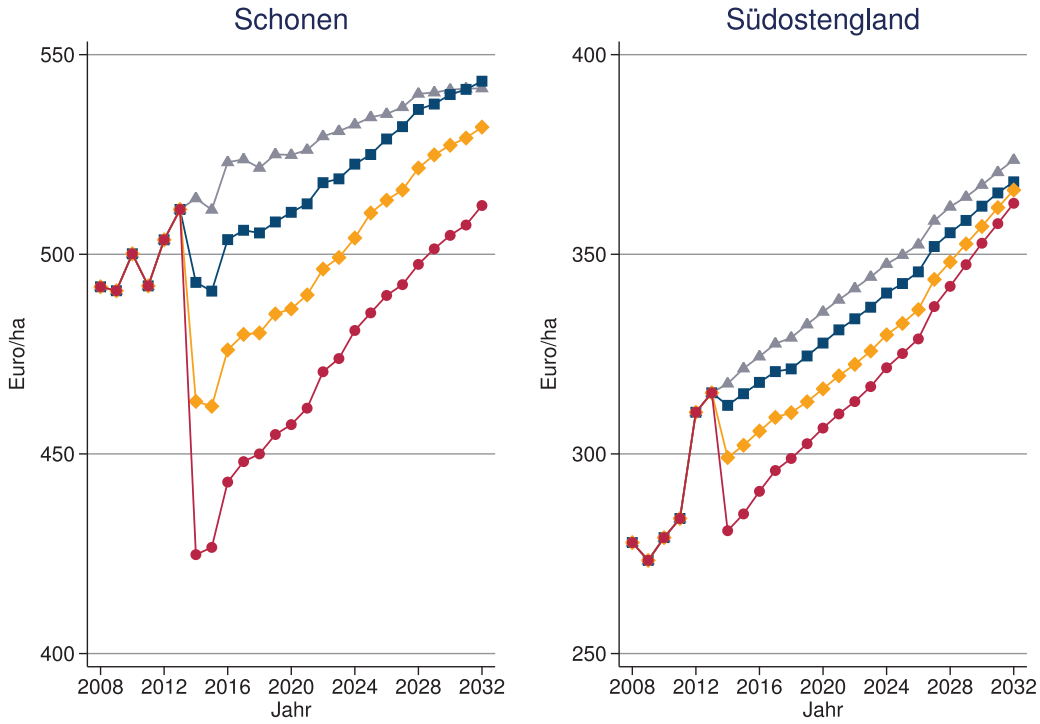
Vergleicht man die Entwicklung der Deckungsbeiträge (DB) und die Ertragsentwicklung, so zeigt sich, dass die Deckungsbeitragsverluste größer sind als die Ertragsrückgänge (Tabelle 2 und 3). Dies liegt zum einen an der Relation von Erlös und Kosten und zum anderen bei Weizen und Zuckerrüben auch am erhöhten Düngeraufwand.

Die Entwicklung der Deckungsbeiträge bezieht sich jedoch nur auf einzelne Fruchtarten. Auf Betriebsebene ist noch der durch die "Stilllegung" verursachte Einkommensverlust zu berücksichtigen. So betragen die Deckungsbeitragsverluste bei einer "Stilllegung" von 25% der Ackerfläche nach 20 Jahren maximal 6%. Deutlich höher fallen in allen Szenarien die kurzfristigen Einbrüche beim Deckungsbeitrag pro Hektar aus (Abbildung 1). Diese Einkommenslücke schließt sich allerdings im Zeitablauf je nach Szenario mehr oder weniger aufgrund des verlangsamten Rückgangs an organischer Masse im Boden. Im Szenario mit 25% "Stilllegung" verringert sich der kurzfristige Einkommensverlust im Zeitablauf zwar am stärksten, jedoch lässt sich die durch die "Stilllegung" entstandene Einkommenslücke zumindest in einem Zeitablauf von 20 Jahren nicht ganz schließen. Dagegen verschwindet im Szenario mit 7% "Stilllegung" die Einkommenslücke nach 20 Jahren vollkommen und es deutet sich an, dass danach der Gewinn sogar über dem Gewinn im Referenzszenario liegt.

Schlussfolgerungen

Die mit AgriPoliS durchgeführten Simulationsexperimente für die Regionen Schonen (Schweden) und Südostengland verdeutlichen die Bedeutung der Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit. Dabei steht der jährlichen Ertragssteigerung durch technischen Fortschritt von 1 dt je Hektar bei Weizen (Ordon, 2011) ein Ertragsverlust durch den Verlust an organischer Masse von 0,1 dt je Hektar gegenüber. Dass diese Verluste so gering sind, liegt jedoch daran, dass sich der Verlust an organischer Masse teilweise durch einen höheren Einsatz an Stickstoff kompensieren

Abbildung 1: Entwicklung des Gewinns pro Hektar in Schonen und Südostengland



Quelle: Eigene Berechnungen.

lässt. Dies verursacht aber höhere Kosten. Somit wirkt sich der Verlust an organischer Masse deutlich stärker auf den Erlös als auf den physischen Hektarertrag aus. Mit steigenden Düngerkosten erhält die Sicherung der Bodenfruchtbarkeit somit schon aus einer rein betriebswirtschaftlichen Perspektive heraus einen immer größeren Stellenwert.

Die Einführung einer rotierenden "Stilllegung" von 7% der Ackerfläche würde den Verlust an organischer Masse lediglich bremsen, aber nicht aufhalten. Hierzu wäre es notwendig, mindestens 25% der Ackerfläche stillzulegen. Dies würde aber zu erheblichen Einkommenseinbußen führen, die sich auch durch den Erhalt an organischer Masse nicht innerhalb von 20 Jahren kompensieren ließen. Dagegen läge das Einkommensniveau bei einer "Stilllegung" von 7% nach 20 Jahren wieder auf dem gleichen Niveau wie ohne Stilllegung und es zeigt sich sogar die Tendenz eines weiteren Einkommensanstieges. Zusätzlich haben Versuche gezeigt, dass ein hoher Anteil an organischer Masse im Boden den Pflanzen hilft, Trockenperioden zu überstehen, was vor allem angesichts des Klimawandels von Bedeutung ist.

Andere Optionen zur Erhaltung der organischen Masse wären das Belassen von Stroh auf dem Feld, der Anbau von Zwischenfrüchten oder die Düngung mit Mist. Diese Maßnahmen haben aber einen schwächeren Effekt auf den Erhalt an organischer Masse. Wird jedoch die "Stilllegung" zur Produktion von Biomasse, z.B. durch den Anbau von Miscanthus (Chinagras), genutzt, so steigt der Gehalt an Biomasse pro Jahr gegenüber der einfachen "Stilllegung" statt um 0,5% sogar um bis zu 1,5% (Brady et al., 2012).

Weiterführende Literatur

BMELV (2012): Plattform zum Schutz der natürlichen Ressource Boden, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Berlin, 18. Oktober 2012, http://www.bmelv.de/SharedDocs/Standardartikel/Landwirtschaft/Laendliche-Raeume/Flaechen/PlattformSchutzRessourceBoden.html.

Brady, M., Hedlund, K., RongGang, C., Hemerik, L., Hotes, S. (2012): Farmers' costs of supplying soil ecosystem services in diverse EU regions, Deliverable 18 des durch das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU finanzierten Projektes SOILSERVICE, Lund, Schweden.

Generaldirektion Umwelt (2012): Politikbereich Boden (Soil), Europäische Kommission, Brüssel. Zuletzt aktualisiert 29.10.2012, http://ec.europa.eu/environment/soil/index_en.htm.

Happe, K., Kellermann, K., Balmann, A. (2006): Agent-based analysis of agricultural policies: An illustration of the agricultural policy simulator AgriPoliS, its adaptation, and behavior, *Ecology and Society 11(1),* S. 49, http://www.ecologyandsociety.org/vol11/iss1/art49/.

Ordon, F. (2011): Visionen zur Pflanzenzüchtung zur Ertragssteigerung, -sicherung und Eröffnung neuer Verwertungsperspektiven, Vortrag auf der Fachtagung "Landwirtschaft 2025 – Anforderungen an den effizienten Pflanzenbau" am 23. und 24. Februar 2011 in Soest, http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Pflanze/LW2025/Vortrag-Ordon.html.

Sahrbacher, C., Sahrbacher, A., Kellermann, K., Happe, K., Balmann, A., Brady, M., Schnicke, H., Ostermeyer, A., Schönau, F. (2012): AgriPoliS: An ODD-Protocol, Technical Report, IAMO, Halle (Saale), Deutschland.

Soilservice (2012): EU Project SOILSERVICE. Universität Lund. Zuletzt aktualisiert am 12. September 2012, http://www4.lu.se/soil-ecology-group/research/soilservice.

Entkopplungspolitiken und innereuropäischer Kälberhandel

SÖREN PREHN, BERNHARD BRÜMMER, STANLEY R. THOMPSON

Im Zusammenhang mit der Fischler Reform 2003 wurde das bisherige Modell gekoppelter Direktzahlungen durch ein Modell entkoppelter Direktzahlungen (s.g. Betriebsprämienmodell) ersetzt. Eine vollständige Entkopplung aller Direktzahlungen war allerdings auch nach der Reform nicht verpflichtend, vielmehr konnten einzelne Mitgliedsländer zwischen einer Teilentkopplung und einer vollständigen Entkopplung wählen. Diese Wahlfreiheit verzerrt allerdings Produktionsanreize, da gekoppelte Direktzahlungen weiterhin dem Deckungsbeitrag zuzurechnen sind, wohingegen dies für entkoppelte Direktzahlungen nicht mehr möglich ist. Es ist zu vermuten, dass diese Verzerrung in der Anreizstruktur auch den Handel mit landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren, wie z.B. Kälber, wohlfahrtsmindernd beeinflusst hat. Anzunehmen sind wachsende Handelsströme von entkoppelnden hin zu teilentkoppelnden Mitgliedsländern. Diese Vermutung zu überprüfen, diente eine exemplarische Untersuchung des innereuropäischen Kälberhandels. An Hand der Untersuchungsergebnisse lässt sich eindeutig zeigen, dass das Zugeständnis, verpflichtend nur in Teilen entkoppeln zu müssen, zu politikinduzierten Handelsverzerrungen innerhalb der Europäischen Union geführt hat.

Mit der MacSharry Reform 1992 kam es zu einem Paradigmenwechsel in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU). Das bisherige System der Marktpreisstützung wurde zu Gunsten einer verstärkten Marktorientierung aufgeben. Insgesamt erfuhr das EU-Interventionssystem in die Agrarmärkte eine grundlegende Reform. Es gab eine signifikante Absenkung der EU-Interventionspreise. Als Ausgleich dienen seitdem Direktzahlungen, die das neue Hauptinstrument der GAP darstellen. Die Auszahlungen der Direktzahlungen nach 1992 wurden dabei nicht mehr an die Höhe der Produktion, sondern nur noch an die Produktion selbst gebunden. Insbesondere im Pflanzenbereich fiel die Differenzierung der Agrarsubventionen nach einzelnen Kulturarten weg. Von Nachteil war allerdings, dass die Auszahlung der Direktzahlungen noch immer an die Bewirtschaftung der Fläche bzw. an die Haltung von Tieren gebunden war, weshalb zu befürchten stand, dass die Direktzahlungen in der nächsten Welthandelsrunde der WTO nicht mehr der Blauen, sondern der Roten Box zugeordnet werden könnten.

Gemäß dem Blair-House-Abkommen von 1992 zwischen der USA und der EU sind verschiedene "Boxen" geschaffen worden, um Agrarmarkteingriffe international weniger wettbewerbsverzerrend zu regeln. Die "blaue Box" beinhaltet dabei alle Maßnahmen, die weiterhin in unbegrenzter Höhe erlaubt sind, wie Direktzahlungen an Landwirte, wenn diese an "produktionsbeschränkende Programme" gekoppelt sind. Dagegen finden sich alle direkt marktverzerrenden, verbotenen Maßnahmen in der "Roten Box". Hierunter fallen z.B. nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Das Blair-House-Abkommen hatte das Ziel, die damals im Agrarbereich festgefahrenen WTO-Verhandlungen wieder in Gang zu bekommen. Die EU lief nun um die Jahrtausendwende Gefahr, bei den anstehenden WTO-Verhandlungen erneut ins Hintertreffen zu geraten und ihre Verhandlungsmacht einzubüßen.

Auf Grund dieses äußeren Drucks und der bevorstehenden EU-Osterweiterung verständigten sich schließlich die EU-Mitgliedsländer darauf, die GAP erneut zu reformieren und das bisherige Modell gekoppelter Direktzahlungen durch ein Modell entkoppelter Direktzahlungen (s.g. Betriebsprämienmodell) zu ersetzen. Zukünftige Zahlungen sollten nur noch auf historischen Zahlungen beruhen, die nach einem bestimmten Schlüssel auf die ehemals bewirtschaftete Fläche umzuverteilen wären. Dieses betraf auch Tierprämien, die ebenfalls auf die ehemals bewirtschaftete Fläche umverteilt werden sollten. Man erhoffte sich durch diese "Reform der Reform" einen größeren Verhandlungsspielraum sowohl auf europäischer wie auch auf internationaler Ebene.

Zwar sah der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission vor, alle Direktzahlungen vollständig zu entkoppeln, im Verhandlungsprozess ergab es sich allerdings, dass dieser Vorschlag nicht mehrheitsfähig war. Vor allem die südeuropäischen Mitgliedsländer sprachen sich entschieden gegen eine vollständige Entkoppelung aller Direktzahlungen aus. Letztendlich verständigte man sich darauf, die Einführung des Betriebsprämienmodells nicht mehr verpflichtend zu machen, sondern den Mitgliedsländern die Wahlfreiheit zu lassen, zumindest einen Teil der Direktzahlungen weiterhin gekoppelt zu lassen. Vor allem im Rindfleischbereich war man zu weitgehenden Zugeständnissen an einzelne Länder gezwungen. So konnte schließlich ein Mitgliedsstaat zwischen dem Betriebsprämienmodell, das eine vollständige Entkoppelung aller Direktzahlungen vorsah, und drei weiteren Optionen, die zumindest eine Teilkoppelung der Direktzahlungen zuließen, wählen. Die drei Optionen waren jeweils auf die speziellen Bedürfnisse bestimmter Mitgliedsländer zugeschnitten. Option I beinhaltete eine spezielle Mutterkuhprämie, Option II eine spezielle Schlachttierprämie und Option III eine spezielle Mastbullenprämie. Darüber hinaus beinhalteten alle drei Optionen eine besondere Schlachtkälberprämie. Des Weiteren bestand auch bezüglich der Umsetzung der Reformbeschlüsse Wahlfreiheit. So war es erlaubt, Reformbeschlüsse entweder 2005 oder aber erst 2006 umzusetzen. Genauere Details lassen sich der Tabelle 1 entnehmen.

Tabelle 1 macht ebenfalls deutlich, dass sich die einzelnen Mitgliedsländer für durchaus unterschiedliche Entkoppelungsmodelle entschieden haben. Die iberischen Mitgliedsländer sowie Frankreich, Belgien und Österreich entschieden sich für Option I, die drei skandinavischen geschlossen für Option III und nur die Niederlande für Option II. Das vollständig entkoppelte Betriebsprämienmodell fand dagegen vor allem in den westeuropäischen Mitgliedsländern, aber auch in Italien und Griechenland Anwendung. Diese Unterschiede in der Umsetzung der Reformbeschlüsse sind bedeutend, da sie nicht nur zu unterschiedlichen Produktionsanreizen in den einzelnen Mitgliedsländern geführt haben, sondern auch die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren – wie Kälber – verändert haben dürften und somit auch auf Handelsströme wirkten. Der genaue Wirkungsmechanismus ist in Abbildung 1 dargestellt.

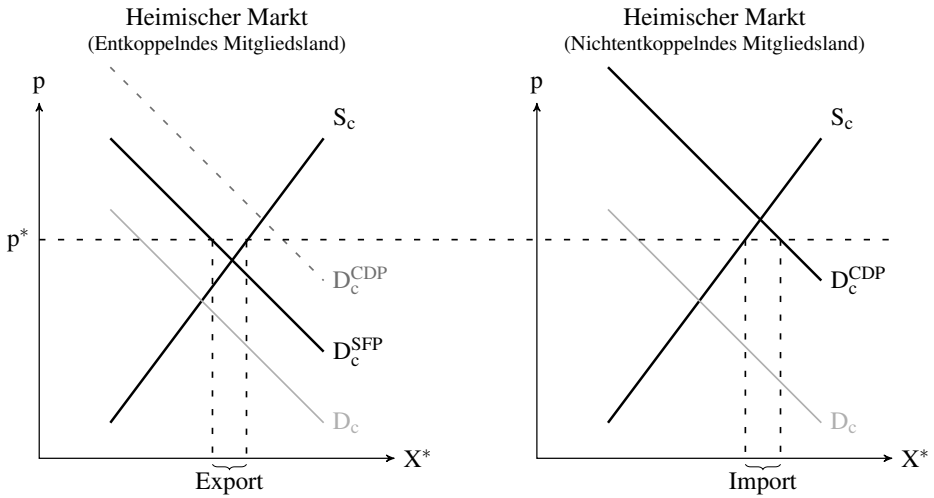
In Abbildung 1 finden sich zwei Marktdiagramme, einmal für ein entkoppelndes Mitgliedsland (linke Abbildung) und einmal für ein nichtentkoppelndes Mitgliedsland (rechte Abbildung). Die jeweiligen Nachfragekurven stellen die aggregierte Nachfrage nach Kälbern von Mastbetrieben dar und die jeweiligen Angebotskurven das aggregierte Angebot an Kälbern durch Milchviehbetriebe. Die Exponenten der Nachfragekurven definieren

Tabelle 1: Überblick Endgültige Verordnung GMO Rindfleisch

	Agenda 2000	Fischler Reform 2003			
		Option I	Option II	Option III	Betriebs-prämie
Direktzahlungen [pro Kopf]					
Prämie für Schlachtkälber	50 €	50 € [100%]	50 € [100%]	50 € [100%]	-
Prämie für Mutterkühe	200 €	200 € [100%]	-	-	-
Prämie für Schlachtrinder	80 €	32 € [40%]	80 € [100%]	-	-
Prämie für Schlachtbullen	210 € (2 x 150 €)	-	-	157.50 € (2 x 112.50 €) [75%]	-
Implementierung					
2005		Östereich, Belgien, Portugal		Dänemark, Schweden	Deutschland, Irland, Italien, Luxemburg, Vereinigtes Königreich
2006		Frankreich, Spanien	Niederlande	Finnland	Griechenland

Quelle: http://europa.eu/legislation_summaries/agriculture/agricultural_products_markets/l60009_en.htm.
Anm.: Für die Neuen Mitgliedsländer wurden einheitliche Flächenzahlungen (SAPS) eingeführt.

Abbildung 1: Einfluss unterschiedlicher Entkoppelungspolitiken auf Handel



Anm.: D_c kennzeichnet die aggregierte Nachfrage nach Kälbern unter Freihandel, D_c^{CDP} unter einem Modell gekoppelter Direktzahlungen und D_c^{SFP} unter einem Betriebsprämienmodell. S_c kennzeichnet das aggregierte Angebot an Kälbern.

das jeweilige Politiksystem. Um auf den reinen Politikeffekt abstellen zu können, wird unterstellt, dass sich die beiden Mitgliedsländer nur in der Auswahl der Implementierung der Entkoppelungspolitik unterscheiden. Die Ausgangssituation ist ein vollständig liberalisierter Markt, dargestellt durch die aggregierte Nachfragekurve D_c D_c und die aggregierte Angebotskurve S_c S_c. Da in dieser Marktsituation der Gleichgewichtspreis den beiden Autarkiepreisen in den Mitgliedsländern entspricht, ist kein Handel zu beobachten. Werden nun Direktzahlungen eingeführt, verändert dies die Grenzzahlungsbereitschaften der Mastbetriebe. Die entsprechenden Grenzzahlungsbereitschaften erhöhen sich, was letztendlich zu einer Rechtsverschiebung der entsprechenden Nachfragekurven von D_c D_c nach D_c^{CDP} D_c^{CDP} führt. Wenn sich nun ein Mitgliedsland entscheidet, die Direktzahlungen wieder zu entkoppeln, dann führt dieses wiederum zu einer Absenkung der Grenzzahlungsbereitschaften in dem entsprechenden Mitgliedsland und somit zu einer Linksverschiebung der entsprechenden Nachfragekurve von D_c^{CDP} D_c^{CDP} nach D_c^{SFP} D_c^{SFP} (linke Abbildung). Wie leicht zu erkennen ist, sind unter dieser Marktsituation die Autarkiepreise in den beiden Mitgliedsländern nicht mehr identisch, der Autarkiepreis in dem entkoppelnden Mitgliedsland ist niedriger als in dem nichtentkoppelnden Mitgliedsland. Diese Preisdivergenz führt zu Handel vom entkoppelnden Mitgliedsland hin zum nichtentkoppelnden Mitgliedsland. Der sich neu einstellende Gleichgewichtspreis ist gleich dem Marktpreis, bei dem die Exporte den Importen entsprechen.

Abbildung 1 untermauert theoretisch die Hypothese, dass die Zugeständnisse, die im Zuge des Verhandlungsprozesses der Fischler Reform 2003 vor allem gegenüber südeuropäischen Mitgliedsländern gemacht werden mussten, zu Handelsverzerrungen innerhalb der EU geführt haben. Es liegt die Vermutung nahe, dass es auf Grund der Verzerrung der Anreizstruktur in der Produktion zu zusätzlichen Handelsströmen von entkoppelnden hin zu teilentkoppelnden Mitgliedsländern gekommen ist. Konkret könnte dies bedeuten, dass deutsche Milchviehbetriebe z.B. verstärkt nach Frankreich Kälber exportieren, aber sich der Einkaufspreis für deutsche Bullenmäster erhöht und sich somit die Bullenmast in nur teilentkoppelnde Staaten wie Frankreich verlagert.

Um diese Vermutung überprüfen zu können, wurde der Innereuropäische Kälberhandel exemplarisch mittels eines ökonometrischen Handelsmodells, einem sogenannten Gravitationsmodell, untersucht. Ziel war es, die Effekte der europäisch uneinheitlichen Entkoppelungspolitiken auf die Handelsströme sowohl auf Seiten der Exporteure als auch auf Seiten der Importeure zu untersuchen. Dabei fand der Grad der Entkoppelung in dem jeweiligen Mitgliedsland explizit in der ökonometrischen Analyse Berücksichtigung. Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich von 2003 bis einschließlich 2007. Zusammenfassend gesagt zeigen die Untersuchungsergebnisse, dass die Politik zumindest auf Seiten der Importeure einen signifikanten statistischen wie auch ökonomischen Einfluss hatte. Die Importe von Mitgliedsländern, die nur in Teilen entkoppelt haben, sind verglichen mit denen von Mitgliedsländern, die vollständig entkoppelt haben, relativ angestiegen. Dies ist eine Bestätigung der gemachten Hypothesen. Auf Seiten der Exporteure lässt sich hingegen kein signifikanter Einfluss der Politik auf die Kälberproduktion nachweisen. Dieses Ergebnis ist allerdings nicht gänzlich unerwartet, da die Kälbererzeugung nur ein Nebenprodukt der Milchproduktion ist und Milchviehbetriebe nicht nur auf Grund gesunkener Kälberpreise ihre Produktionsentscheidungen ändern. Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Politikänderung stärker auf Seiten der Mastbetriebe eingegriffen als auf Seiten der Milchviehbetriebe.

Abschließend lässt sich festhalten, dass mit der Fischler Reform 2003 sicherlich ein weiterer wichtiger Schritt hin in Richtung auf einen liberalisierten europäischen Agrarmarkt gemacht worden ist. Die Entkoppelung der Direktzahlungen dürfte dazu beitragen haben, die Fehlallokation von landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren innerhalb der europäischen Landwirtschaft weiter zu verringern und Produktionsentscheidungen von Landwirten noch unabhängiger von staatlichen Eingriffen zu machen. Durch die Umsetzung der Reformbeschlüsse der Fischler Reform 2003 ließ sich wohl die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Agrarsektors international verbessern. Diese Fortschritte wurden allerdings auf Kosten eines der Grundprinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union erkauft, dem Grundprinzip des Gemeinsamen Marktes. Wie diese Arbeit zeigt, hat das Zugeständnis, verpflichtend nur in Teilen entkoppeln zu müssen, zu Verzerrungen von Produktionsanreizen und somit zu Handelsverzerrungen innerhalb der Europäischen Union geführt. Die Art und Weise, wie die Umsetzung der Fischler Reform von 2003 erfolgte, hat zu Nachteilen für vollständig entkoppelnde Mitgliedsländer geführt. Die Europäische Union hat richtig entschieden, mit der sogenannten "Health Check Reform" 2008 eine vollständige Entkoppelung aller Direktzahlungen bis 2012 verpflichtend zu machen.

Das IAMO – Ein kurzes Portrait

Ziele und Aufgaben

Das Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa IAMO) widmet sich der Untersuchung von tief greifenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungsprozessen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie in den ländlichen Räumen. Sein Untersuchungsgebiet erstreckt sich auf Mittel-, Ost- und Südosteuropa einschließlich der Türkei. Hinzu kommen die Transformationsländer Zentral- und Ostasiens, wobei der Schwerpunkt hier auf China liegt. Trotz großer Anstrengungen und vieler Erfolge liegt die agrar- und ernährungswirtschaftliche Entwicklung in vielen dieser Regionen noch weit hinter der westlicher Industrienationen zurück und schlägt dabei teilweise eigene sehr spezifische Entwicklungswege ein. Zudem zeichnet sich ein enormes Entwicklungsgefälle zwischen erfolgreichen und stagnierenden Regionen innerhalb einzelner Länder und zwischen Ländern ab. Hinzu kommt, dass große Schwellenländer wie Russland und China zu "Global Playern" auf den Weltagrarmärkten aufgestiegen sind. Zu fragen ist, was in diesen Schlüsselländern geschehen muss, um angesichts der anhaltenden Welternährungskrise nachhaltiges Wachstum zu fördern und trotz wachsender Ansprüche an landwirtschaftliche Ressourcen globale Ernährungssicherung zu erreichen. Gleichzeitig stellt die Anpassung der Landwirtschaft und Landnutzung in unseren Zielländern an den Klimawandel eine große Herausforderung dar. Insofern besteht für das IAMO nicht nur thematisch, sondern auch regional ein breit gestreuter Forschungsbedarf.

Mit seiner inhaltlichen und geographischen Ausrichtung steht das IAMO weltweit einzigartig dar. Seit seiner Gründung im Jahr 1994 gehört es als außeruniversitäre Forschungseinrichtung der Leibniz-Gemeinschaft an. Die Leibniz-Gemeinschaft schließt wissenschaftlich, rechtlich und wirtschaftlich eigenständige Forschungsinstitute und Serviceeinrichtungen zusammen, die zur Erfüllung überregionaler gesamtstaatlicher Interessen gemeinsam vom Bund und den Ländern gefördert werden (www.leibniz-gemeinschaft.de).

Die Arbeit des IAMO soll nicht nur zum Verständnis, sondern auch zur Bewältigung der tief greifenden Veränderungsprozesse und der andauernden Entwicklungsdefizite in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie der ländlichen Räume seines Untersuchungsgebietes beitragen. Aus diesem Anspruch ergeben sich die drei Kernaufgaben des Institutes:

- International ausgerichtete agrar- und ernährungsökonomische Forschung unter Einbeziehung der Entwicklung ländlicher Räume,
- Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik,
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Das Institut versteht sich als gestaltende Kraft der internationalen agrarökonomischen Forschung. Exzellente Forschung bildet den Motor der Entwicklung des Institutes und schafft erst die Voraussetzungen für die Erfüllung der anderen beiden Kernaufgaben. So dient das IAMO auch als Forum des Austausches

Gebäude des IAMO

und fördert auf diese Weise die internationale Vernetzung der Forschung und den Dialog zwischen Entscheidungsträgern aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft. Angesichts der großen und neuartigen Herausforderungen gewinnt eine wissenschaftsbasierte Politikberatung immer mehr an Bedeutung für die Arbeit des IAMO. Zudem nutzt es seine Kompetenzen und Mittel für die Qualifizierung von WissenschaftlerInnen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei in der Förderung des akademischen Nachwuchses aus den Partnerländern. Durch seine internationale Ausrichtung und Zusammenarbeit mit anderen Lehr- und Forschungseinrichtungen trägt das IAMO zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes Halle in Mitteldeutschland bei. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet auch die Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU), insbesondere mit dem Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften als Teil der Naturwissenschaftlichen Fakultät III und dem Wirtschaftswissenschaftlichen Bereich als Teil der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Wissenschaftliche Abteilungen, Forschungsfelder und Themenschwerpunkte

Die dreigliedrige Forschungsstruktur des IAMO mit den Abteilungen Agrarpolitik, Agrarmärkte und Strukturentwicklung (Kurzbezeichnungen) leitet sich aus der Ausrichtung seiner Forschung ab. Agrarpolitische Rahmenbedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten, die Märkte im Agrar- und Ernährungssektor sowie die Entwicklung der Betriebe und Strukturen im ländlichen Raum werden analysiert. Entwicklungen auf einzelbetrieblicher Ebene und in ländlichen Räumen, der Aufbau funktionierender Agrarmärkte und die Gestaltung der Agrarpolitik hängen eng miteinander zusammen. Betriebliche und agrarpolitische Entscheidungen sowie Marktprozesse beeinflussen dabei auch die Mensch-Umweltbeziehungen in ländlichen Räumen. Gleichzeitig wirken sie ebenfalls auf die beiden wichtigen Zukunftsfragen der Ernährungssicherung und der Nahrungssicherheit. Die wissenschaftliche Arbeit des IAMO ist abteilungsübergreifend in vier Forschungsschwerpunkten organisiert, die sich auf zentrale Problemfelder der Agrarentwicklung in eurasischen Transformations- und Schwellenländern konzentrieren. Dabei wirkt die erhöhte Kommunikationsdichte innerhalb der Forschungsschwerpunkte einer Zersplitterung der Forschung entgegen. Neben positiven Bündelungseffekten erlaubt die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Forschungsschwerpunkte ein effizientes, ergebnisorientiertes Forschungsmanagement.

Mit dem 2008 in Kraft getretenen gegenwärtigen Mittelfristkonzept kam es zu einer Anpassung der Forschungsschwerpunkte an die sich verändernden Problemlagen in den Untersuchungsräumen des IAMO. Immer mehr treten allgemeine Fragen der Agrarentwicklung im Kontext von Globalisierung und zunehmender Divergenz sowohl zwischen Ländern als auch zwischen strukturschwachen und dynamischen Regionen in den Vordergrund. Doch auch wenn genuin transformationsspezifische Fragestellungen z.B. in Mitteleuropa kaum noch eine Rolle spielen, so prägt die sozialistische Vergangenheit dort auch weiterhin die Entwicklung der Agrar- und Ernährungswirtschaft. Erinnert sei hier nur an die spezifisch duale Agrarstruktur vieler EU-Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa oder die tiefgehende vertikale Integration der Wertschöpfungsketten in der Agrar- und Ernährungswirtschaft vieler GUS-Staaten. Die folgenden vier Forschungsschwerpunkte enthält das gegenwärtige Mittelfristkonzept:

I. Politikreformen und institutioneller Wandel

II. Strukturwandel und Unternehmenswachstum

III. Beschäftigung und Lebensverhältnisse

IV. Wettbewerbsstrategien und Marktanforderungen

Institutsstruktur

Das IAMO ist eine Stiftung des öffentlichen Rechts. Ihre Organe sind der Stiftungsrat, das Direktorium und der Wissenschaftliche Beirat. Das Institut gliedert sich in drei wissenschaftliche Abteilungen:

- Rahmenbedingungen des Agrarsektors und Politikanalyse, Abteilungsleiter ist Prof. Dr. Thomas Herzfeld,
- Agrarmärkte, Agrarvermarktung und Weltagrarhandel, Abteilungsleiter ist Prof. Dr. Thomas Glauben,
- Betriebs- und Strukturentwicklung im ländlichen Raum, Abteilungsleiter ist Prof. Dr. Alfons Balmann.

Die Leiter der wissenschaftlichen Abteilungen bilden zusammen mit der Leiterin der Abteilung

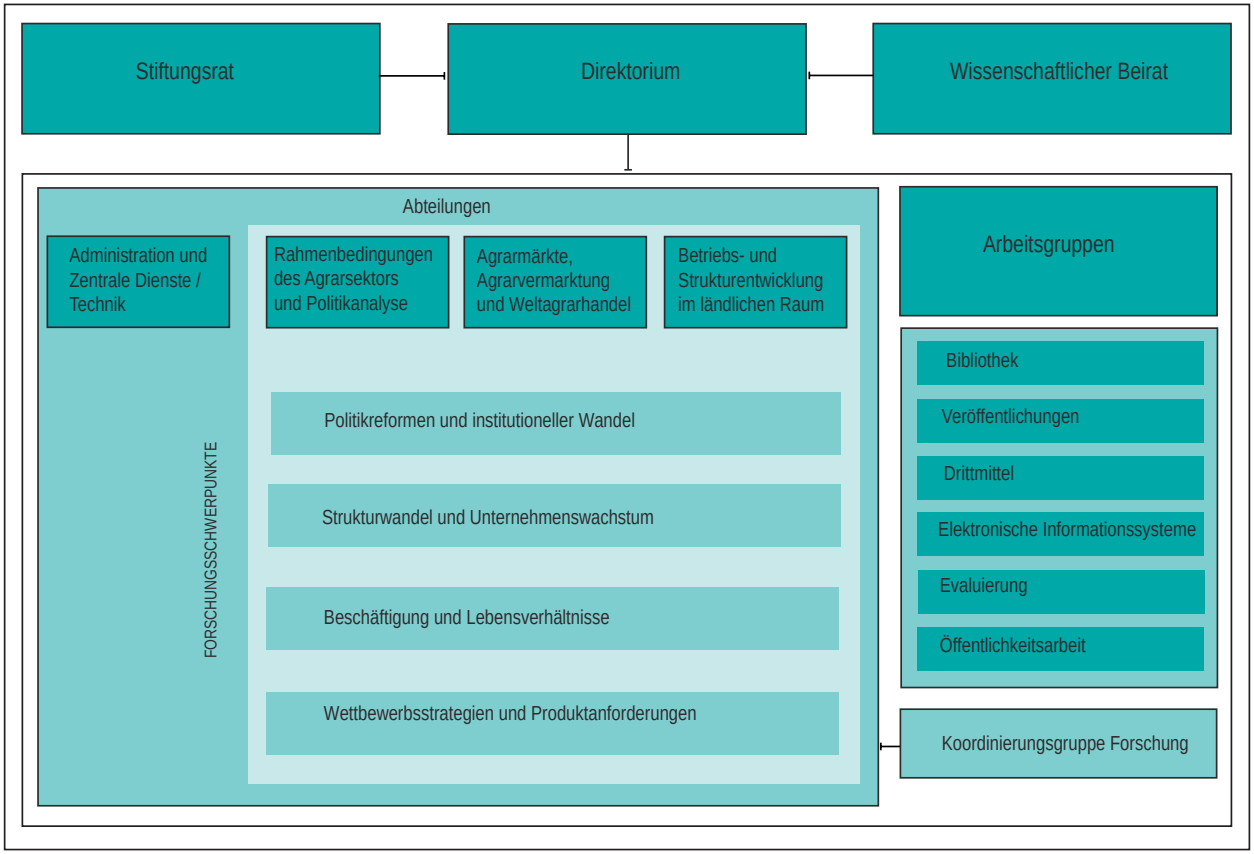
- Administration und Zentrale Dienste/Technik, Dipl.-Ök. Hannelore Zerjeski,

das Direktorium des Institutes. Geschäftsführender Direktor des IAMO ist seit dem 1. Januar 2012 Prof. Dr. Thomas Herzfeld.

In Abstimmung mit dem Stiftungsrat führt dieses Kollegialorgan die Institutsgeschäfte und gestaltet die langfristige Forschungs- und Entwicklungsplanung des IAMO. Der Wissenschaftliche Beirat berät das Direktorium und den Stiftungsrat in wissenschaftlichen Angelegenheiten und nimmt eine regelmäßige Bewertung der Arbeit des Institutes vor.

Dem Stiftungsrat haben zum 01.01.2013 folgende Persönlichkeiten angehört: MinR. Dr. Rudolf Wendt (Vorsitzender, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), MinR. Thomas Reitmann (Stellvertretender Vorsitzender, Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt), MinR. Jobst Jungehülsing (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz), Staatssekretärin Anne-Marie Keding (Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen- Anhalt), Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Kirschke (Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Bernhard Brümmer (Georg-August-Universität Göttingen), Prof. Dr. Gesine Foljanty-Jost (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) und Dr. Reinhard Grandke (Hauptgeschäftsführer der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft DLG e. V.).

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirates sind zum 01.01.2013 gewesen: Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Kirschke (Vorsitzender, Humboldt-Universität zu Berlin), Prof. Dr. Bernhard Brümmer (Stellvertretender Vorsitzender, Georg-August-Universität Göttingen), Prof. Dr. Martina Brockmeier (Universität Hohenheim), Prof. Dr. Joachim von Braun (Zentrum für Entwicklungsforschung, ZEF), Prof. Dr. Emil Erjavec (University of Ljubljana), Prof. Dr. Michael Grings (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg), Dr. Heike Harmgart (European Bank of Reconstruction and Development, EBRD), Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Koester (Christian-Albrecht-Universität Kiel), Prof. Ph. P. Johan Swinnen (Katholike Universiteit Leuven, Belgien), Prof. Dr. Stefan Tangermann (Georg-August-Universität Göttingen) und Professor Ada Wossink (University of Manchester).



Organigramm des Leibniz-Institutes für Agrarentwicklung in MIttel- und Osteuropa

Impressionen aus Vietnam und China

Feuerholzsammlung in Yunnan, China

Reisfelder in Nghe An, Vietnam

Kooperation mit universitären Einrichtungen

Die Arbeit des IAMO ist eng verknüpft mit dem Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften als Teil der Naturwissenschaftlichen Fakultät III sowie mit dem Wirtschaftswissenschaftlichen Bereich der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät an der MLU. Die LeiterInnen der wissenschaftlichen Abteilungen des IAMO sind in die Lehr- und Gremientätigkeit der MLU eingebunden. Auch viele habilitierte und promovierte MitarbeiterInnen des IAMO sind sowohl an der universitären Lehre beteiligt, als auch an der Durchführung eines bundesweit organisierten Doktorandenstudienganges. Personell vollzieht sich die Verzahnung zwischen MLU und IAMO durch die Mitgliedschaft der Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs, Prof. Dr. Gesine Foljanty-Jost, als Vertreterin der MLU im Stiftungsrat des IAMO. Eine neue Dimension hat die Zusammenarbeit zwischen der MLU und dem IAMO durch die Eröffnung des WissenschaftsCampus Halle im Juni 2012 erreicht. Der WissenschaftsCampus strebt die Intensivierung der interdisziplinären Zusammenarbeit der Hallenser Leibniz-Institute mit den thematisch korrespondierenden Fachbereichen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg auf dem Gebiet der pflanzenbasierten Bioökonomie an, er soll die Hochschulbildung in der Region Halle (Saale) fördern sowie den Wissens- und Technologietransfer in die Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit unterstützen.

Das IAMO kooperiert ebenfalls intensiv mit zahlreichen anderen Universitäten. Vornehmlich sind hier agrar- und wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten zu nennen. Hinzu kommen je nach den Erfordernissen der interdisziplinären Forschung noch weitere sozial- und geisteswissenschaftliche Fachrichtungen wie z.B. Humangeographie oder Geschichte. Bezogen auf die universitären Kooperationspartner in Deutschland sind besonders die Standorte Berlin, Bonn, Göttingen, Hohenheim, Kiel, München und Münster zu nennen. Es bestehen des Weiteren enge Verbindungen zu agrarökonomischen Lehrstühlen bzw. Instituten an landwirtschaftlichen sowie ökonomischen Hochschulen und Universitäten in den Partnerländern des IAMO.

Hervorzuheben unter den ausländischen Partneruniversitäten sind die Higher School of Economics in Moskau, die Moskauer Staatliche Lomonossow-Universität, die Nationale Universität für Umwelt- und Lebenswissenschaften der Ukraine (NUBIP) sowie die Nationale Universität "Kyiv-Mohyla Academy", beide in Kiew, die Universität für Lebenswissenschaften Warschau (SGGW), die Tschechische Agraruniversität Prag, die Corvinus Universität Budapest sowie die Agraruniversität Gödöllö in Ungarn, die Agraruniversität Tirana (UAT) in Albanien, die Universität Zagreb in Kroatien, die Universität von Belgrad und die Universität für Nationale Wirtschaft und Weltwirtschaft Sofia in Bulgarien. Hinzu kommen das Zentrum für Agrarische und Ländliche Entwicklung (CARD) der Zhejiang Universität in China. Vielfältigen wissenschaftlichen Austausch pflegt das IAMO ebenfalls mit dem Institut für Agrarökonomik und dem Zentrum für Transformationsökonomie der Katholischen Universität Leuven in Belgien, mit der Universität Wageningen, Niederlande, der Agraruniversität Uppsala (SLI) in Schweden der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich sowie der University of Kent in Canterbury. In den USA bestehen enge Kontakte zur Stanford University, Ohio State University, Pennsylvania State University, zur Georgia State University, zur University of Wisconsin in Madison sowie zum "Workshop in Political Theory und Policy Analysis" an der Indiana University.

Kooperation mit außeruniversitären Einrichtungen

Von großer Bedeutung für die Arbeit des IAMO sind auch die zahlreichen Kontakte zu außeruniversitären Einrichtungen. Das IAMO kooperiert mit den Johann Heinrich von Thünen-Instituten für Betriebswirtschaft, für Ländliche Räume und für Marktanalyse und Agrarhandelspolitik in Braunschweig-Völkenrode (vTI), dem Leibniz-Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung (ZALF) e. V. in Müncheberg, dem Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW), dem Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH) und dem Potsdam-Institut für Klimaforschung (PIK). Enge Beziehungen bestehen zu zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Mittel- und Osteuropa und anderen Transformationsländern. Als Kooperationseinrichtungen sind beispielhaft zu nennen: das Institut für Agrarökonomik und Information in Prag, ÚZEI, Tschechische Republik, das Forschungsinstitut für Agrarökonomik und Informatik (AKI) in Budapest, Ungarn, das Russische Wissenschaftliche Institut für Agrarökonomik (VNIIESH) und das Allrussische Institut für Agrarprobleme und Informatik der Russischen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, beide in Moskau, das Institut für Wirtschaftswissenschaften und Prognose der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften in Kiew, das Analytical Center of Economic Policy in the Agricultural Sector (ACEPAS) in Kasachstan, das Zentrum für Chinesische Agrarpolitik (CCAP) in Peking sowie das Institut für Botanik in Kunming, beide an der Chinesischen Akademie der Wissenschaften. An internationalen Organisationen sind als Partner hervorzuheben die Weltbank, das International Food Policy Research Institute (IFPRI) und verschiedene Einrichtungen der Europäischen Kommission, wie das Joint Research Center in Sevilla. Im west- und nordeuropäischen Ausland sind engere Partner des IAMO das selbständige Forschungsinstitut LEI der Wageningen University and Research Centre (Niederlande), das CEPS, Centre for European Policy Studies in Brüssel (Belgien), das Forschungsinstitut für Agrar- und Umwelttechnik (Cemagraf), Paris, das Nationale Forschungsinstitut für Landwirtschaft (INRA) in Rennes und die Staatliche Ingenieurhochschule für Agrarwissenschaften Paris-Grignon (INA-PG), alle drei Frankreich.

Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Eine der drei Kernaufgaben des IAMO besteht in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Das Institut unterstützt deshalb besonders die Durchführung von Promotions- und Habilitationsvorhaben. Daneben werden zahlreiche Themen für Master-, Diplom- und Bachelorarbeiten vergeben. Anfang 2013 wurden am IAMO 40 Dissertationen betreut und ein Mitarbeiter arbeitete an der Fertigstellung seiner Habilitationsschrift.

Im vergangenen Jahr haben sieben langjährige MitarbeiterInnen des IAMO erfolgreich ihre Dissertation an der Martin-Luther Universität eingereicht und verteidigt:

- "Ausprägung interregionaler Disparitäten und Ansätze zur Entwicklung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa" (Sabine Baum);
- "Effizienz russischer Geflügelfleischproduzenten: Entwicklung und Determinanten" (Elena Epelstejn);
- "Influence Strategies in Supply Chains and Networks – A Study of Russian Agri-Food Business" (Vera Belaya);
- "Motives for remitting from Germany to Kosovo" (Wiebke Meyer);

- "Sozio-ökonomische Determinanten des Agrarstrukturwandels – Analysen mit einem agentenbasierten Simulationsmodell in der Slowakei, Ungarn und Polen" (Hauke Schnicke);
- "Determinants of non-farm entrepreneurial intentions in transitional context: Evidence from rural Bulgaria" (Diana Traikova);
- "Econometric impact assessment of the Common Agricultural Policy in East German agriculture" (Patrick Zier).

Doktorandenausbildung: Seminare und Promotionskolleg

Im Rahmen der Ausbildung der DoktorandInnen führt das IAMO gemeinsam mit den agrarökonomischen Professuren für landwirtschaftliche Betriebslehre, landwirtschaftliche Marktlehre sowie landwirtschaftliche Unternehmensführung vom Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften der MLU ein Doktorandenseminar durch. Das Seminar dient als Forum des wissenschaftlichen Austausches über Forschungsfragen, methodische Herangehensweisen und Ergebnisse.

Seit 2005 gibt es nun schon das von agrarökonomischen Instituten mehrerer deutscher Universitäten, dem Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI) und dem IAMO gemeinsam konzipierte und durchgeführte Doktorandenstudium (www.agraroekonomik.de). Das "Promotionskolleg Agrarökonomik" bietet in Deutschland die erste promotionsbegleitende strukturierte Ausbildung von DoktorandInnen im Bereich der Agrar- und Ernährungsökonomik sowie der ländlichen Entwicklung. Durch die systematische Vermittlung theoretischer Grundlagen und Methoden sollen die Qualität der Ausbildung und die Effizienz bei der Bearbeitung von Dissertationsthemen weiter erhöht werden. Als dritte Stufe eines konsekutiven Ausbildungssystems schließt sich das Doktorandenstudium an agrar-, ernährungs- und umweltbezogene Bachelor- und Masterstudiengänge an. Gemeinsam getragen wird das Promotionskolleg durch die Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, die Landwirtschaftliche Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, den FB Agrarwissenschaften, Ökotrophologie und Umweltmanagement der Justus-Liebig-Universität Gießen, das IAMO, die Fakultät der Agrarwissenschaften der Universität Hohenheim, das Institut für Agrar- und Ernährungswissenschaften der MLU, den FB Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel, die Fakultät für Agrarwissenschaften der Georg-August-Universität Göttingen, die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften und das Wissenschaftszentrum Weihenstephan für Ernährung, Landnutzung und Umwelt der Technischen Universität München und das vTI, Braunschweig. Das Doktorandenstudium ist modular aufgebaut. Professoren und MitarbeiterInnen des IAMO arbeiteten 2012 an den Veranstaltungen zu den folgenden Modulen mit:

- "Empirische Forschungsmethoden im Agribusiness"
- "Advanced Applied Economics"
- "Agent-based Modelling in Agricultural and Resource Economics" 1 und 2.
- "Introduction to Geographic Information Systems and Spatial Data Analysis";
- "Foundations of Agricultural Economics: Selected Topics";
- "Efficiency and Productivity Analysis I – Deterministic Approaches";

Gäste und Stipendien am IAMO

Die Weiterbildung von WissenschaftlerInnen stellt eine der Kernaufgaben des IAMO dar. Wie oben bereits angeführt, konzentriert sich das IAMO dabei vorwiegend auf die Förderung des akademischen Nachwuchses aus den Partnerländern. Von überragender Bedeutung sind in diesem Zusammenhang Gastaufenthalte von WissenschaftlerInnen, die sich von wenigen Wochen bis zu zwei Jahren erstrecken können. Neben der Abfassung gemeinsamer Publikationen stehen gerade bei den langfristigen Aufenthalten Promotionen im Vordergrund, finanziert durch externe und IAMO-Stipendien sowie Drittmittelprojekte. Von Oktober 2011 bis September 2012 arbeiteten 18 StipendiatInnen am IAMO vornehmlich an ihrer Dissertation. Im gleichen Zeitraum forschten hier 31 überwiegend junge GastwissenschaftlerInnen. Aus insgesamt 16 Ländern kamen die StipendiatInnen und GastwissenschaftlerInnen. Die intensive Mitarbeit in internationalen, drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten fördert dabei die Einbindung junger Forschender aus den Partnerländern in die internationale Wissenschaftsgemeinschaft. Ehemalige IAMO-MitarbeiterInnen sowohl aus Deutschland als auch den Partnerländern arbeiten gegenwärtig bereits in internationalen Organisationen wie der EU und Weltbank oder haben Führungspositionen in ihren jeweiligen nationalen Agrarverwaltungen übernommen. Eine noch größere Zahl setzt in ihren Heimatländern die wissenschaftliche Karriere fort.

"Pakt für Forschung und Innovation" I:
IAMO-Graduate School

Im Rahmen des "Paktes für Forschung und Innovation", der der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an den deutschen Hochschulen entspricht, wurde am IAMO im Jahr 2007 eine Graduiertenschule eingerichtet, die sich mit den "Perspektiven kleinbetrieblicher Agrarstrukturen im Agribusinesskomplex der neuen EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländer" befasst. Nach Ablauf der Pakt-Finanzierung im Jahr 2010 ist die IAMO Graduate School aufgrund ihrer erfolgreichen Arbeit nicht beendet, sondern in den Kernhaushalt eingestellt und inhaltlich weiterentwickelt worden. So ist die IAMO Graduate School nach Auslaufen der PAKT-Förderung auf alle DoktorandInnen des IAMO ausgeweitet worden. Eine inhaltliche Einschränkung der Forschungsthemen gegenüber dem IAMO-Forschungsprogramm gibt es nicht mehr.

Neben der Forschungsarbeit dient die IAMO Graduate School der systematischen Nachwuchsförderung. Diese erfolgt sowohl in einer strukturierten DoktorandInnenausbildung, durch Teilnahme am gemeinsamen Promotionskolleg Agrarökonomie (siehe oben) als auch durch eine gezielte Einbindung von promovierten WissenschaftlerInnen des IAMO, denen Gelegenheit geboten wird, ihre Forschungsfelder weiterzuentwickeln und Erfahrungen im Forschungsmanagement zu sammeln. Sie bietet regelmäßig speziell auf die Bedürfnisse der DoktorandInnen zugeschnittene Lehrmodule an, die dabei allen Teilnehmern des Promotionskollegs Agrarökonomik offen stehen. Daneben dient die IAMO Graduate School als Ansprechpartner für alle Promovierenden. Seit März 2012 ist die IAMO Graduate School volles Mitglied der International Graduate Academy (InGrA) der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. InGrA unterstützt die Einrichtung aller Formen von strukturierten Doktorandenprogrammen, koordiniert die bestehenden Programme und trägt dazu bei, ein produktives Forschungsumfeld unter Berücksichtigung der

Internationalisierungs- und Gleichstellungsstrategien der Universität zu schaffen (http://www.ingra.uni-halle.de/).

"Pakt für Forschung und Innovation" II: Internationale China-Forschergruppe am IAMO

Das IAMO-Chinazentrum wurde 2008 als IAMO-Forschergruppe zeitlich befristet zum Thema "Wirtschaftliches Wachstum und soziale Ausgewogenheit im ländlichen China" eingerichtet. Die Gruppe bestand ursprünglich ausschließlich aus IAMO-Mitarbeitern. 2011 kamen Fachkollegen aus Göttingen, Wageningen und Peking hinzu und erfolgte die Absicherung durch eine dauerhafte Haushaltsfinanzierung. Das inhaltliche Spektrum der zum Stand Dezember 2012 laufenden bzw. bereits abgeschlossenen 18 Projekte umfasst ökologische sowie rechtliche Aspekte der Land- und Wassernutzung, Auswirkungen chinesischer Umweltprogramme auf die ruralen Lebensverhältnisse, Fragen der landwirtschaftlichen Betriebs- und Produktivitätsentwicklung, sozialökonomisch relevante Fragen wie die Integration ethnischer Minderheiten, die Entwicklung des ländlichen Bildungswesens, der außerlandwirtschaftlichen Arbeitsmärkte und Wohlfahrtsauswirkungen der Agraraußenhandelspolitik.

Die einzelnen Projekte tragen dazu bei, Lösungsansätze für die drastisch angewachsenen sozialen und ökologischen Probleme im ländlichen China zu finden. Es geht dabei vornehmlich um Fragen der zielführenden Gestaltung von Politikmaßnahmen und der sinnvollen Ausgestaltung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Nachdem 2011 die ersten Dissertationen abgeschlossen wurden, haben 2012 drei neue Doktorandinnen ihre Arbeit im Rahmen des Chinazentrums begonnen.

Seit 2009 ist das IAMO Konsortiumsmitglied des "Rural Education Action Project" (REAP), einer Kooperation der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und renommierter Institute in China und den USA, u.a. der Stanford University. REAP dient dabei nicht nur der Untersuchung der Qualität des Bildungswesens im ländlichen China, sondern auch der Evaluierung und zielgenauen Ausrichtung von Fördermaßnahmen für Schulen, von Stipendienprogrammen sowie Ernährungs- und Gesundheitsprogrammen. Bisher waren bzw. sind IAMO-ForscherInnen an Teilprojekten über die Bezuschussung von Schulgebühren und über Zusammenhänge zwischen Ernährung, Anämie und Schulerfolg beteiligt.

Nähere Informationen finden sich auf der Webseite http://www.iamo.de/china-group/home.html.

Entwicklung der Drittmittel

Drittmittelprojekte 2012 (Oktober 2011-September 2012)

Neu bewilligte drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte

- Projekttitel: Fortfolgeantrag: Agroholdings im Agrar- und Ernährungssektor in GUS-Ländern: Entstehungsgründe, Funktionsweise und Entwicklungsperspektiven (Agroholdings II)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekttitel: The Global Food Crisis – Impact on Wheat Markets and Trade in the Caucasus and Central Asia and the Role of Kazakhstan, Russia and Ukraine (VW MATRACC)

  Drittmittelgeber: Volkswagen Stiftung

- Projekttitel: International comparisons of product supply chains in the agri-food Sectors: Determinants of their competitiveness and performance on EU and international markets (COMPETE)

  Drittmittelgeber: 7. Forschungsrahmenprogramm der EU (IAMO ist Koordinator)

- Projekttitel: Economic and natural potentials of agricultural production and carbon trade-offs in Kazakhstan, Ukraine, and Russia (EPIKUR)

  Drittmittelgeber: WGL

- Projekttitel: Leibniz-Forschungsverbund "Krisen einer globalisierten Welt"

  Drittmittelgeber: WGL

- Projekttitel: Globale Ernährungssicherung und die Getreidemärkte Russlands, der Ukraine und Kasachstans (GERUKA)

  Drittmittelgeber: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

- Projekttitel: Analyse der Auswirkungen staatlicher Maßnahmen in der Landwirtschaft auf die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel in Serbien (PPP Serbien)

  Drittmittelgeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) via DAAD

II Laufende drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte

- Projekttitel: Third sector organisations in rural development: A theoretical and empirical analysis (VW Schumpeter)

  Drittmittelgeber: VW Stiftung Schumpeter Fellowship

- Projekttitel: Financial Deepening and Effciency of Rural Financial Intermediation (Intermediation)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekttitel: Institutional Analysis of Decentralization and Options of Stakeholders for Participation in Agro-rural Policy Design (Decentralization I+II)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekttitel: Between Path Dependence and Path Creation: The Impact of Farmers' Behavior and Policies on Structural Change in Agriculture (StruWaMi)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekttitel: Econometric evaluation of CAP impacts in Germany (CAP Impacts)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekttitel: Market Structure and Organization in Agri-Food Value Chains: An Application to the German Dairy Sector (Dairy Struc)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekettitel: Comparative Analysis of Factor Markets for Agriculture across the Member Staters (Factor Markets)

  Drittmittelgeber: 7. Forschungsrahmenprogramm der EU

- Projekttitel: Implications and Policies for South East Asia of Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (I-REDD+)

  Drittmittelgeber: 7. Forschungsrahmenprogramm der EU

- Projekttitel: Verbundvorhaben KULUNDA: Wie verhindert man die nächste "Global Dust Bowl"? – Ökologische und Ökonomische Strategien zur nachhaltigen Landnutzung in Russischen Steppen (KULUNDA)

  Drittmittelgeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

- Projekttitel: Wissenschaftscampus Halle
- Teilprojekt: Sekundäre Inhaltsstoffe in Getreidekaryopsen als Qualitätsmerkmal: Analyse potenzieller gesundheitsfördernder Effekte sowie Verbraucherakzeptanz und Zahlungsbereitschaft (WiCa Anthocyanin)

  Drittmittelgeber: Land Sachsen-Anhalt

- Projekttitel: Wissenschaftscampus Halle
- Teilprojekt: Pflanzenbasierte Innovationen und Klimawandel – Einschätzung und Bewertung risikobedingter unternehmerischer Anpassungsprozesse sowie ihre Wirkungen auf den Märkten (WiCa Innovationen)

  Drittmittelgeber: Land Sachsen-Anhalt

- Projekttitel: Sozioökonomische Effekte des demographischen Wandels in ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts (Demographie)

  Drittmittelgeber: LSA Kultusministerium

III. Im Jahr 2012 abgeschlossene drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte

- Projekttitel: Agroholdings im Agrar- und Ernähungssektor in Russland: Entstehungsgründe, Funktionsweise und Entwicklungsperspektiven (Agroholdings)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekttitel: Ökonometrische Wirkungsanalysen von Fördermaßnahmen für die ländliche Entwicklung (Wirkungsanalysen)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekttitel: Modelle betrieblichen Strukturwandels (Strukturwandel)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekttitel: Das Wachstum der sächsischen Landwirtschaft 1750-1880 (Sachsen 1750-1880)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekttitel: Fortfolgeantrag: Preisbildung und Einkaufsverhalten im Lebensmittel-Einzelhandel: Eine Analyse unter Berücksichtigung dynamischer Prozesse (Einkaufsverhalten II)

  Drittmittelgeber: DFG Sachbeihilfe

- Projekttitel: Deutsch-asiatische Forschungsanbahnung: Modeling Adoption Pathways of Improved Energy Systems to Support Rural Livelihoods, Mitigate Greenhouse Gas Emissions, and Reduce Pressure on Forest Ressources in Sichuan Province (Bosch Sichuan)

  Drittmittelgeber: Robert Bosch Stiftung

- Projekttitel: Trade, Agricultural Policies and Structural Changes in Indias's Agrifood System (TAPSIM)

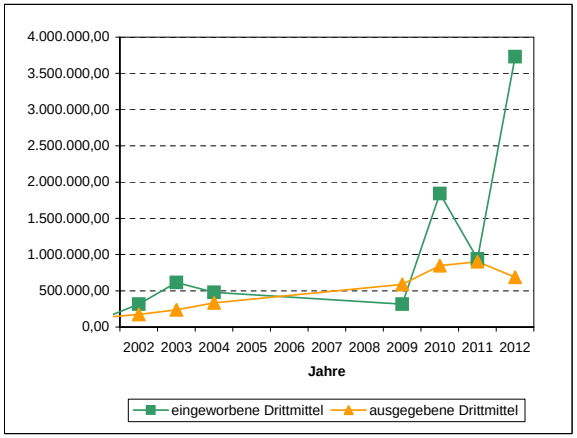
  Drittmittelgeber: 7. Forschungsrahmenprogramm der EU

- Projekttitel: Prototypical Policy Impacts on Multifunctional Activities in rural municipalities (PRIMA)

  Drittmittelgeber: 7. Forschungsrahmenprogramm der EU

Palmölplantage in Ost Kalimantan, Indonesien

Entwicklung der Drittmittel



Anm.: Bei den Berechnungen für das Jahr 2012 handelt es sich um vorläufige Werte (Stand 30.09.2012).

- Projekttitel: Biomethanstrategie (Biomethanstrategie)

  Drittmittelgeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

- Projekttitel: Ausländische Arbeitskräfte in der Sächsischen Landwirtschaft (Sachsen 2011)

  Drittmittelgeber: Freistaat Sachsen

- Projekttitel: Biomasse als Energierohstoff in regionalen Wirtschaftskreisläufen der Region Burgenlandkreis (Biomasse Burgenland)

  Drittmittelgeber: Burgenlandkreis

Ausgewählte drittmittelfinanzierte Projekte

Im Folgenden sollen die wichtigsten neu eingeworbenen Drittmittelprojekte vorgestellt werden. Sie belegen, dass sowohl in der Grundlagenforschung als auch in der wissenschaftsbasierten Politikberatung die Expertise des IAMO hoch geschätzt ist und das IAMO neue Wege in der Forschungskooperation geht, die nachhaltig zur Förderung des Wissenschaftsstandortes Halle beitragen.

"Global Food Crisis" (VW MATRACC) und "Globale Ernährungssicherung" (GERUKA)

Knapp 570.000 Euro bewilligte die VolkswagenStiftung im Rahmen ihrer Initiative "Zwischen Europa und Orient – Mittelasien/Kaukasus im Fokus der Wissenschaft" für das vom IAMO beantragte internationale Projekt "The Global Food Crisis – Impact on Wheat Markets and Trade in the Caucasus and Central Asia and the Role of Kazakhstan, Russia and Ukraine". Die Laufzeit des Projektes geht über drei Jahre.

Das Problem der weltweiten Nahrungsmittelknappheit rückt seit einigen Jahren immer stärker ins öffentliche Bewusstsein. Dabei richtete sich der Blick bisher hauptsächlich auf die Länder Afrikas und Ostasiens. Weitaus weniger bekannt ist, dass auch die Staaten im Kaukasusgebiet und in Zentralasien von der Krise betroffen sind und unter strukturellen Versorgungsproblemen leiden. Mit Ausnahme Kasachstans, das zu den großen Weizenexportländern gehört, wird die Lebensmittelversorgung in allen anderen Ländern der Region von der Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) als defizitär eingestuft. Vier Länder der Region sind gegenwärtig auf Hilfe durch das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen angewiesen.

Weizen ist das wichtigste Grundnahrungsmittel in der Region. Das Kaukasusgebiet und Zentralasien benötigen dabei

erhebliche Weizenimporte, um ihre Ernährung zu sichern. Entsprechend zielt das Projekt auf die Analyse der Funktionsweise der Weizenmärkte in dieser Region. Forschungsziel ist herauszufinden, wer die Hauptakteure auf diesen Märkten sind, wie der Weizenhandel funktioniert und wodurch die Preisbildung in der Region determiniert wird. Dazu ist es notwendig, Fragen der Preistransmission und Preisvolatilität, der Marktstruktur und Preisbildung sowie des Außenhandels zu untersuchen. Ein zentrales Projektziel ist dabei auch die sogenannte Kapazitätsbildung in der Untersuchungsregion. Das heißt, junge Akademiker aus der Region sollen am IAMO eine Doktoranden-Ausbildung auf internationalem Standard erhalten, um dann in ihren Heimatländern ihr neu erworbenes Know-How an Forschungseinrichtungen, in der Verwaltung und in Unternehmen einzusetzen. Workshops sollen die Verbreitung der Projektergebnisse in der Region aktiv fördern.

Das von Dr. Ramona Teuber und Prof. Dr. Thomas Glauben geleitete Projekt wird in Kooperation mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Ländern der Region, der Weltbank sowie neun Forschungseinrichtungen und Universitäten aus den USA, Australien, Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz durchgeführt.

In eine ähnliche Richtung zielt das Projekt "Globale Ernährungssicherung und die Getreidemärkte Russlands, der Ukraine und Kasachstans", das im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) vom IAMO durchgeführt wird. Koordiniert von Dr. Linde Götz und Prof. Dr. Thomas Glauben zielt das mit knapp 395.000 Euro über zwei Jahre ausgestattete Projekt darauf ab, Ansätze zur Mobilisierung der Getreideproduktions- sowie der Exportpotenziale Russlands, der Ukraine und Kasachstans (RUK-Länder) auszuarbeiten.

Unter Berücksichtigung der Brachflächen gilt es, die ungenutzten Flächenpotenziale sowie die Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivität durch die Nutzung technischen Fortschritts einzuschätzen. Zentraler Bestandteil des Projekts ist die Untersuchung der Bedeutung der RUK-Länder für die Weltgetreidemärkte. Hierbei steht die Untersuchung der Handelsbeziehungen mit den Getreide importierenden Ländern im krisenhaften Nahen Osten, insbesondere Ägypten, im Mittelpunkt. Weiterhin wichtig sind die institutionellen und infrastrukturellen Hemmnisse des Getreidehandels, wie Transport-, Lagerkapazitäten und Korruption. Auch die Bedeutung von Marktmacht und die Auswirkungen politischer Markteingriffe, wie Exportbeschränkungen, auf die nationalen Getreidemärkte werden analysiert. Schließlich bieten die RUK-Länder große, bisher ungenutzte Potenziale zur Produktion von Getreide. Ziel der Forschungen einschließlich der zu erstellenden Dissertationen am IAMO ist es, Strategien zu entwickeln, wie sich diese Potenziale sowohl in der Produktion als auch dem Getreideexport mobilisieren lassen. Ein wichtiger Teil der Arbeit ist es, konkrete Empfehlungen für das BMELV auszuarbeiten, welche Maßnahmen die Nutzung bisher nicht ausgeschöpfter Potenziale fördern.

Klimawandel und Agrarwachstum: Das EPIKUR-Projekt

2012 startete am IAMO ebenfalls das Forschungsprojekt "Economic and natural potentials of agricultural production and carbon trade-offs in Kazakhstan, Ukraine, and Russia", kurz EPIKUR. Das Projekt ist mit knapp 470.000 Euro ausgestattet

und läuft über drei Jahre. Es wurde im internen Wettbewerbsverfahren (SAW-Verfahren) der Leibniz-Gemeinschaft im Rahmen des Paktes für Forschung und Innovation (Leibniz-Exzellenzinitiative) eingeworben. Partner vor Ort sind das russische Institute for Agricultural Problems and Informatics (VIAPI), der Ukrainian Agribusiness Club (UCAB) und das Analytical Centre of Economic Policy in the Agricultural Sector (ACEPAS).

Unter der Leitung von Dr. Daniel Müller und Prof. Dr. Heinrich Hockmann (beide IAMO) wird ein internationales Forscherteam innerhalb der nächsten drei Jahre die Potenziale in der Erzeugung von Agrarerzeugnissen anhand von Ertragslücken und ungenutzten Bodenressourcen in den genannten Ländern ermitteln und bewerten. Kasachstan, die Ukraine und Russland gehören zu den vielversprechendsten Staaten der ehemaligen Sowjetunion, wenn es um die Frage der Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung geht. Ertragslücken wollen die Wissenschaftler ermitteln durch die Verknüpfung von räumlich expliziten Pflanzenwachstumsmodellen mit betrieblichen Effizienzanalysen. Ein räumliches Allokationsmodell soll der Ermittlung von Rekultivierungspotenzialen auf den brachliegenden landwirtschaftlichen Flächen dienen. Anhand von Szenarien des technischen Fortschritts, des Klimawandels und der Wirtschaftlichkeit von Rekultivierung werden die Wissenschaftler dann die zukünftigen Produktionspotenziale berechnen. Aus der Rekultivierung resultieren allerdings CO^2-Emissionen. Die abschließende Bewertung soll daher eine Abwägung der Umweltschäden gegenüber dem zusätzlichen wirtschaftlichen Nutzen bieten. Eine solche Trade-Off-Analyse hat das Ziel, möglichst umweltschonende Strategien für ein partiell auf intensivierter Landnutzung beruhendes agrarisches Wachstum zu identifizieren. Durch EPIKUR lässt sich zum ersten Mal kombiniert untersuchen, wie groß das agrarische Potenzial der Region ist und bis zu welchem Grad sich dieses brachliegende Potenzial nutzen lässt, ohne das Weltklima zu gefährden.

Auch für EPIKUR spielt Kapazitätsaufbau in der Region eine große Rolle. Es gilt, ein langfristig stabiles internationales Exzellenz-Netzwerk zum Thema Agrarpotenziale in Transformationsländern aufzubauen, das ganz bewusst die östlichen Partnerländer mit einbezieht.

Wettbewerbsfähigkeit von Wertschöpfungsketten: COMPETE

Mit "International comparisons of product supply chains in the agro-food sector: Determinants of their competitiveness and performance on EU and international markets", kurz "COMPETE", gelang es dem IAMO, im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms als Koordinator ein Großprojekt über 2.420.000 Euro einzuwerben. Am IAMO verbleiben davon 414.000 Euro. COMPETE läuft über drei Jahre. Im von Prof. Dr. Heinrich Hockmann und Dr. Inna Levkovych (beide IAMO) koordinierten COMPETE-Projekt arbeiten 15 Partner aus Wissenschaft und Industrie zusammen, die aus Deutschland, Rumänien, den Niederlanden, Slowenien, Tschechien, Italien, Großbritannien, Serbien, Ungarn und Polen kommen.

Ziel von COMPETE ist es, die Wettbewerbsfähigkeit von europäischen Wertschöpfungsketten der Agrar- und Ernährungswirtschaft unter der kombinierten Verwendung verschiedener innovativer theoretischer und methodischer Ansätze zu bewerten. Basierend auf den wissenschaftlichen Ergebnissen gilt es dann, kohärente politische Handlungsempfehlungen zu

erarbeiten, um die Wettbewerbsfähigkeit der wissensbasierten europäischen Bioökonomie zu verbessern. Die wissenschaftliche Analyse konzentriert sich dabei

(1) auf die Konzeptionierung leistungsfähiger Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit, und

(2) auf die Ermittlung von Einflussgrößen auf diese.

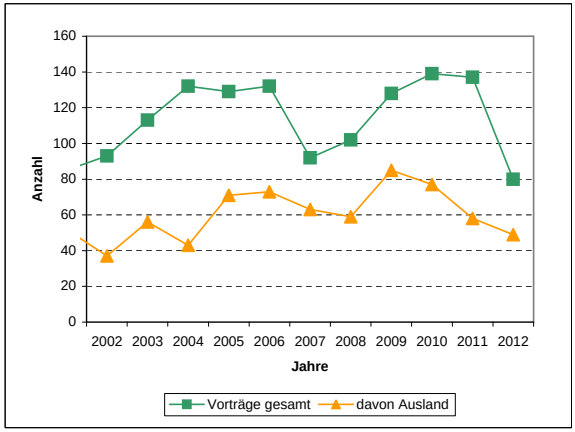
Bezogen auf den ersten Punkt gilt es, umfassende Definitionen für Wettbewerbsfähigkeit zu entwickeln, die unterschiedliche neuere Ansätze der Mikro- und Makroökonomie integrieren. Verglichen mit einem konventionellen Vorgehen soll die Perspektive von der Ebene der Ernährungsindustrie auf die gesamte Wertschöpfungskette erweitert werden einschließlich der agrarischen Rohstofferzeugung, der Zwischen- und der Endprodukte. Diese breitere und integrierende Perspektive bildet die Grundlage der empirischen Analyse, um die Stellung der EU-Wertschöpfungsketten auf den Weltmärkten mit ihren Hauptwettbewerbern zu vergleichen.

Im zweiten Teil geht es dann um die Analyse zentraler Einflussgrößen der Wettbewerbsfähigkeit. Dies beinhaltet die Effekte politischer Eingriffe, das unternehmerische Umfeld, die Produktivität in Landwirtschaft und Verarbeitung, die Funktionstüchtigkeit heimischer und internationaler Märkte sowie die Auswirkungen von Innovationen in der nahrungsmittelverarbeitenden Industrie. Die Untersuchung einer jeden der genannten Einflussgrößen wird innovativen Charakter haben und nicht nur den Stand der Forschung sowohl methodisch als auch theoretisch erweitern, sondern auch die Ableitung politischer Handlungsempfehlungen verbessern.

Vortragstätigkeit des IAMO

Eine wichtige Aufgabe neben der Publikationstätigkeit unserer MitarbeiterInnen ist das Vorstellen und die Diskussion der erzielten Forschungsergebnisse auf nationalen und internationalen Konferenzen, Tagungen und Workshops. Einen Großteil der Vorträge präsentieren IAMO-MitarbeiterInnen auf internationalen Veranstaltungen. Knapp über 60 % aller Vorträge 2012 wurden im Ausland gehalten. Die Kosten von 40 der 81 gehaltenen Vorträge im Berichtszeitraum (01.01.11-30.09.12) wurden dabei vollständig entweder vom Veranstalter (19) übernommen, über Drittmittel (17) oder sonstige Quellen (4) finanziert. Mischfinanzierung lag bei zwei Vorträgen vor, ein Vortrag war vom Vortragenden eigenfinanziert. Aus dem IAMO-Haushalt gab es für 38 Vorträge eine komplette Kostenübernahme.

Entwicklung Vorträge des IAMO



Quelle: *Institutsinterne Statistik.*
Anm.: *Bei den Berechnungen für das Jahr 2012 handelt es sich um vorläufige Werte (Stand 30.09.2012).*

Tagungen und Seminare

Tagungen und Seminaren kommt eine zentrale Rolle für die Erfüllung der dritten Kernaufgabe des IAMO zu: als Forum des wissenschaftlichen Austausches zu allen Fragen der Agrarentwicklung in Transformationsländern zu dienen. Die vom Institut organisierten Veranstaltungen stellen eine wichtige Plattform für den wissenschaftlichen Austausch sowohl im nationalen als auch im internationalen Maßstab dar. Neben der vertieften wissenschaftlichen Kooperation führt das Zusammentreffen von WissenschaftlerInnen mit EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Ernährungswissenschaft oft zu wichtigen Impulsen für die Umstrukturierung des Agrar- und Ernährungssektors in den Partnerländern. Hervorgehoben sei hier auch, dass das IAMO im Bereich der Agrarökonomie einen wichtigen Beitrag zum sogenannten wissenschaftlichen "Kapazitätsaufbau" in Forschung und Lehre in unseren Partnerländern leistet und die Entfaltung langfristig tragfähiger Netzwerke entscheidend fördert. Im Folgenden wird über die neben dem IAMO Forum wichtigsten vom Institut 2012 durchgeführten Konferenzen, Symposien und Workshops berichtet.

Fachpodium des IAMO zur Grünen Woche 2012

Mehr als 250 Gäste kamen am Freitag, den 20. Januar 2012, zum vom IAMO organisierten Fachpodium "Agrarinvestitionen in Russland, Ukraine und Kasachstan – ‘Land Grabbing’ oder Entwicklungschance?", das im Rahmen des Global Forum for Food and Agriculture stattfand. Alljährlich richtet das Bundeslandwirtschaftsministerium dieses Forum im Rahmen der Internationalen Grünen Woche aus. Das Fachpodium vereinte hochrangige ExpertInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Prof. Dr. Alfons Balmann vom IAMO wies in seinem Einführungsvortrag darauf hin, dass sich die Agrarproduktion in Russland, der Ukraine und Kasachstan entgegen der optimistischen Erwartungen zu Beginn des Transformationsprozesses und trotz weltweit gestiegener Nachfrage nur sehr schleppend entwickelt habe. Vielfach sei es zu einer Stilllegung von Agrarflächen gekommen. Nach Schätzungen des IAMO belaufen sich die Zahlen allein für das europäische Russland auf 27 Millionen Hektar. Die zunehmenden Anforderungen an die Akteure in der Wertschöpfungskette und der technische Fortschritt machen moderne Landwirtschaft wissens- und kapitalintensiv. Eine erfolgreiche Agrar- und Ernährungswirtschaft brauche deshalb Investoren, die über ausreichend Risikokapital und das entsprechende Know-how verfügen und dieses in die Betriebe transferieren. Aus Sicht von Balmann stellen ausländische Investitionen daher grundsätzlich eine Entwicklungschance für Osteuropa dar.

Dr. Oane Visser, Assistenzprofessor am Fachbereich für Kulturanthropologie und Entwicklungspolitik der Radboud University Nijmegen (Niederlande), machte deutlich, dass erst allmählich auch die Entwicklungen in den ehemaligen Gebieten der Sowjetunion unter dem Aspekt des "Land Grabbing", der großflächigen Landinvestitionen, betrachtet werden. Bisher hatten sich Diskussionen zu diesem Phänomen auf Afrika, Lateinamerika oder Asien beschränkt. Seinen Studien zufolge investieren im europäischen Teil Russlands und in der Ukraine vor allem westeuropäische Unternehmen, während in Kasachstan und Sibirien hauptsächlich Investoren aus China, Südkorea und Japan aktiv sind. Abwanderungsprozesse und eine alternde Bevölkerung in vielen ländlichen Räumen führten oftmals zu einer hohen Bereitschaft, Ackerland an internationale Investoren zu verkaufen.

Visser betonte, dass Agrarinvestitionen sowohl negative als auch positive Effekte haben können. Wenn sie erfolgreich seien, könne das Landleben für junge Menschen durchaus wieder attraktiver werden.

Ein Beispiel hierfür lieferte Stefan Dürr, Gründer und Inhaber der deutsch-russischen Unternehmensgruppe EkoNiva. Sein Unternehmen ist seit 18 Jahren im russischen Agrarsektor aktiv. An mittlerweile sechs Standorten bewirtschaftet der Unternehmer 160.000 Hektar Ackerfläche und hält 28.000 Rinder. EkoNiva ist der drittgrößte russische Milcherzeuger. Dürr versteht sich als verantwortungsvoller Unternehmer, der auch in die soziale Infrastruktur investiert, um sein Unternehmen und den Standort attraktiv für junge, qualifizierte Fachkräfte zu machen. So betreibt EkoNiva in Voronezh im Landkreis Liski u.a. einen Kindergarten und unterstützt den lokalen Fußballverein. Dabei wurde das soziale Engagement durch die öffentliche Verwaltung gefordert: Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen war dies die Bedingung, die der Landrat von Liski dem ausländischen Investor stellte. So hob Dürr hervor, dass die lokale Administration eine enorm große Rolle in der ländlichen Entwicklung des Landkreises spiele. Oleksandr Kuts, Direktor der Abteilung Ernährung des ukrainischen Landwirtschaftsministeriums, gab Einblicke in die Agrarpolitik der Ukraine. Bis 2010 förderte das Land hauptsächlich die Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Unternehmen zu großen Agrarholdings und wurde damit zu einem der weltweit größten Getreideexporteure. Seit zwei Jahren werde in der Politik nun darüber diskutiert, ob eine ausschließliche Förderung von Agrarholdings sinnvoll sei oder ob auch kleinere Familienbetriebe unterstützt werden sollten. Kuts betonte, dass ausländische Investoren grundsätzlich in der Ukraine willkommen seien.

Die Situation in Kasachstan erläuterte Dr. Gulmira Issayeva, Beraterin des dortigen Landwirtschaftsministers. Seit 2005 hätten sich die Agrarinvestitionen verdoppelt und das Kreditvolumen um das 27-fache erhöht. Agrarunternehmen erhielten dabei Kredite zu günstigeren Konditionen als der Rest der Wirtschaft. In Kasachstan würden 84 Prozent der Agrarflächen von privaten Landnutzern und 15 Prozent von staatlicher Seite bewirtschaftet, weniger als ein Prozent befinde sich in Privatbesitz. 1,6 Millionen Hektar Fläche würden derzeit nicht entsprechend ihrer Bestimmung genutzt. Die Regierung strebe Gesetze an, auf deren Grundlage sich diese Flächen enteignen ließen.

Letzte Rednerin auf dem Podium war Elisa Manukjan vom Referat "Welternährung, Internationale Organisationen der Ernährungs- und Landwirtschaft" des deutschen Landwirtschaftsministeriums. Sie beschrieb die Bestrebungen der FAO, u.a. unter Beteiligung Deutschlands, Leitlinien für ein gutes "land governance" zu entwickeln. Diese freiwilligen Leitlinien erarbeiteten Regierungsvertreter, Unternehmer und Vertreter der Zivilgesellschaft in weltweit 15 Workshops. Im Mai dieses Jahres sollen sie verabschiedet werden. Die FAO arbeite bereits an den Implementierungsrichtlinien, eine davon werde sich mit dem Punkt Agrarinvestitionen befassen. Damit sei zum ersten Mal ein maßgebliches internationales Instrument geschaffen, das sich durch Partizipation und die Orientierung an den Menschenrechten auszeichne.

Enge Zusammenarbeit des IAMO mit dem ukrainischen Agribusiness Club (UCAB)

UCAB ist der Verband der landwirtschaftlichen Großbetriebe der Ukraine. In Anwesenheit des ukrainischen Agrarministers Mykola Prysyazhnyuk unterzeichneten das IAMO und der

Ukrainian Agribusiness Club am 20. Januar 2012 im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2012 in Berlin eine Kooperationsvereinbarung. Ziel der Vereinbarung ist eine noch engere wissenschaftliche und fachliche Vernetzung beider Einrichtungen. Dazu sollen gemeinsame Forschungsvorhaben initiiert und gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt werden. Darüber hinaus streben die Vertragspartner eine gezielte Nachwuchsförderung an, u.a. möchte man Gastaufenthalte von MitarbeiterInnen am jeweiligen Partnerinstitut ermöglichen und sich bei Weiterbildungsprojekten unterstützen. So hat der UCAB 2012 ein eigenes Fortbildungszentrum gestartet, um dringend benötigte SpezialistInnen für den ukrainischen Agrarsektor auszubilden. Das IAMO wird sich mit seiner wissenschaftlichen Expertise in dieses Vorhaben einbringen. Eine internationale Konferenz unter Federführung des UCAB und der Agentur AgriEvent hat das IAMO bereits mit organisiert. Weitere Organisatoren waren das Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung in der Ukraine sowie der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft. Die III. Internationale Konferenz "Large Farm Management: Improvement of Efficiency and Productivity" fand am 19. September 2012 in Kiew statt. Es ist die einzige Konferenz dieser Art, die sich mit dem Management von Agroholdings und den damit verbundenen Entwicklungen sowie Verbesserungen in der Produktivität und Finanzierung auseinandersetzt. Teilgenommen haben ca. 500 VertreterInnen von landwirtschaftlichen Unternehmen sowie Zulieferern, Partnerorganisationen, der Regierung, von Universitäten und sonstigen Forschungseinrichtungen.

Veranstaltungsankündigungen für 2013

Agrarpolitisches Fachpodium zur Internationalen Grünen Woche 2013

Zum Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) 2013, das im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) ausgerichtet wird, veranstaltet das IAMO in Kooperation mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ein agrarpolitisches Symposium. Auf der Veranstaltung mit dem Titel "Von Mikrokredit zu shareholder value: Zugang zu Finanzierungsquellen im Agrarsektor in Osteuropa und Zentralasien" werden internationale VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft die Zusammenhänge zwischen Betriebsstrukturen und Finanzierungsquellen darlegen sowie die Chancen und Risiken für die Entwicklung der Kapitalmärkte sowie staatlicher Investitionsprogramme diskutieren. Das Fachpodium findet am Freitag, den 18. Januar 2013, von 12:30 bis 14:30 Uhr im Saal 7 des Internationalen Congress Centrums ICC Berlin statt.

IAMO Forum 2013

"Rural areas in transition: Services of general interest, entrepreneurship and quality of life" lautet das Thema des nächsten IAMO Forum. Es findet vom 19. bis 21. Juni 2013 in Halle (Saale) statt und wird vom IAMO gemeinsam mit dem Johann Heinrich von Thünen-Institut (vTI) veranstaltet. Im Mittelpunkt des Forums steht die krisenhafte Entwicklung in vielen ländlichen Gebieten Mittel- und Osteuropas aber auch in China. Armut und Überalterung konzentrieren sich häufig in ländlichen Regionen, Beschäftigungsmöglichkeiten fehlen, ganze Regionen entleeren

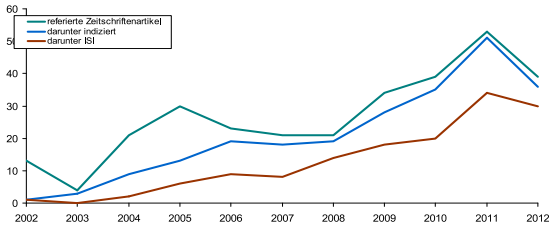
IAMO Forum 2012

sich. Zu fragen ist vor allem, wie die gegenwärtige Politik zur Entwicklung ländlicher Räume zu verbessern ist und wie sich negativen Trends entgegenwirken lässt. Aktuelle Informationen zum IAMO Forum 2013 finden sie auf der Homepage des IAMO (www.iamo.de/forum/2013/about-the-conference.html#.UKBzGemHpE).

Veröffentlichungen

Die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen veröffentlichen ihre Forschungsergebnisse in Fachzeitschriften, Monografien, Sammelbänden und Diskussionspapieren. Eine vollständige Liste der Publikationen lässt sich im Internet auf der Homepage des IAMO (www.iamo.de) einsehen. Die Grafik veranschaulicht die Entwicklung der von IAMO-MitarbeiterInnen verfassten referierten und gelisteten Aufsätze in Zeitschriften seit dem Jahr 2002. Die Zahl der referierten Artikel mit Impactfaktor, die im Science Citation Index (SCI) und Social Science Citation Index (SSCI) gelistet sind, steigt seit 2003 kontinuierlich an und hat sich auch 2012 weiter erhöht. Schon im September 2012 war in dieser

Entwicklung der Publikationen in referierten und indizierten Zeitschriften



Quelle: *Institutsinterne Statistik.*
Anm.: *Für 2012 ist Stand 30.09.2012.*

anspruchsvollsten Kategorie mit 30 Artikeln der Vorjahrestand von 34 Beiträgen fast erreicht worden. Das IAMO-interne Qualitätsmanagement bei Publikationen zeigt somit anhaltende Wirkung.

Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe

In der Schriftenreihe Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe werden durch das IAMO Monografien und Tagungsberichte herausgegeben, die sich mit agrarökonomischen Fragestellungen zu Mittel- und Osteuropa sowie weiteren Transformationsländern beschäftigen. Alle Veröffentlichungen ab Band 22 können als pdf-Datei kostenfrei im Internet heruntergeladen werden (www.iamo.de/dok/sr_vol##.pdf). Bislang sind in der Schriftenreihe 29 Tagungs- bzw. Sammelbände und 39 Monografien erschienen. Die Veröffentlichungen im Jahr 2012 waren:

Taras Gagalyuk (2012): Goal Achievement in Supply Chain Networks – A Study of the Ukrainian Agri-Food Business, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Vol. 64,* Halle (Saale).

Amanda Sahrbacher (2012): Impacts of CAP reforms on farm structures and performance disparities: An agent-based approach, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Vol. 65,* Halle (Saale).

Lili Jia (2012): Land fragmentation and off-farm labor supply in China, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Vol. 66,* Halle (Saale).

Sabine Baum (2012): Ausprägung interregionaler Disparitäten und Ansätze zur Entwicklung ländlicher Räume in Mittel- und Osteuropa, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Vol. 67,* Halle (Saale).

Axel Wolz, Carmen Hubbard, Judith Möllers, Matthew Gorton, Gertrud Buchenrieder (Hrsg.) (2012): Patterns Behind Rural Success Stories in the European Union: Major Lessons of Former Enlargements, *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe, Vol. 68,* Halle (Saale).

Internetauftritt des IAMO

Der Internetauftritt des Institutes (www.iamo.de) verfolgt das Ziel, Außenstehenden und interessierten NutzerInnen einen schnellen Überblick über den Kernauftrag und die Ziele des IAMO sowie die Forschungsinhalte, Ergebnisse und Publikationen der MitarbeiterInnen zu geben. Der Internetauftritt basiert auf dem Open Source Content-Management- System TYPO3. Damit besteht für jeden Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin die Möglichkeit, die Inhalte der eigenen Seite selbstständig zu pflegen. Dies gewährleistet eine höhere Aktualität der Seiten. Die Webpräsenz verfolgt darüber hinaus das Ziel der Barrierefreiheit. Die Vorteile einer barrierefreien, standardkompatiblen Webseite sind: Zugänglichkeit für alle Interessenten, leichte Wartung und eine geringere Dateigröße. Ausgehend von der Eingangsseite, die über Aktuelles, Veranstaltungen und neueste Publikationen informiert, können Informationen zu den Kategorien Institut, Forschung, Veranstaltungen und Publikationen aufgerufen werden. Die Seite Institut informiert über das Leitbild, die Kernaufgaben, die Organisationsstruktur, die MitarbeiterInnen, die Bibliothek und die Stellenangebote. Über die Bibliotheksseite lassen sich mittels OPAC Onlinerecherchen im Bibliotheks-Katalog durchführen. Die Rubrik Forschung informiert über die Forschungsvorhaben mit kurzen Projektbeschreibungen und einem Verweis zu den MitarbeiterInnen und ausgewählten Publikationen. Gleichzeitig bietet sie einen Überblick über die Forschungskooperationen mit anderen Institutionen. Der Menüpunkt Veranstaltungen informiert über die jährlich stattfindenden Veranstaltungen, die das IAMO ausrichtet oder an denen das Institut beteiligt ist. Zu den Ersteren gehören das IAMO Forum sowie inhaltlich wechselnde Seminare und Workshops. Hier kann sich vorab über Programme und ReferentInnen informiert werden und lassen sich eingereichte Beiträge einsehen. Weiterhin lässt sich im Onlineservice auf alle internen Publikationen zugreifen. Zu nennen sind hier die Schriftenreihe, die Diskussionspapiere, die Jahresberichte, das IAMO Annual und die IAMO Policy Briefs. Die Publikationen der einzelnen MitarbeiterInnen sind über das Gesamtverzeichnis oder über die MitarbeiterInnenseiten direkt einzusehen.

Blick in den Innenhof des IAMO

So finden Sie uns

» mit dem Auto

Von Süden: von der A9 kommend fahren Sie am Kreuz Rippachtal auf die A38 Richtung Merseburg. Am Dreieck Halle-Süd wechseln Sie auf die A143 und folgen ihr bis Ausfahrt Halle-Neustadt/Halle-Zentrum. Anschließend fahren Sie ca. 8 km auf der B80 in Richtung Halle bis zum Rennbahnkreuz. Bei der Stadteinfahrt benutzen Sie die linke Spur und fahren geradeaus von der B80 in Richtung Kröllwitz/ Universität An der Eissporthalle biegen Sie links ab und folgen der Blücherstraße bis zum Ende. Dann biegen Sie rechts ab. Am Ende der Allee biegen Sie links in die Theodor-Lieser-Straße ein. Im Gebäude auf der rechten Seite befindet sich das IAMO.

Von Norden: Fahren Sie auf der A9 (Berlin-München) bis Halle/Brehna. Folgen Sie der B100 Richtung Halle bis zum Stadtgebiet (Ampelkreuzung Dessauer Brücke). Ordnen Sie sich rechts ein und biegen Sie mit der B100 nach links ab Richtung Zentrum und Magdeburg. Biegen Sie sofort wieder rechts ab in die B6 Richtung Magdeburg und verlassen Sie diese an der nächsten Ausfahrt (Zoo, Wolfensteinstraße). Folgen Sie der Wolfensteinstraße geradeaus (Unterführung, mehrere Ampeln, Überqueren der Reilstraße zur Großen Brunnenstraße), bis zur Burgstraße. Biegen Sie dort rechts ab und fahren Sie bei der nächsten Möglichkeit links über die Saalebrücke. Direkt hinter der Brücke biegen Sie rechts ab, fahren unter der Brücke hindurch, immer am Saaleufer entlang. An der nächsten Kreuzung biegen Sie links Richtung Universität Weinbergweg ab und folgen der Straße bis zur nächsten Ampel. Fahren Sie geradeaus in die Walter-Hülse-Straße. Das Gebäude rechter Hand ist das IAMO. Biegen Sie nun rechts in die Theodor-Lieser-Straße und Sie befinden sich vor dem IAMO.

Von Nordwesten: Fahren Sie in Magdeburg auf die A14 (Richtung Leipzig bzw. Dresden) bis zur Ausfahrt Halle-Peißen und dann auf der B100 Richtung Halle. Weiter siehe: "von Norden".

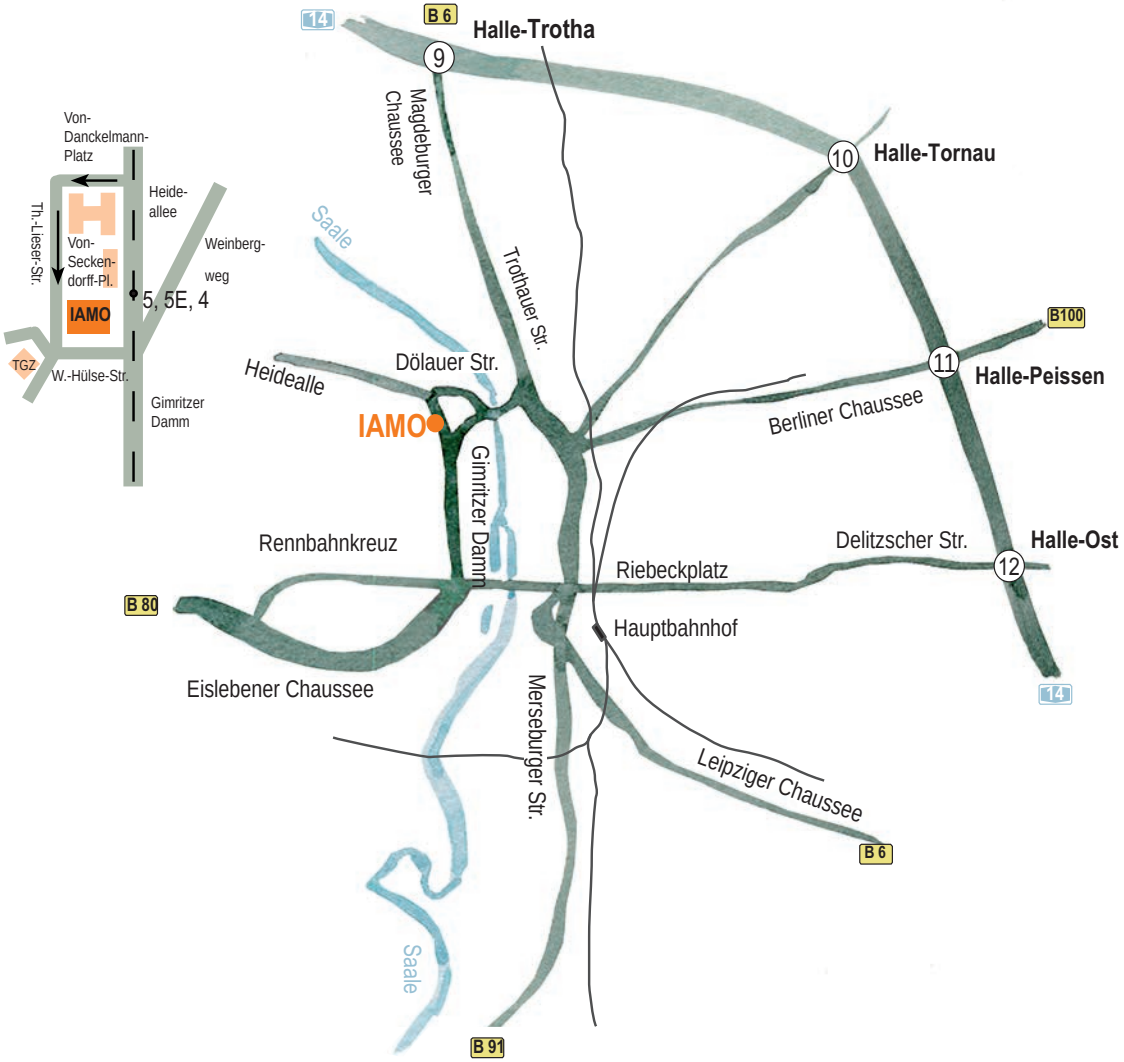
Von Westen (auf der B 80): Folgen Sie der B80 bis zum Rennbahnkreuz. Bei der Stadteinfahrt benutzen Sie die linke Spur und fahren geradeaus von der B80 in Richtung Kröllwitz/Universität. An der Eissporthalle biegen Sie links ab und folgen der Blücherstraße bis zum Ende. Dann biegen Sie rechts ab. Am Ende der Allee biegen Sie links in die Theodor-Lieser-Straße ein. Im Gebäude auf der rechten Seite befindet sich das IAMO.

» mit der Bahn

Verlassen Sie das Bahnhofsgebäude durch den Haupteingang und folgen Sie bitte der Ausschilderung Haltestelle "Riebeckplatz/Hauptbahnhof". Hier nehmen Sie die Straßenbahnlinie 4 in Richtung Kröllwitz. Fahren Sie bis zur Haltestelle Weinberg Campus (ca. 15 Min. Fahrtzeit). Das Institut befindet sich in Fahrtrichtung der Straßenbahn direkt auf der linken Straßenseite.

» mit dem Flugzeug

20 km von Halle entfernt befindet sich der Flughafen Leipzig-Halle. Vom Flughafen verkehrt regelmäßig ein Pendelzug zum Hauptbahnhof. Den weiteren Weg können Sie unter "Anreise mit der Bahn" nachlesen.


Von-
Danckelmann-
Platz
Heide-
allee
Th.-Lieser-Str.
Von-
Secken-
dorff-Pl.
Weinberg-
weg
IAMO
5, 5E, 4
TGZ
W.-Hülse-Str.
Gimritzer
Damm
14
B 6
Halle-Trotha
9
Magdeburger
Chaussee
10
Halle-Tornau
Saale
Trothaer Str.
B100
11
Halle-Peissen
Heidealle
Dölauer Str.
IAMO
Berliner Chaussee
Gimritzer Damm
Rennbahnkreuz
Delitzscher Str.
Halle-Ost
12
Riebeckplatz
B 80
Hauptbahnhof
Eislebener Chaussee
14
Merseburger Str.
Leipziger Chaussee
B 6
Saale
B 91

Impressum

Die Veröffentlichungen des IAMO umfassen neben der vorliegenden Publikationsreihe die intern referierte Serie *Discussion Paper,* die Schriftenreihe *Studies on the Agricultural and Food Sector in Central and Eastern Europe* sowie die *Jahresberichte* des Institutes.

Fotos Peter Himsel (S. 3), Timea Jung (S. 9, 34, 84, 87, 89, 91, 92, 128), Thomas Herzfeld (10, 16, 20, 22), Alfons Balmann (S. 28, 52), Andriy Matyukha (S. 42), Florian Schierhorn (S. 58), Frederike Gehrigk (S. 69, 72, 74, 76, 79, 81, 82), Jarmila Curtiss (100, 104), Alex Lissitsa (108, 130, 131), Zhanli Sun (112, 120)

Herausgeber **Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO)**
Theodor-Lieser-Straße 2
06120 Halle (Saale)
Tel.: 49 (345) 29 28 0
Fax: 49 (345) 29 28 299
Email: iamo@iamo.de

Internet http://www.iamo.de

Redaktion Michael Kopsidis

Technische Redaktion Silke Scharf

Druck/ Buchbinderei Druck-Zuck GmbH, Seebener Straße 4, 06114 Halle (Saale)

© Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa
Das IAMO 2013 ist als pdf-Datei unter www.iamo.de verfügbar.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung und Quellenangabe des Herausgebers.

ISSN 1617-6448
ISBN 978-3-938584-71-2